Zusammenhang zwischen Geburtenbewegung und Wohnungspolitik

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der

staatswissenschaftlichen Doktorwürde
an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin

von

Diplomvolkswirt Herbert Haupt

aus Zühlsdorf, Kreis Niederbarnim

Tag der mündlichen Prüfung: 17. Juli 1940
Tag der Promotion: 4. Dezember 1940

Druck: F. A. Günther & Sohn A.-G., Berlin SW 11

J 39

Zusammenhang zwischen Geburtenbewegung und Wohnungspolitik

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der

staatswissenschaftlichen Doktorwürde
an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin

von

Diplomvolkswirt Herbert Haupt

aus Zühlsdorf, Kreis Niederbarnim

Tag der mündlichen Prüfung: 17. Juli 1940
Tag der Promotion: 4. Dezember 1940

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Dekan: Prof. Dr. Gieseke

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Lorenz

2. Berichterstatter: Prof. Dr. v. Stackelberg

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548011_0220

Inhaltsverzeichnis

		Seite
	Einleitung	7
A.	I. Bevölkerungsstruktur und Siedlungsweise	9
	1. Industrialisierung und Bevölkerungsbewegung	9
	2. Binnenwanderung und Siedlungsweise	11
	3. Verstädterung und Geburtenrückgang	13
	II. Theorien zur Erklärung des Geburtenrückgangs	18
	1. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und der Geburtenrückgang	18
	2. Biologische Verschlechterung	19
	3. Die Wohlstandstheorie	20
	4. Wandlung der Sexualmoral	21
B.	Die Wechselbeziehungen zwischen Wohnung und Bevölkerung	24
	I. Grundfragen	24
	1. Verstädterung und Bauweise	24
	2. Die Wohnungsfrage	25
	a) Wohnungsmängel	26
	b) Wohnungsüberfüllung	27
	c) Die Einkommensbelastung durch hohen Mietzins	28
	II. Die Einwirkung der Wohnungsverhältnisse auf die Bevölkerungsbewegung	29
	1. Wohnungsmängel	30
	2. Wohnungsteuerung	31
	3. Wohnungsüberfüllung	38
	a) Vorkriegszeit	38
	b) Nachkriegszeit	51
	III. Einfluß der Bevölkerungsbewegung auf den Wohnungsmarkt	53
	1. Die Notwendigkeit des Wohnungsbaus	53
	2. Ist ein Ueberangebot von Wohnungen zu erwarten?	53
	3. Der Wohnungsfehlbedarf	55
C.	Postulate für die künftige Befriedigung des Wohnungsbedarfs	64
	1. Wohnungsgröße	64
	2. Möglichkeiten und Grenzen der Kleinsiedlung	67
	a) Bevölkerungspolitische, soziale und wehrpolitische Vorzüge der Kleinsiedlung	67
	b) Wohnungs- oder Siedlungsbau?	69
	c) Baukosten von Volkswohnung und Kleinsiedlung	72
	d) Die Kosten des Wohnens	76
	Zusammenfassung	79

Einleitung

Die um die Jahrhundertwende einsetzende Umkehr in der Geburtenentwicklung ist zwar sehr früh erkannt, in ihrer Tragweite jedoch kaum erfaßt worden. Fast die gesamte sich mit der Bevölkerungsfrage befassende Literatur stand noch unter dem Eindruck des Malthusianischen Gedankens der drohenden Uebervölkerung. Die aus dem Geburtenrückgang erwachsenden Gefahren wurden daher auch nicht so hoch veranschlagt, wenn nicht sogar von manchen Malthusianern freudig begrüßt. Auch der ungeheure Absturz der Geburtenkurve in der Kriegs- und Nachkriegszeit brachte immer noch keine Klarheit über den Verlust an Volkskraft. Erst die eingehenden Untersuchungen der letzten Jahre, insbesondere Friedrich Burgdörfers, haben die Erkenntnis gefördert, daß die Zukunft des deutschen Volkes von seinem Kinderreichtum abhängt und daß ein Volk, das den Willen zum Kinde verliert, auf dem Wege ist, sich selbst aufzugeben. Die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes erheischt daher Maßnahmen, die den drohenden Schrumpfungsprozeß des Volkskörpers durch Geburtenrückgang einerseits und Vergreisung andererseits zum Stillstand bringen und die verschütteten Quellen des Wachstums wieder freilegen.

Um auf den Zeugungswillen einwirken zu können, ist die Kenntnis der Ursachen, die zu seiner Abnahme geführt haben, notwendig, weil nur aus solcher Erkenntnis heraus das Problem einer folgerichtigen Lösung entgegengeführt werden kann.

Welche Tatsachen sind nun für den Geburtenrückgang verantwortlich zu machen und wo kann der Hebel angesetzt werden, um eine Aenderung herbeizuführen? Handelt es sich um eine einzige causa oder ist das Problem komplexer Natur?

Die Bevölkerungstheorien der letzten Jahrzehnte haben eine eindeutige Beantwortung dieser Fragen bisher nicht gegeben. Feststehend ist jedoch die Tatsache, daß das Wachstum eines Volkes von der Fortpflanzungsfähigkeit und dem Fortpflanzungswillen abhängt. Unter gesunden und normalen Verhältnissen werden diese Faktoren immer in der Ehe wirksam werden. Die Bestimmungsgründe der Geburtenrate sind also in der Zahl der Eheschließungen und im durchschnittlichen Heiratsalter zu suchen. Um eine Ehe nun auch wirklich führen zu können, müssen die Eheschließenden die Möglichkeit des Zusammenlebens und Wohnens,

sie müssen ein Heim haben; die mehr oder weniger große Möglichkeit zur Entfaltung des Familienlebens wird von wesentlichem Einfluß auf den Fortpflanzungswillen sein, kann er sich doch unabhängig davon nicht oder doch nicht im vollen Maße auswirken.

Daß die Wohnung und das Wohnen überhaupt die Geburtenhäufigkeit beeinflußt, ist fast in allen dieses Problem seit Malthus behandelnden Untersuchungen angedeutet. Wie weit die Wirksamkeit geht, ob alleinige Ursache oder ob von anderen Gründen begleitet, verstärkt oder abgeschwächt, ist unseres Wissens bisher nicht festgestellt worden. Es ist daher notwendig, die Wohnung als eine der äußerlichen Bedingungen der Ehe und damit des Volkswachstums auf ihre mögliche oder tatsächliche Beziehung zur Bevölkerungsbewegung und insbesondere zur Geburtenhäufigkeit zu untersuchen. In der vorliegenden Arbeit ist nun der Versuch unternommen, diese Seite der Frage einer Klärung näherzubringen, wobei das Ergebnis den Versuch rechtfertigt, denn ein Zusammenhang zwischen Wohnungsdichte und Geburtenziffer ist deutlich erkennbar.

Aus dieser Erkenntnis erwuchs gleichzeitig die Forderung nach einer Baupolitik, die alle Schäden des bisherigen Wohnungsbaus vermeidet. Da einem Bauprogramm aber entgegengehalten werden könnte, daß die Belastung unseres Volkes mit der sogenannten Hypothek des Todes in einigen Jahren zu einem genügenden Angebot an Wohnraum führen und dann die Wohndichte sinken werde, mußte noch untersucht werden, ob der Wohnungsbau überhaupt notwendig ist. Erst mit der Bejahung auch dieser Frage war die Möglichkeit gegeben, darzulegen, welche Form des Wohnungsbaus am geeignetsten ist, um die aus der Wohnweise sich ergebenden Nachteile künftig zu vermeiden.

A. I. Bevölkerung und Siedlungsweise

1. Industrialisierung und Bevölkerungsbewegung [1])

Die Einwohnerzahl Deutschlands, die zur Zeit der Reichsgründung rund 41 Millionen betragen hatte, war im Laufe von vier Jahrzehnten um mehr als die Hälfte gestiegen und belief sich im Jahre 1910 auf rund 65 Millionen. In den letzten 70 Jahren vor dem Kriege, also während des Lebens von zwei Generationen, hatte sie sich sogar nahezu verdoppelt. Die gewaltige Zunahme der deutschen Volkskraft wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht gleichzeitig die wirtschaftlichen Kräfte, wie dies besonders in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts der Fall war, eine so allseitige Ausbildung erfahren hätten.

Die technischen Erfindungen, die in den anderen Ländern bereits die Grundlagen der modernen Industrie geschaffen hatten, fanden in Deutschland verhältnismäßig spät Eingang. Hier blieb infolge der wirtschaftlichen und politischen Zersplitterung der einseitige agrarische Charakter des Landes länger gewahrt als in den Staaten, die über ein geschlossenes nationales Wirtschaftsgebiet verfügten. Zwar hatte der deutsche Zollverein bereits eine Annäherung der vielen kleinen Wirtschaftsgebiete gebracht und damit den Grundstein für eine industrielle Entwicklung gelegt. Die Schaffung eines großen nationalen Marktes aber, der die Befriedigung gleichartiger Massenbedürfnisse und damit erst die moderne industrielle Entwicklung ermöglicht, blieb jedoch der späteren politischen Entwicklung vorbehalten.

Mit der Reichsgründung wurden gerade auf wirtschaftlichem Gebiet Kräfte freigelegt, die der gegenüber dem Ausland zurückgebliebenen Industrie die Mittel in die Hand gaben, den Vorsprung der anderen Staaten einzuholen. Hier kam nun eine günstige Bevölkerungsentwicklung, die ihren Ausdruck in der hohen Geburtenziffer von durchschnittlich 36 bis 37 auf Tausend fand, der Industrie zugute. Sie hatte hier ein Reservoir, aus dem sie die notwendigen Arbeitskräfte schöpfen konnte und sicherte dabei gleichzeitig der zuwachsenden Bevölkerung Heimat und Existenz. Die Auswanderung, durch die Deutschland in den letzten 100 Jahren über 6 Millionen Menschen verlor und die damit auch einen unermeßlichen wirtschaftlichen Verlust gebracht hatte, konnte nun von der Industrie zum größten Teil aufgehalten werden. So nahm die Besetzung der Berufsabteilungen Handel und Industrie in der Zeit von 1882 bis 1907

[1]) Für das Folgende vgl. Burgdörfer, Friedrich, Zurück zum Agrarstaat? Berlin-Grunewald 1935.

Zahn, Friedrich, Art. Das Deutsche Volk, im Handbuch der Politik, Berlin-Leipzig 1912/13, Bd. II, S. 405 ff.

um etwa das Doppelte zu, die Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen stieg in der Industrie von 6,4 Millionen auf 11,3 Millionen, im Handel von 1,6 Millionen auf 3,5 Millionen. Auch die hauptberuflich Erwerbstätigen in den anderen Berufsabteilungen nahmen absolut zu — mit Ausnahme der zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht fallenden Beschäftigten in häuslichen Diensten. Die Zunahme in der Landwirtschaft mit ihren Nebenberufen, deren Erwerbstätigenzahl 1907 rund 9,9 Millionen betrug, gegenüber 8,2 Millionen im Jahre 1882, war aber zu gering, um die berufliche Struktur des Volkes in ihrer bisherigen Form zu sichern. Das Größenverhältnis der Berufsabteilungen untereinander, das für die wirtschaftliche Gliederung wichtiger ist als die absoluten Zahlen, zeigt die Verschiebungen, die in dem fünfundzwanzigjährigen Zeitraum von 1882 bis 1907 im inneren Aufbau des Volkskörpers eintraten. Danach ist die Landwirtschaft aus ihrer überragenden Stellung verdrängt worden. Sie mußte der Industrie, deren Einfluß zur Zeit der Reichsgründung noch nicht allzu stark war, weichen und ihr den ersten Platz überlassen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen fiel um mehr als 10 v. H. von 43,4 auf 32,7, anders ausgedrückt, ist der Zuwachs der Erwerbstätigen zu rund ¾ der Industrie und dem Handel und nur zu rund ¼ der Landwirtschaft zugeflossen, so daß diese bei dem geringen Zuwachs von der Gruppe der gewerblichen Wirtschaft überflügelt wurde. Die Veränderungen waren aber noch viel tiefgreifender als diese Zahlen widerspiegeln. Das wird augenfällig, wenn die Gesamtbevölkerung in die Betrachtung einbezogen wird. So ist — wieder in den drei wichtigsten Berufsabteilungen Industrie, Handel und Landwirtschaft — eine Zunahme der Berufszugehörigkeit nur in der gewerblichen Wirtschaft zu verzeichnen. Ihre Zahl wuchs von 16,1 Millionen auf 26,4 Millionen oder von 35,5 v. H. auf 42,8 v. H. in der Industrie und von 4,5 Millionen auf 8,3 Millionen oder von 10,0 v. H. auf 13,4 v. H. im Handel. In der Landwirtschaft dagegen gingen die Berufszugehörigen von 19,2 Millionen auf 17,7 Millionen oder von 42,5 v. H. auf 28,6 v. H. zurück. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrug also bereits im Jahre 1907 nur noch etwas mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Berücksichtigt man bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung auch noch die Angehörigen ohne Hauptberuf, deren Zahl von 10,6 auf 7,6 Millionen absank, so tritt hier ein völliger Wandel in der Struktur zutage. Es ergibt sich nämlich folgende Erscheinung: Die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung ging um rund 1,5 Millionen, die Angehörigen ohne Hauptberuf um rund 3 Millionen zurück, dagegen stiegen die landwirtschaftlichen Erwerbstätigen um etwa 1,7 Millionen. Das bedeutet, daß dem Landvolk von dem gesamten Volkszuwachs nichts zugeflossen ist und daß die Zunahme der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen nur durch verstärkte Mithilfe der Familienangehörigen erfolgen konnte. Die

zunehmende Mithilfe der Familienangehörigen aber war notwendig geworden durch das gesunde Verhältnisse überschreitende Abströmen von landwirtschaftlich Erwerbstätigen in die Industrie. Das beweist außer dem Rückgang der Berufszugehörigen auch noch die überaus große Zahl von ausländischen Wanderarbeitern, die sich im Jahre 1910 auf rund 600 000[2]) und im Jahre 1914 auf fast 800 000[2]) bezifferte.

Die Berufsumschichtung mit ihrem Anschwellen der gewerblichen Berufe wurde begleitet von einem Wandel in der Siedlungs- und Wohnweise. Die Industrie, die den Bevölkerungszuwachs aufnahm, konnte sich nur dort zu den modernen Betrieben mit Arbeitsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Personen entwickeln, wo ihre natürlichen Grundlagen — das Vorkommen von Kohle und Eisen — gegeben waren. Der industriellen Entwicklung, besonders dem weiterverarbeitenden Gewerbe sowie der Ubiquitätenindustrie, waren außerdem noch die bereits vorhandenen Städte günstig. Hier ließen der vorhandene größere Arbeitsmarkt und die besseren Absatzmöglichkeiten den Ausbau und die Neuerrichtung von Gewerbebetrieben aussichtsreich erscheinen. Außerdem erleichterten gute Verkehrsbedingungen den Aufbau von Industrien. Wichtig war vor allem der billige Transport auf dem Wasserwege, der den auf Bodenschätze oder sonstige billige Massengüter angewiesenen Betrieben die Rohstoffe zu niedrigen Kosten zur Verfügung stellte. Die industrielle Entwicklung nahm daher ihren größten Aufschwung im rheinisch-westfälischen Kohle- und Eisenrevier, in Oberschlesien und der Lausitz, im frachtgünstig gelegenen Berlin-Brandenburger Bezirk, im Mitteldeutschen Industrierevier und wirkte sich weiter aus auf die für den Handel wichtigen Seeplätze Hamburg und Bremen.

2. Binnenwanderung und Siedlungsweise

Der zunehmenden Bevölkerung, die im agrarischen Deutschland keine Lebensmöglichkeit fand und zum Verlassen der Heimat gezwungen war, hatte jetzt die Industrie die Existenzbedingungen geschaffen. Damit kam die Bevölkerungsbewegung aber nicht zur Ruhe. Es setzte jetzt vielmehr eine Binnenwanderung ein, die den bisherigen Auswanderungsstrom noch bei weitem übertraf. Die Wanderung richtete sich vorwiegend nach den Industrie- und Handelszentren und führte hier zur Anhäufung großer Menschenmassen, die in dem Mammutgebilde der modernen Großstadt augenfällig in Erscheinung tritt. Ausgangspunkte der Binnenwanderung waren vornehmlich dieselben Gebiete, die auch für die Auswanderung die größten Menschenmassen gestellt hatten. Die Hauptabwanderungsgebiete waren (s. Anhang Tabelle 1) der agrarische

[2]) Burgdörfer, Zurück zum Agrarstaat? A. a. O. S.

Osten und Norden, die in der Zeit von 1841/1910 mehr als die Hälfte, zum Teil bis zu 2/3 und 3/4 ihres Geburtenüberschusses durch die Wanderungsbewegung verloren. Die ländlichen Gebiete Süddeutschlands waren zwar auch von der Wanderung in Mitleidenschaft gezogen. Ihr Bevölkerungsverlust war aber bei weitem nicht so groß wie derjenige, den die Gebiete östlich der Elbe aufzuweisen hatten.

Die Sammelbecken für die aus den Agrargebieten abwandernde Bevölkerung waren die bereits oben angeführten Industriegebiete. An der Spitze marschiert hier Berlin, das in der Zeit von 1841 bis 1910 einen Wanderungsgewinn von rund 1 Million erzielte. De facto wird der Wanderungsgewinn der Reichshauptstadt in dieser Zeit noch gut um eine viertel Million höher anzuschlagen sein, da einzelne nicht zum Stadtgebiet gehörende Vororte mit starker Menschenanhäufig — so Charlottenburg, Schöneberg und das damalige Rixdorf — zum Wirtschafts- und Siedlungsgebiet Berlin zu rechnen sind. Ueberhaupt war, wie Tabelle 2 zeigt, das wesentliche Merkmal jener Zeit der großen deutschen Binnenwanderung der starke Zug nach den Städten (s. Anhang Tabelle 2).

Das größte relative Wachstum weisen neben Berlin die Städte der „natürlichen Industriegebiete" auf. Rheinland, Westfalen und Sachsen, die durch das reichhaltige Vorkommen von Bodenschätzen günstige Standortsbedingungen für die gewerbliche Produktion abgaben und bereits eine breite industrielle Grundlage aufwiesen, zogen daher auch den stärksten Wanderungsstrom an sich.

Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in der Zeit von 1871 bis 1910 lag hier bei rund 27 auf 1000 der mittleren Bevölkerung berechnet, überstieg in vielen Fällen 30 und erreichte sogar in Gelsenkirchen die erstaunliche Höhe von 42,4. Nicht ganz so groß sind die Zahlen in den anderen Städten, die nach dem Osten des Reiches zu am weitesten absinken. Sie zeigen, in wie hohem Maße das Vorhandensein oder das Fehlen der Voraussetzungen für die Entwicklung von Großbetrieben das Städtewachstum beeinflußt.

Bemerkenswert für die städtische Agglomeration seit der Reichsgründung ist nicht allein ihre Höhe; ebenso wichtig ist vielmehr die Tatsache, daß sie nicht etwa auf einige wenige Städte beschränkt blieb, sondern allgemeinen Charakter annahm. Von allen europäischen Ländern war die Großstadtbildung in Deutschland am stärksten. Während die Zahl der Städte mit Einwohnern über 100 000 im Jahre 1910 in England erst 41, in Frankreich sogar nur 15 betrug, waren es in Deutschland bereits 48. Damit hatte sich die Zahl der deutschen Großstädte im letzten Vierteljahrhundert

vor dem Kriege mehr als verdoppelt. Auch die Mittel- und Kleinstädte wiesen in der Vorkriegszeit eine stetige Bevölkerungszunahme auf, so daß die Zahl dieser Gemeindegrößenklassen ähnlich zunahm wie die der Großstädte. Die Umschichtung in der Siedlungsweise hatte seit der Reichsgründung bis zum Kriege zu einer völligen Wandlung der Verhältnisse geführt. Verhielt sich 1871 Land- und Stadtbevölkerung noch wie 2 zu 1, so war jetzt das umgekehrte Verhältnis eingetreten.

3. Verstädterung und Geburtenrückgang

Die Ursachen für den Verstädterungsprozeß sind, wie bereits aufgezeigt, im Aufschwung der Technik, in der zunehmenden Industrialisierung und im Aufhören der Massenauswanderung zu suchen. Die Binnenwanderung — der Zug nach dem Westen und in die Städte — wurde aus derselben Quelle gespeist wie der Auswanderungsstrom. Diese Quelle ist die große Fruchtbarkeit der Landbevölkerung, wie sie in den hohen Geburtenziffern zum Ausdruck kommt.

Geburtenziffer*) in den Jahren

	1880	1890	1900
in den Großstädten	40,4	35,8	33,0
in den Mittelstädten	39,7	36,9	37,2
in den Kleinstädten	37,7	35,7	34,2
in den Städten überhaupt	38,6	36,0	34,8
auf dem Lande	40,4	39,5	39,5
in Preußen	39,5	38,1	37,5

*) Preußische Statistik Bd. 188 S. 21 und S. 74.

Eheliche Fruchtbarkeit*) in den Jahren

	1894/1897	1899/1902
in den Großstädten	235	224
in Berlin	169	152
in den Mittelstädten	257	236
in den Kleinstädten	259	256
in den Städten überhaupt	240	227
auf dem Lande	290	287
in Preußen	269	260

*) Preußische Statistik Bd. 188 S. 21 und S. 74.

Der hohe Geburtenüberschuß konnte in den agrarischen Gebieten nicht gehalten werden, da ihm alle Lebensgrundlagen fehlten. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche war eine gegebene Größe, deren Grenzen sich durch Meliorationen oder Landgewinnungsarbeiten nur unwesentlich verändern ließen — unwesentlich jedenfalls im

Verhältnis zum hohen Bevölkerungsüberschuß und in Anbetracht der damaligen Verhältnisse. Wie dem auch sei, Tatsache ist jedenfalls, daß der gesamte Geburtenüberschuß seit 1871 von den Städten aufgenommen wurde, während 1914 auf dem Lande nicht mehr Menschen wohnten als 1871, was sich in einem ständigen Rückgang des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ausdrückte.

Mit der Umbildung des deutschen Volkes aus einem Land- zu einem Stadtvolk wurden die Quellen seines Wachstums verschüttet. Die Bevölkerungszunahme in der Zeit von 1870/1910 war zwar nicht ausschließlich eine Folge der ländlichen Geburtenhäufigkeit, auch die Städte trugen zum Wachstum bei, wenn auch ihre Geburtenziffern nicht die der Landbevölkerung erreichten. Bei diesem Unterschied zwischen städtischer und ländlicher Geburtenziffer mußte natürlich die Aufwärtsentwicklung langsamer werden, je kleiner der eine hohe Fruchtbarkeit aufweisende Teil der Bevölkerung wurde. Wenn in der sprunghaften Bevölkerungsentwicklung während des letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts eine Verlangsamung eintrat und die Bevölkerungszunahme in ruhigere Bahnen gelenkt wurde, so brauchte darin noch keine Gefahr erblickt zu werden, solange die Erhaltung des Volkes aus eigener Fortpflanzungskraft gesichert war. Ein Grund zur Beunruhigung war also in der Vorkriegszeit und ist scheinbar auch heute noch nicht gegeben, liegen doch die Geburtenziffern immer noch über denen der Sterbefälle, wenn auch in den letzten Jahren eine Annäherung der beiden Reihen zu beobachten ist. Die bloße Gegenüberstellung der Geburten- und Sterbefälle genügt aber nicht mehr, um die Lebensbilanz des deutschen Volkes richtig zu erkennen.

Im Altersaufbau unseres Volkes ist in den letzten dreißig Jahren ein so grundlegender Wandel eingetreten, daß der scheinbar heute noch vorhandene Geburtenüberschuß sich in ein Geburtendefizit umkehrt.

Die Altersklassenbesetzung (s. Anhang Tabelle 3) hat eine Verschiebung erfahren, die den einer Pyramide gleichenden normalen Altersaufbau der Vorkriegszeit völlig veränderte. Der Anteil der Kinder von unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung, der vor dem Kriege noch über ein Drittel betrug, ist auf rund ein Viertel zurückgegangen. Die mittleren Altersklassen dagegen haben durch das Aufrücken der stark besetzten Geburtenjahrgänge der Vorkriegszeit zugenommen und die Gruppe der Jugendlichen überwuchert. In dieser Ausweitung der mittleren Altersklassen liegt nun der Keim des völkischen Rückganges, dann nämlich, wenn die im Verhältnis zur Jugend übermäßig besetzten mittleren Altersgruppen sich dem natürlichen Ende ihrer Lebenszeit nähern. Selbst wenn

es gelingen sollte, die Sterblichkeitsverhältnisse weiterhin günstig zu beeinflussen, wird doch der Zeitpunkt immer näher rücken, in dem der geringe Geburtenüberschuß sich in einen Sterbefallüberschuß umkehrt. Tatsächlich ist aber heute schon der Geburtenüberschuß nur noch eine scheinbare Größe, wie eine Zusammenfassung zu den drei großen Altersgruppen: Kinder, Erwerbstätige, alte Leute ergibt (s. Anhang, Tabelle 4). Danach hat die Bevölkerung im ganzen zwar noch zugenommen, die Zunahme ist aber lediglich der älteren Bevölkerung zugute gekommen, während in der Gruppe von unter 15 Jahren ein Rückgang eingetreten ist, der — gemessen an der Zunahme der vom Kriege weniger beeinflußten weiblichen Personen — rund 8½ Millionen Kinder beträgt. Der Bevölkerungsbestand ist trotz der allgemeinen Zunahme nicht mehr gesichert.

Wird an die Stelle des anomalen Altersaufbaus eine genormte stationäre Bevölkerung gesetzt[3]), so ist bereits heute in der Lebensbilanz eine Passivität festzustellen, die nur durch die augenblicklich noch günstigen Sterblichkeitsverhältnisse verschleiert wird. Danach fehlte an den Gebärleistungen, die zur Bestandserhaltung des Volkes notwendig gewesen wären, bereits in den Jahren 1927 und 1928 rund ein Zehntel. Der Fehlbetrag stieg bis auf ein Viertel bis ein Drittel in den Krisenjahren 1931 bis 1932. Seit dem Umbruch von 1933 stieg auch die Geburtenziffer wieder an, damit darf aber die Gefahr nicht als gebannt angesehen werden. Die Zunahme der Geburten ist in erster Linie auf die Zunahme der Eheschließungen zurückzuführen, die in den ersten Jahren nach 1933 durch die Nachholung der in der Krisenzeit aufgeschobenen Ehen eine hohe Zahl erreichten. Die jetzt im Heiratsalter stehende schwach besetzte Kriegsgeneration wird die Eheschließungszahl wieder absinken lassen, so daß die Geburtenziffer, soweit sie von den jungen Ehen beeinflußt wird, in ihrer jetzigen Höhe nicht von Bestand sein kann. Daher müssen, wenn ein Rückgang der in den letzten Jahren angestiegenen Geburtenziffer vermieden werden soll, die schon längere Zeit bestehenden Ehen stärker zu den Gebärleistungen beitragen. Vor allem muß aber die Kinderzahl der städtischen Bevölkerung eine Steigerung erfahren, um die Geburtenziffer zu halten und möglichst auf eine solche Höhe zu bringen, daß die Bestandserhaltung des Volkes gesichert ist. Denn die Berechnungsmethode des genormten Altersaufbaus zeigt gerade für die Stadtbevölkerung ein äußerst ungünstiges Resultat und es ist zu befürchten, daß der jetzt noch rein rechnerisch vorhandene Geburtenüberschuß überkompensiert wird durch das in absehbarer Zeit zu erwartende Anschwellen der Sterbeziffer, sobald nämlich die gegenüber den jüngeren Altersklassen überaus stark besetzten mittleren und älteren Geburtsjahrgänge in das vom Tode mehr bedrohte Alter aufrücken.

[3]) Burgdörfer, Friedrich, Zurück zum Agrarstaat? S. 21.

Geburten-Ist und Geburtendefizit bzw. Geburtenplus*) nach Gemeindegrößenklassen 1927, Geburtensoll = 100

Gemeindegrößenklassen	Geburten-Ist	Geburtendefizit (—) bzw. Geburtenplus (+)
Berlin	43	— 57
Durchschnitt der deutschen Großstädte .	58	— 42
Durchschnitt der deutschen Mittel- und Kleinstädte	69	— 31
Durchschnitt der ländl. Gemeinden**) .	113	+ 13

*) Burgdörfer, Friedrich, Zurück zum Agrarstaat? A. a. O. S. 23.
**) Gemeinden mit weniger als 15 000 Einwohnern.

Wie sich hieraus ergibt ist die Passivität der biologischen Lebensbilanz unseres Gesamtvolkes bedingt durch die geringe Fruchtbarkeit bzw. Unfruchtbarkeit der Stadtbevölkerung. Weder Berlin, noch die anderen deutschen Großstädte, noch selbst die deutschen Mittel- und Kleinstädte sind mit ihrer heutigen Geburtenhäufigkeit in der Lage, ihren Bevölkerungsbestand selbst zu erhalten, geschweige denn, ihn aus eigener Kraft zu erhöhen. Sie schließen alle mit biologischer Unterbilanz ab. Im Durchschnitt der Mittel- und Kleinstädte beträgt das Geburtendefizit bereits rund ein Drittel, im Durchschnitt der deutschen Großstädte sogar zwei Fünftel. Von je fünf Kindern, die zur bloßen Erhaltung der Großstadtbevölkerung geboren werden müßten, kommen in den Großstädten nur noch drei zur Welt, zwei müssen von außerhalb zuziehen, wenn die großstädtische Bevölkerungszahl erhalten werden soll. Keine einzige der 50 deutschen Großstädte, die heute zusammen annähernd 20 Millionen Einwohner haben und damit fast den dritten Teil der Reichsbevölkerung auf sich vereinigen, hat heute noch eine für die Bestanderhaltung ausreichende Geburtenziffer[4]." Sollen die Städte in ihrem jetzigen Umfange erhalten bleiben, so muß ihr Ersatzbedarf aus dem Geburtenüberschuß der ländlichen Bevölkerung gedeckt werden. Das ist scheinbar möglich, weil die Geburtenziffer auf dem Lande noch immer größer ist als in den Städten. Es darf dabei jedoch nicht vergessen werden, daß der Rückgang der Geburtenhäufigkeit auf das Land übergegriffen hat. Er ist noch nicht von solchem Ausmaß, daß daraus die Gefahr der Schrumpfung des Volkskörpers zu erwarten wäre, andererseits muß aber ein weiteres Absinken der ländlichen Geburtenziffer und vor allem eine Verkleinerung der Gebärleistungsgrundlage verhindert werden.

[4]) Burgdörfer, Friedrich, Zurück zum Agrarstaat? A. a. O. S. 23.

Auf 1000 Männer kamen Frauen im Jahre 1933*) in den Gemeinden mit ..... Einwohnern:

Geburtenjahrgänge	unter 2000	2000 bis unter 100 000	100 000 und mehr
1918/1920	970	951	972
1914/1917	933	963	1064
1909/1913	867	1026	1120
1904/1908	895	1024	1095
1899/1903	962	1024	1074
1894/1898	1173	1215	1266
1899/1893	1201	1241	1279
Durchschnitt 1889/1917	979	1073	1147

*) Sonderheft zu Wirtschaft und Statistik Nr. 15, Berlin 1935, S.

Aus der vorstehenden Tabelle geht hervor, daß bis zum Alter von 15 Jahren das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Personen in Stadt und Land normal ist. Die Differenz von rund 30 ist bedingt durch den Knabenüberschuß der Lebendgeborenen. Die folgenden Altersstufen dagegen, die Frauen im gebärfähigen Alter umfassend, weisen für die Städte einen großen Frauenüberschuß auf, während auf dem Lande die Zahl der Frauen, besonders der im besten zeugungsfähigen Alter von 20 bis 30 Jahren stehenden, einen ganz beträchtlichen Tiefstand erreicht. Der große Unterschied in den Zahlen von Stadt und Land ist das Kennzeichen einer starken Abwanderung der jüngeren weiblichen Personen vom Lande. Die Geburtenziffer der Land- gegenüber der Stadtbevölkerung ist numerisch etwa doppelt so hoch. In Wirklichkeit ist aber die ländliche Geburtenhäufigkeit noch viel höher zu bewerten. Denn der Anteil der jüngeren weiblichen Bevölkerung an der Gesamtzahl der zeugungsfähigen Frauen ist auf dem Lande nicht so groß wie in der Stadt. Die Fruchtbarkeitsbasis der Landbevölkerung ist also wesentlich kleiner als die der Stadtbevölkerung. Wird nun der Ersatzbedarf der Städte, insbesondere der Großstädte, weiter aus dem ländlichen Geburtenüberschuß gedeckt, so muß — da die Abwanderung gerade die im leistungsfähigen Alter stehenden Personen umfaßt — die Fruchtbarkeitsbasis immer mehr zusammenschrumpfen und schließlich auch auf dem Lande zu einem Geburtenfehlbetrag führen. Im Interesse der völkischen Lebensbilanz ist daher die Abgabe des ländlichen Geburtenüberschusses an die Stadt zu vermeiden. Darüber hinaus darf nichts unversucht gelassen werden, die Geburtenziffer der Stadtbevölkerung so zu steigern, daß sie in der Lage ist, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Eine größere Geburtenhäufigkeit in der Stadt muß also zu einer Dauererscheinung werden.

II. Theorien zur Erklärung des Geburtenrückganges

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Vorkriegszeit waren so überaus günstig, daß eine große Familie keine Belastung für den einzelnen zu sein brauchte; hatte sich doch der Nahrungsspielraum so erweitert, daß er von der Bevölkerung bei weitem nicht ausgefüllt wurde. Der beginnende Geburtenrückgang verstieß daher gegen alle Erwartungen und rief gewissermaßen eine Revolutionierung der Geister hervor. Das als Naturgesetz betrachtete Malthussche Bevölkerungsprinzip schien plötzlich aufgehoben. Da jenes Phänomen mit der überlieferten Theorie so völlig im Widerspruch stand, wurden die verschiedenartigsten Lehren aufgestellt, um es zu erklären.

1. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und der Geburtenrückgang

Bei der jahrzehntelangen Vorherrschaft Malthusscher Gedanken war es natürlich, daß versucht wurde, den Geburtenrückgang mit seiner Lehre in Einklang zu bringen. Diesen Versuch unternahm Budge[5]), der von der These des Malthus ausging, daß die Bevölkerung überall da wachse, wo auch die Unterhaltmittel zunehmen. Beides trifft nun für Deutschland — wie auch für die übrige Kulturwelt — im 19. Jahrhundert zu. Die Unterhaltmittel haben sich durch die technischen Fortschritte in ungeahntem Maße vermehrt. Ebenso hat die Bevölkerung trotz des Geburtenrückganges der letzten Jahrzehnte stetig zugenommen. Die Einwohnerzahl Deutschlands stieg von rund 25 Millionen nach den Befreiungskriegen auf rund 65 Millionen bei Ausbruch des Weltkrieges. Nach Budge ist also das Bevölkerungsgesetz des Malthus nicht aufgehoben, weil die Geburtenziffer zurückging. denn die Bevölkerung ist ja trotzdem gewachsen, d. h. sie hat die Tendenz, den Nahrungsspielraum auszufüllen, weiter verfolgt. Der Geburtenrückgang ist durch den gleichzeitigen Rückgang der Sterbefälle überkompensiert worden.

Die These von Budge, „Der Rückgang der Geburtenziffer . . . ist veranlaßt durch die Abnahme der Todesfälle"[6]) und weiter die Behauptung: „Die Abnahme der Todesfälle muß die causa causans der Verschiebung, welche in der Bevölkerungsbewegung der letzten Jahrzehnte in den Kulturländern stattgefunden haben, sein, und

[5]) Budge, Siegfried, Das Malthus'sche Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte, Karlsruhe 1912, S. 181 ff.

[6]) und [7]) a. a. O. S. 189.

nur sie hat Deutschland vor einer Ueberbevölkerung und vor den Uebeln der repressiven Hemmnisse bewahrt"[7]), muß in dieser Unbedingtheit abgelehnt werden. Auf lange Sicht betrachtet ist hier ein Ausgleich wohl möglich, wie auch umgekehrt das starke Ansteigen der Geburtenziffer nach dem Weltkriege deutlich zeigt, daß auf hohe Sterblichkeit eine Zunahme der Geburten folgt. Aus der Entwicklung der Geburten- und Sterbeziffern seit der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges ist diese Tendenz aber nicht klar ersichtlich. Ein ursächlicher Zusammenhang ist auch deshalb nicht ohne weiteres anzunehmen, weil die Sterbeziffer in ihrer Höhe wieder stark abhängig ist von der Besetzung der vom Tode am meisten gefährdeten Altersklassen. Das sind aber nicht nur die alten Personen, sondern auch sehr zahlreich die Säuglinge. Wenn durch den Geburtenrückgang die Altersklasse von 0 bis 1 Jahr, die von der Säuglingssterblichkeit besonders bedroht ist, sich in ihrem Umfange verkleinert, so muß natürlich die Sterblichkeit abnehmen.

Budge überschätzt die Bedeutung der günstigen Sterblichkeitsverhältnisse, wenn er sie als „causa causans" des Geburtenrückgangs bezeichnet. Seine Ansicht ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. So hat schon Georg von Mayr[8]) darauf hingewiesen, daß das „Wegsterben kleiner Kinder . . . direkt provozierend auf die Neuerzeugung von solchen wirkt". Der Zusammenhang zwischen Sterblichkeit und Geburtenziffer ist unzweifelhaft, jedoch nicht mit dem Malthusschen Gesetz allein zu erklären. Es ist nur ein Faktor in dem Ursachenkomplex und reicht nicht zur alleinigen Erklärung des Phänomens aus.

2. Biologische Verschlechterung

Ein anderer Faktor wird im Anschluß an Herbert Spencer in einer biologischen Minderung der Zeugungskraft gesehen. Die gesteigerten zerebralen Funktionen des Menschen sollen einen hemmenden Einfluß auf seine Fortpflanzungsfähigkeit ausüben Die Frage. ob mit höherer Kultur zunehmende Impotenz verbunden ist, wird aber heute allgemein verneint. Von Medizinern[9]) wird zwar eine Minderung der Zeugungskraft bei dem Alkoholismus ergebenen oder sogar Sterilität bei venerisch infizierten Personen angenommen, doch ist die dadurch bedingte Zerstörung der Reproduktionskraft nicht so allgemein, um aus ihr den Geburtenrückgang herleiten zu können.

[8]) v. Mayr, Georg, Bevölkerugsstatistik, Freiburg 1897, S. 176.
[9]) So Max v. Gruber, Sexuelle Hygiene, Stuttgart 1917, und A. Blaschko, Art. Geschlechtskrankheiten im Handwörterbuch der sozialen Hygiene, Bd. 1. S. 400.

3. Die Wohlstandstheorie

Die merkwürdige Tatsache, daß in den bessergestellten Schichten die Geburtenziffer zuerst und am stärksten zu sinken begann und die Geburtenbeschränkung erst später auf die anderen Volksschichten übergriff, hat zur sog. „Wohlstandstheorie" geführt. Sie wurde in Frankreich, dem Lande, das als erstes von dem Geburtenrückgang betroffen wurde, aufgestellt. Ihre weiteste Verbreitung fand die Wohlstandstheorie durch die eingehenden Untersuchungen von Mombert[10]) und Brentano[11]). Mombert betrachtet die einzelnen Faktoren der Bevölkerungsentwicklung, die für die Geburtenziffer von Einfluß sind. Er stellt fest, daß die Sterbeziffer abgenommen hat, das Heiratsalter gesunken ist, daß eine Verschiebung des Schwergewichtes zu den jüngeren im zeugungsfähigen Alter stehenden Klassen stattgefunden hat und kommt zu dem Schluß, daß „die ganze Entwicklung in Deutschland in den letzten Menschenaltern darauf hindrängte, eine Vermehrung der Geburtenzahl herbeizuführen"[12]). Der Geburtenrückgang, der wegen der günstigen Vorbedingungen doppelt schwer ins Gewicht fällt, ist nur aus der gleichzeitigen Wohlstandszunahme des deutschen Volkes zu erklären. Mombert stellt nämlich die eheliche Fruchtbarkeit der Spartätigkeit gegenüber[13]), wobei es sich dann zeigt, „daß in den Gegenden mit größerer Spartätigkeit die eheliche Fruchtbarkeit eine geringere ist als in denjenigen mit kleinerer Spartätigkeit"[14]). Hohe Spartätigkeit und niedrige Geburtenziffer finden sich hauptsächlich in den Städten und Industriegebieten, während umgekehrt in den ländlichen Gebieten die Geburtenziffern hoch sind, die Spartätigkeit aber nur gering ist. Von einer Regel kann jedoch nicht gesprochen werden. Denn, wie Mombert selbst zugibt, konnte „die Wirkung des Wohlstandes nicht überall voll zur Geltung kommen, da . . . dieselbe durch andere zum Teil entgegengesetzt wirkende Faktoren kompensiert wurde"[15]). Das spreche aber nicht gegen den ursächlichen Zusammenhang zwischen Wohlstand und Geburtenrückgang. Der steigende Wohlstand löse ein psychologisches Moment aus. „Mit fortschreitendem Wohlstand pflegen sich die Menschen über das blinde Waltenlassen der animalischen Instinkte zu erheben und damit werden sich die Eltern mehr und mehr bewußt, daß sie dafür verantwortlich sind, was für Menschen und ob sie deren viele oder wenige auf die Welt setzen"[16]). Damit wird also die

[10]) Mombert, Paul, Studium zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland, Karlsruhe 1907.
[11]) Brentano, Lujo, Die Malthus'sche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien, München 1909.
[12]) Mombert, a. a. O. S. 129.
[13]) a. a. O. S. 185 ff.
[14]) a. a. O. S. 190.
[15]) a. a. O. S. 244 ff.
[16]) Brentano, a. a. O. 603.

wirtschaftliche Lage des einzelnen, und zwar umgekehrt, wie man eigentlich annehmen sollte, zur causa causans des Geburtenrückgangs. Steigender Wohlstand ruft ökonomisches Denken hervor und dieses führt zur Kinderbeschränkung, weil nur in der bewußten Kleinhaltung der Familie die Möglichkeit zur Befriedigung „konkurrierender Genüsse" (Brentano) gegeben sind.

Ist die Wohlstandstheorie geeignet, den Geburtenrückgang zu erklären? Gewiß besteht zwischen Wohlstand und Geburtenminderung ein Zusammenhang, jedoch kann der Wohlstandstheorie nicht so unbedenklich eine Allgemeingültigkeit zugestanden werden. Ebenso wie steigende Wohlhabenheit die Menschen zum ökonomischen Handeln anleiten soll und daraus die Zeugungsbeschränkung resultiere, ist es denkbar, daß die gewollte Kleinhaltung der Familie das Primäre ist, um die verminderten Ausgaben für Kinderaufzucht zum wirtschaftlichen Aufstieg zu benutzen. Es ist daher nicht richtig, psychologische Motive, deren Ursprung und deren Wirkungsrichtung nicht genau festzustellen sind, als alleinige Ursache für den Geburtenrückgang zu bezeichnen. Ihnen kann nur eine mitwirkende Verursachung zuerkannt werden.

4. Wandlung der Sexualmoral

Wenn das Geburtenproblem nicht restlos aus der Wohlstandszunahme erklärt werden kann — im gewissen Umfange kommt ihm eine Berechtigung zu, man braucht nur an den Fall zu denken, daß Personen, die durch Reichtumszunahme eine soziale Stellung errungen haben, durch Kinderbeschränkung dieses Niveau zu halten versuchen oder daß Eltern, die zu Besitz gekommen sind, durch Kinderarmut den Besitz vor Zersplitterung schützen wollen — wenn also bis zu einem bestimmten Grade der Wohlstandstheorie Berechtigung nicht abzusprechen ist, so kann doch mit ihr die Frage nicht gelöst werden. Neben den wirtschaftlichen wurde deshalb versucht, psychologische Momente für den Geburtenrückgang verantwortlich zu machen. So weist Bornträger[17]) der Sozialdemokratie die Schuld am Geburtenausfall zu. Die Kirche sei das stärkste Bollwerk gegen die Geburtenregulierung. Dem gläubigen Anhänger christlicher Religionsgemeinschaften sind die Kinder ein Geschenk Gottes und willkürliches Eingreifen in den Zeugungsakt ist deshalb Sünde. Der Kampf des Marxismus gegen die Kirche hat in dieses Bollwerk gegen den Atheismus große Breschen geschlagen und zahlreiche Gläubige der Macht der Kirche — hierbei ist hauptsächlich an den Katholizismus gedacht — und ihrer Gebote entzogen. Aehnlich argumentiert Wolf[18]), jedoch kommen bei ihm

[17]) Bornträger, J., Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Bewertung und seine Bekämpfung, Würzburg 1913.

noch andere Faktoren hinzu, so die fortschreitende elementare Bildung, damit Zunahme des Ordnungssinnes und des haushälterischen rechenhaften Sinnes und wachsende Befreiung von ethischen Bindungen. Die Rückwirkung des rationalistischen Geistes in der Lebensführung auf den Zeugungswillen bleibt nicht aus und äußert sich in einer bewußten Beschränkung der Kinderzahl.

Eine oberflächliche Betrachtung der einzelnen Erklärungen über den Geburtenrückgang erweckt den Anschein, als gingen alle für diese bedrohliche Erscheinung angeführten Gründe auf eine Wurzel zurück: Die Malthussche Bevölkerungstheorie. Wenn sich auch in der Auswirkung allenfalls nur gradmäßige Unterschiede ergeben, so ist der Ausgangspunkt doch verschieden.

Nach Malthus wächst die Bevölkerung schneller als der Nahrungsspielraum. Von der wirtschaftlichen Seite wird dadurch ein Druck hervorgerufen, der zur Beschränkung des Nachwuchses, sei es durch präventive, sei es durch repressive Hemmnisse, führt.

Die Wohlstandstheorie argumentiert letzten Endes ebenso. Obwohl der Nahrungsspielraum weit genug ist, um auch eine größere Volkszahl zu erhalten, ist doch der Anspruch des einzelnen auf die wirtschaftlichen Güter, ist sein Lebensstandard so hoch, daß trotzdem ein wirtschaftlicher Druck vorhanden ist, der präventive Hemmnisse auslöst.

Mit der Wohlstandstheorie nahe verwandt ist die Theorie über die Wandlungen der Sexualmoral, nur daß bei ihr die rationalistische Lebenshaltung noch stärker betont ist. Das ökonomische Denken und Handeln führt ebenso wie bei der Wohlstandstheorie zu einer bewußten Kleinhaltung der Familie.

Die Theorie, wonach der Rückgang der Zeugungskraft in einer biologischen Verschlechterung seine Ursache habe, scheint sich mit den von Malthus erwähnten repressiven Hemmnissen zu decken. Diese Theorie wird aber allgemein abgelehnt, so daß sich ein Eingehen hierauf erübrigt. So viel läßt sich jedoch sagen, daß sie nicht auf ungenügende Bedürfnisbefriedigung zurückgeht, wie dies bei den repressiven Hemmnissen im Sinne von Malthus der Fall ist, sondern daß sie allenfalls auf eine falsche Lebensweise zurückzuführen wäre.

Die Gleichartigkeit der Lehre des Malthus mit der Wohlstandstheorie einschließlich der Rationalisierungstheorie ist jedoch rein

---

[18]) Wolf, Julius, Der Geburtenrückgang, die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit, Jena 1912.
Die neue Sexualmoral und das Geburtenproblem unserer Tage, Jena 1928.

äußerlicher Art. In Wirklichkeit sind sie grundverschieden, weil der Ausgangspunkt beidemal ein anderer ist.

Bei Malthus üben die wirtschaftlichen Verhältnisse einen Druck auf die Bevölkerungsvermehrung aus. Das ist bei der Wohlstands- und Rationalisierungstheorie zwar auch der Fall, denn auch bei ihnen hemmen die Grenzen des Nahrungsspielraumes — zu dem neben der eigentlichen Nahrung, auch Kleidung und Wohnung zu rechnen sind — das Volkswachstum. Der Ausgangspunkt von Malthus liegt aber, wie sein Beispiel über das Mißverhältnis von Bevölkerungsvermehrung und Vermehrung der Unterhaltsmittel zeigt, in den materiellen Gegebenheiten der Umwelt. Der Hinweis, daß die Bevölkerung in geometrischer, die Nahrungsmittel jedoch nur in arithmetischer Progression wachsen, ist nur ein Beispiel zur Veranschaulichung seiner These und spielt als solches eine untergeordnete Rolle. Trotzdem geht aber gerade aus diesem Beispiel hervor, daß Malthus einen wirtschaftlichen Druck im objektiven Sinne als verursachend für das Nachlassen des Volkswachstums ansieht. Durch zu starke Bevölkerungsvermehrung wird das physiologische Existenzminimum erreicht bzw. unterschritten, so daß hieraus notwendig eine Zeugungsbeschränkung sich ergeben müsse.

Anders ist es bei der Wohlstands- und Rationalisierungstheorie. Nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse im objektiven, sondern im subjektiven Sinne führen zu einer Geburtenkontrolle. Unterhaltsmittel sind so reichlich vorhanden, daß eine Bedrohung des physiologischen Daseins nicht möglich ist. Ausgangspunkt dieser Theorien ist nicht wie bei Malthus der tatsächliche, sondern nur ein eingebildeter wirtschaftlicher Druck. Eine psychologische Erscheinung, die Angst, einen einmal erreichten Lebensstandard zu verlieren, führt zur Geburtenbeschränkung.

Vergegenwärtigen wir uns die einzelnen Theorien über den Geburtenrückgang, so sehen wir, daß er nirgends auf eine einzige Ursache zurückgeführt werden kann. Wenn für jede der Theorien auch eine Hauptursache angenommen wird, so wird doch anderen Faktoren die Mitwirkung nicht abgesprochen. Einer dieser Faktoren wird nun — da städtische und ländliche Geburtenziffern tiefgreifende Unterschiede aufweisen — in der städtischen Lebensführung gesehen. Je nachdem, um welche Theorie es sich handelt, wird das Schwergewicht auf die geringe Säuglingssterblichkeit gelegt oder auf den höheren Grad der Wohlhabenheit in der Stadt, auf die höhere Kultur und auf die geringere Bindung an die Religion, an deren Stelle größerer geistiger Radikalismus tritt. Als Nebenwirkung in dem Ursachenkomplex wird überall noch auf den Einfluß der Wohnung, sei es in ihrer Größe und Beschaffenheit, sei es in ihrem Preis u. a., auf die Geburtenziffer hingewiesen.

Wenn im Folgenden versucht werden soll, das Ob und das Wie des Zusammenhanges zwischen Wohnung und Geburtenrückgang festzustellen, so erlaubt der Unterschied in der Entwicklung der Geburtenfrequenz von Stadt und Land und weil die Wohnungsfrage auf dem Lande nicht so vordringlich ist, die Betrachtung auf die städtischen Verhältnisse zu beschränken. Welche Faktoren sind es aber, die aus der Behausung des Stadtbewohners einen geburtenmindernden Faktor machen? Hier sind die verschiedensten Zusammenhänge möglich, es kommt darauf an, ob es sich um eine große oder kleine, eine teure oder billige Wohnung handelt, ob die Räume in einer Mietkaserne oder in einem Kleinhause liegen. Es sind mit anderen Worten zahlreiche Kräfte wirksam, die ihren Ursprung sowohl in der einzelnen Wohnung wie auch in der gesamten Wohn- und Siedlungsweise haben. Bevor wir den Einfluß der Wohnung auf den Geburtenrückgang untersuchen, sei daher ein Ueberblick über die Entwicklung des Wohnungsbaus vorangestellt.

B. Die Wechselbeziehungen zwischen Wohnung und Bevölkerungsbewegung

I. Grundfragen

1. Verstädterung und Bauweise

Im Zuge der Industrialisierung und Großstadtbildung trat eine Umwandlung in der Wohn- und Siedlungsweise der Bevölkerung ein. Deutschland war bis weit über die Mitte des vorigen Jahrhunderts überwiegend Agrarstaat. „Das Bauernhaus in den Dörfern und das Bürgerhaus des Handwerkers und Gewerbetreibenden in den kleinen Städten waren die vorherrschende Wohnungs- und Siedlungsform. Die Wohnstätten waren in der Mehrzahl der Fälle Eigentum der Erbauer oder ihrer Nachkommen. Von diesen wurden sie auch meistens allein bewohnt. Das deutsche Volk lebte zum größten Teil in Eigenheimen“[19]). Mit der schnell fortschreitenden städtischen Agglomeration konnte die bisher übliche Bauweise das Wohnungsbedürfnis aber nicht mehr befriedigen. Die Bauausführung auf Bestellung des Bauherrn trat zurück hinter die kapitalistische Bauweise, die den Wohnungsbau zum Zwecke der Gewinnerzielung vornahm. Die Aenderung in der Bauweise veränderte auch die Bauform. An die Stelle des Eigenheims trat das Massenmiethaus, die „Mietkaserne“. Das Unternehmertum,

[19]) Fey, Walter, Leistungen und Aufgaben im deutschen Wohnungs- und Siedlungsbau, Sonderheft des Instituts für Konjunkturforschung 42, 1936, S. 7.

das die Wohnungen erstellen ließ, um durch die Vermietung am freien Markt einen Gewinn zu erzielen, sah in der Mietkaserne die Möglichkeit eines größeren Kapitalertrages. So entstanden — ungehemmt von behördlichen Beschränkungen und zum Teil erzwungen durch ungünstige Verkehrsverhältnisse — auf engem Raum große Wohnblocks mit zahlreichen Mietwohnungen.

2. Die Wohnungsfrage

Die Wandlungen der städtischen Bauweise vom Bürgerhaus alten Stils zur heutigen Mietkaserne ließen bald Schäden klar werden, die mit dem Begriff Wohnungsfrage bezeichnet werden.

Neben dem städtischen wird darunter auch das ländliche Wohnungswesen verstanden; für unsere Untersuchung ist jedoch nur das erste von Wichtigkeit. Der Zusammenhang zwischen Wohnung und Bevölkerungsbewegung ist auf dem Lande weniger vorhanden, da sich das Leben meist im Freien abspielt und die Wohnung weniger Lebensraum als Aufenthaltsraum ist.

In früheren Zeiten hat es zwar auch eine Wohnungsfrage gegeben, sie war aber von der unserer Tage wesentlich verschieden. Es handelte sich da zumeist um einen Mangel an Wohnungen, der immer nur vereinzelt auftrat, örtlich und zeitlich sehr verschieden war und im allgemeinen bald behoben wurde. Aber die Art der Bebauung, die heute als ein wesentlicher Faktor der qualitativen Wohnungsfrage betrachtet wird, kann nicht als kennzeichnend für die Nöte vergangener Zeiten auf diesem Gebiet angesehen werden. Wenn die alten mittelalterlichen Städte mit ihren schmalen und verwinkelten Straßen, mit dem dichten Zusammenstehen der Häuser als Beispiel für eine falsche und im Interesse der Hygiene fehlerhafte Stadtplanung hingestellt werden, so ist das nur eine äußerliche Betrachtung. Gewiß weist der Städtebau vergangener Jahrhunderte mit modernem Maßstab gemessen viele Mißstände auf. Sie konnten sich aber für die Bewohner nicht so abträglich auswirken wie vielfach angenommen wird. Wie aus der Untersuchung von Schott[20]) über die Bevölkerungsdichtigkeit in den Großstädten und ihren Agglomerationen hervorgeht, reichte das im Jahre der Reichsgründung vorhandene Gebiet der Städte aus, um die bis 1910 eingetretene Bevölkerungszunahme aufzunehmen. Die in diesen 40 Jahren auf einen Hektar entfallende Zunahme betrug aber im Durchschnitt nicht weniger als das Drei-, teilweise sogar das Vierfache der bisherigen Einwohnerzahl. Ein Beweis dafür, wie weiträumig in Wirklichkeit die als eng und verbaut bezeichneten Städte des Mittelalters waren und daß die Nachteile aus der nach

[20]) Schott, S., Die großstädtischen Agglomerationen des deutschen Reiches 1871—1910, Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Breslau 1912, S. 110 ff.

unseren Erkenntnissen abzulehnenden Stadtplanung aufgewogen wurden durch die hinter den Häusern angelegten Gärten, die große zusammenhängende Blocks bildeten und den Zusammenhang mit der Natur nicht verlorengehen ließen.

Ganz anders liegen nun die Verhältnisse im heutigen Zeitalter. Die Schäden im Wohnungswesen sind nicht mehr auf einige wenige Orte beschränkt, sie sind jetzt ganz allgemein geworden, sie sind eng verknüpft mit der Verstädterung, insbesondere mit der Bildung der modernen Großstadt und ihrem Ausdruck der Mietkaserne.

Faßt man die Wohnungsfrage auf als die Frage nach der ausreichenden Befriedigung des Wohnbedürfnisses, so kann sie sich nach zwei Richtungen äußern, der qualitativen und der quantitativen. Im ersten Fall handelt es sich um Wohnungen, die Mängel aufweisen und damit ihren Zweck, die Wohnungsbedürfnisse zu befriedigen, nicht restlos erfüllen können, im anderen um einen Wohnungsmangel überhaupt. Die Entwicklung der Wohnungsfrage in Deutschland zeigt zwei Phasen:

In der Vorkriegszeit herrschten in den Wohnungsverhältnissen Mißstände, die sich in erster Linie aus der Beschaffenheit der Wohnung ergaben. Da hauptsächlich die arbeitenden Klassen davon betroffen wurden, wird für diese Zeit allgemein von einer Arbeiterwohnungsfrage gesprochen. Drei Tatsachen werden insbesonders angeführt, die als Kennzeichen dafür gelten. Die Wohnungen sind ungesund, sie sind überfüllt und sie sind zu teuer. Die Nachkriegszeit ist gekennzeichnet durch einen Mangel an Wohnraum überhaupt, hervorgerufen durch den Ausfall der Bauleistungen während des Weltkrieges. Hinzu kommen noch die Wohnungsmängel der Vorkriegszeit, die durch den großen Mangel an Wohnraum noch fühlbarer wurden.

a) Wohnungsmängel

Die ungesunden Wohnverhältnisse der großstädtischen Arbeiterquartiere sind hervorgerufen durch den aus Verkehrs- und Rentabilitätsgründen notwendig gewordenen Uebergang vom Flachbau zum Hochbau. Die Baudichte nahm um so mehr zu, je stärker die Verstädterung fortschritt.

So hatten von 1000 bewohnten Gebäuden in Berlin*)

	nur Erdgeschoß	4 und mehr Stockwerke
1864	79	152
1875	56	271
1880	53	336
1890	23	466
1895	36	671

*) Fuchs, H. d. St. 4. Aufl. Ergänzungsband, Jena 1929, Artikel Wohnungsfrage und Wohnungswesen.

Aehnlich lagen die Verhältnisse in Wien; hier hatten 76,5 v. H. aller Häuser der inneren Stadt mehr als drei Stockwerke, über ein Viertel aller Häuser vier Stockwerke. Die Folge dieser Baudichte ist nun eine hohe Behausungsziffer, die kennzeichnend für die deutschen Wohnverhältnisse ist und die die des Auslandes bei weitem übertrifft.

Es wohnen durchschnittlich in einem Hause*)

im Haag	6,52 Personen	in Stockholm . .	32,00 Personen
in London . . .	7,89 „	in Prag . . .	40,92 „
in Brüssel . . .	8,53 „	in Budapest . .	41,26 „
in Bern	14,63 „	in Wien . . .	50,74 „
in New York . .	20,20 „	in Breslau . . .	51,97 „
in Kopenhagen .	26,60 „	in Berlin . . .	75,9 „
in Oslo	29,20 „		

*) Schwan, B., Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland, Schriften des Vereins für Wohnungsreform e. V., Heft 7, Berlin 1929, S. 38.

Durch die enge Bebauung der Grundstücke, die Ausnutzung der Keller- und Dachräume zu Wohnzwecken und vor allem durch den Bau von Seitenflügeln und Hinterhäusern ist die Zufuhr von Licht und Luft gehemmt. Die Durchlüftbarkeit der Räume ist mangelhaft und zum Teil überhaupt nicht möglich. Die gefährlichen Volkskrankheiten können sich in solchen Räumen leicht ausbilden und finden durch die Uebereinanderschachtelung der Wohnungen, durch die enge Berührung der verschiedenen Hausbewohner schnelle Verbreitung.

b) Wohnungsüberfüllung

Die gesundheitsschädlichen Einflüsse der schlechten Wohnungen wurden noch vermehrt durch die große Belegungsziffer der einzelnen Wohnungen. Die Wohnungsüberfüllung, die sich gerade bei den kleinen Wohnungen besonders fühlbar machte, wurde neben der Familiengröße des Wohnungsinhabers hervorgerufen durch die Aufnahme zahlreicher Untermieter und Schlafgänger. „1900 hatten in 12 preußischen Städten ein Sechstel aller Haushaltungen oder mehr, in sieben davon mehr als ein Fünftel familienfremde Elemente, und zwar überwogen in den größeren Städten die wirtschaftlich schlechter gestellten und sozial bedenklicheren Schlafgänger“[21]).

Die an sich schon ungesunden und sittlich höchst bedenklichen Zustände der Wohnungsüberfüllung — kamen doch nach der Wohnungszählung vom Mai 1918 in Berlin 40 v. H. aller

[21]) Fuchs, H. d. St. a. a. O. S. 1108.

Wohnungen auf solche mit einem und weitere 33 v. H. auf solche mit zwei Räumen — wurden noch verschärft durch die oft ungenügende Zahl der Betten, die wegen Raummangels nicht aufgestellt werden konnten. Für die Wiener Arbeiterfamilien gibt Schiffer[22]) nicht weniger als 58 v. H. an, die noch in den Jahren 1912 bis 1914 ein Bett teilen mußten, wobei es sich sogar um Arbeiter relativ gehobenen Standes handelte. Dazu kommt noch, daß dieselben Räume für die verschiedenen Verrichtungen und Zwecke verwendet wurden. Sie waren am Tage Aufenthaltsraum und oftmals auch Werkstätten für Heimarbeiten, die ja fast ausschließlich in den unter schlechten und beengten Wohnungsverhältnissen lebenden Schichten Eingang gefunden hatten. Weiter wurden in den Räumen Arbeiten vorgenommen, wie Kochen, Waschen, Plätten, die durch ihre Ausdünstung einen ungünstigen Einfluß auf die Gesundheit ausüben. Und damit nicht genug dienten sie des Nachts noch als Schlafräume. Daß die Wohnungen unter solchen Umständen kein wirkliches Heim boten und ein Familienleben nicht aufkommen ließen, ist dabei nicht zu verwundern.

c) Die Einkommensbelastung durch hohen Mietzins

Die ungesunden Wohnzustände und die Wohnungsüberfüllung werden allgemein auf die hohen Mietpreise zurückgeführt. Für Berlin hat Fuchs festgestellt, „daß die Arbeiter fast ausschließlich und von den Subalternbeamten, der weitaus größere Teil in 1- bis 2-Zimmer-Wohnungen Unterkunft finden müssen. Die Normalwohnungen des Berliner Arbeiters, die 42 v. H. aller Wohnungen und etwa $^4/_{10}$ der gesamten Bevölkerung umfaßt, besteht aus einer Stube nebst Küche (dazu in etwa 12 v. H. der Fälle ein unheizbarer Nebenraum). Trotz dieser äußerst dürftigen Wohnform, die in anderen Ländern nur als Ausnahme auftritt, sind die Mieten so hoch, daß sie nur das Existenzminimum der Befriedigung des Wohnbedürfnisses erlauben“[23]). Die Schätzungen über den Anteil des Einkommens, den die unteren Schichten für Wohnungsmiete aufwenden müssen, schwanken zwischen 20 und 35 v. H. Nach den Untersuchungen von Schwabe ist dieser Anteil prozentual desto größer, je geringer das Einkommen ist. Als Durchschnitt[24]) kann wohl ein Anteil von etwa 25 v. H. der kleineren Einkommen angesetzt werden, der für die Befriedigung des Wohnbedürfnisses ausgegeben werden muß. In den Schätzungen über den für Wohnungsaufwand zu verwendenden Teil des Einkommens kommt

[22]) Angeführt bei Philippovich-Somary: Grundriß der Politischen Oekonomie, Bd. II, Teil II, 1. Aufl., S. 319.
[23]) Fuchs, H. d. St. a. a. O.
[24]) So auch Conrad im Grundriß der politischen Oekonomie, 2. Teil, 10. Auflage, S. 508 und Philippovich-Somary, Grundriß der politischen Oekonomie, Bd. 2, Teil II, 1. Aufl., S. 319.

deutlich die von Schwabe aufgezeigte Tendenz zum Ausdruck, daß mit sinkendem Einkommen die Ausgaben für Wohnung an den Gesamtausgaben stärker beteiligt sind. Es darf aber nicht übersehen werden, daß es sich bei diesen Zahlen immer nur um eine Aufteilung eines Ganzen handelt. Wenn das Ganze — also das Einkommen — in den einzelnen untersuchten Gruppen verschieden ist, so wird natürlich das einzelne Glied auch verschiedene Größen aufweisen entsprechend der ungleichen Dringlichkeitsgrade der menschlichen Bedürfnisse. Es ist selbstverständlich, daß das zu den Elementarbedürfnissen zu rechnende Wohnbedürfnis bei kleinem Einkommen einen hohen Anteil erfordert. Damit ist aber noch nichts über die wirkliche Belastung der Lebenshaltung gesagt. Eine die Belastung zum Ausdruck bringende Ziffer müßte tatsächlich aber viel höher ausfallen als die Verhältniszahl für Wohnungsmiete bei der Aufgliederung des Einkommens. Den gleichen Gedanken vertritt auch Engel für den Nahrungsbedarf. Er stellt fest, daß dessen Anteil mit sinkendem Einkommen progressiv wachse. Wenn auch eine streng mathematische Beziehung nicht nachgewiesen werden kann, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Aufwendungen für Existenzbedürfnisse ein kleines Einkommen mehr belasten als die Verhältniszahlen zum Ausdruck bringen.

II. Die Einwirkung der Wohnungsverhältnisse auf die Bevölkerungsbewegung

Nach den über den Geburtenrückgang aufgestellten Theorien soll den Wohnungsverhältnissen eine Nebenwirkung zukommen. Läßt sich feststellen, daß die im Vorstehenden skizzierte Wohnungsfrage in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen diesen Begriff ausmachenden Komponenten das Geburtenproblem irgendwie berührt, also von Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung ist, so wäre mit einer solchen Feststellung praktisch noch nichts gewonnen. Wird nämlich die Frage im positiven Sinne gelöst, dann ergibt sich notwendig die Folgerung, hier Abhilfe zu schaffen und eine Wohnungspolitik zu treiben, die — soweit die Wohnung mitverursachend am Geburtenrückgang beteiligt ist — wenigstens auf ihrem Sektor eine Umkehr der Geburtenkurve ermöglicht. Die Absicht, ungünstig auf die Geburtenziffer einwirkende Wohnungsverhältnisse zu beseitigen, ist aber nur dann berechtigt, wenn nicht dadurch ein wirtschaftlicher Verlust zu erwarten ist. Es muß also weiter geprüft werden, ob auf Grund der durch den Geburtenrückgang herbeigeführten anomalen Bevölkerungsstruktur, die sich zu einer Schrumpfung des Volkskörpers auswirken kann, eine weitere Baupolitik zu verantworten ist.

Die Untersuchung hat sich daher auf zwei Fragenkreise zu erstrecken:

1. Ist der Rückgang der Geburtenziffer auf die ungesunden, überfüllten und teuren Wohnungen zurückzuführen?
2. Führt bei der Ueberalterung unseres Volkes ein Neubauprogramm nicht zu einem Ueberangebot an Wohnraum?

Betrachten wir nun die Wohnungszustände. Die wesentlichen Faktoren der Wohnungsfrage sind, wie wir gesehen haben, Wohnungsnot, Wohnungspreise und Wohnungsüberfüllung. Prüfen wir also, ob ein Zusammenhang zwischen ihnen und der Geburtenziffer besteht.

1. Wohnungsmängel

Wenn die Kinderzahl von den ungesunden Wohnungsverhältnissen beeinflußt werden soll, so ist das in zweifacher Hinsicht möglich. Die Geburtenziffer kann hoch sein, aber eine große Säuglingssterblichkeit führt schließlich zur Kinderarmut. Eine solche Erscheinung ist in heißen Sommern zu beobachten. Die Kindersterblichkeit nimmt dann in den städtischen Wohnungen große Ausmaße an und ist nach Flügge[25]) auf die enge und hohe Bauweise und die schlechte Durchlüftbarkeit der Wohnungen zurückzuführen. Die Mietkasernen werden zu Wärmespeichern, das Mauerwerk, das bei Hochbauten stärker sein muß als bei Kleinhäusern, kann während der Nachtstunden die Wärme nicht so schnell abgeben, außerdem ist die Luftzirkulation durch das gedrängte Zusammenstehen der Häuser behindert. Die Wärme, die in den Außenwänden aufgespeichert ist, und auch bei Abkühlung der Außenluft länger anhält, muß die Wohnungstemperatur erhöhen. Da durch Lüftung die Temperatur nicht oder höchstens nur für kurze Zeit gesenkt werden kann, wird der Säugling von fieberhaften, tödlichen Krankheiten bedroht. Bei der verhältnismäßig niedrigen Sterblichkeit der Säuglinge, die in den Großstädten noch um einige Grade günstiger ist als in den ländlichen Bezirken, kann diese Erscheinung nicht als maßgeblich für den Geburtenrückgang angesehen werden.

Zu untersuchen bliebe also nur noch die zweite Möglichkeit, daß die Geburtenziffer von vornherein sehr niedrig ist. Das trifft nun für die städtische Bevölkerung zu. Wenn aber schädliche Wohnungseinflüsse daran schuld sein sollten, so müßten die Eltern der Kinder davon betroffen sein. Wie bereits ausgeführt, haben ungesunde Wohnungen sehr zur Verbreitung gefährlicher Volkskrankheiten geführt. Zahlreiche Untersuchungen über Militärtauglichkeit haben gezeigt, daß die Tauglichkeit der Stadtbewohner, insbesondere die der Großstadte herabgemindert war. Wie weit daran das städtische Leben überhaupt und wie weit die einzelnen Wohnungen daran beteiligt sind, ist nicht einwandfrei nachzuweisen.

[25]) Flügge, C., Großstadtwohnung und Kleinhaussiedlung in ihrer Einwirkung auf die Volksgesundheit, Jena 1916.

Sicher ist jedenfalls, daß die Wärme-, Licht- und Luftverhältnisse der einzelnen Wohnung die Konstitution der Bewohner verschlechterten. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Zeugungskraft und Zeugungsfähigkeit der davon betroffenen Personen geschwächt würden. Anzunehmen ist wohl, daß eine schlechte Konstitution die Zeugungskraft bis zu einem gewissen Punkt herabsetzt. Die anteilsmäßige Beteiligung am Geburtenrückgang dürfte aber andererseits so schwach sein, daß wir nicht geneigt sind, der Mitverursachung, die unzweifelhaft vorliegt, eine größere Bedeutung zuzuerkennen.

2. Wohnungsteuerung

Daß die teuren Mietpreise die Wirtschaftskraft der Mieter übermäßig anspannen, ist wohl auf Grund der zahlreichen darüber angestellten Untersuchungen unstreitig. Sind wir nun dazu berechtigt, darin einen Grund für das Absinken der Geburtenziffer zu sehen?

Nach dem Schwabeschen Gesetz[26]) wird die Belastung des Einkommens durch den Teil, der für Wohnungsmiete aufgewendet werden muß, immer größer, je kleiner das Einkommen ist. Da das Wohnbedürfnis infolge der klimatischen Verhältnisse und des kulturellen Niveaus zu den Elementarbedürfnissen gehört, muß es unter allen Umständen befriedigt werden. Es wäre wohl denkbar, daß die Befriedigung dieses Bedürfnisses nur zum Teil vorgenommen wird, in dem die räumlichen Ansprüche eingeschränkt werden. In der Wirklichkeit ist das jedoch nicht durchführbar. Mit einer Stube und Küche ist die herrschende Wohnungsgröße der von den hohen Mieten am meisten Betroffenen schon so gering, daß ein weiteres Aufgeben der Wohnungsansprüche nicht mehr zu vertreten ist. Dies würde auch schon eine Grenze darin finden, daß noch kleinere Wohnungen — mit Ausnahme einiger weniger Kochstuben — nicht vorhanden sind. Wenn aber die Mietbelastung durch eine weniger intensive Befriedigung des Wohnbedürfnisses nicht abgewendet werden kann, so müssen eben andere Bedürfnisse ungesättigt bleiben. Eine ins Gewicht fallende Einschränkung ist hier aber auch nicht zu erwarten. Die beiden anderen Gruppen der Elementarbedürfnisse, Nahrung und Kleidung, müssen ebenso befriedigt werden wie das Wohnbedürfnis. Und die „Luxusbedürfnisse", auf deren Kosten ein Ausweichen allein möglich wäre, nehmen gerade bei geringem Einkommen einen so kleinen Rahmen an, daß bei ihnen eine nennenswerte Einsparung nicht erfolgen kann.
Unter solchen Umständen würden Kinder eine so große Belastung der ohnehin schon angespannten Wirtschaftslage der breiten Masse des Volkes sein. Das Nichtvorhandensein von Kindern bedeutet für diesen Teil der Bevölkerung die Befreiung von Sorgen und Ent-

[26]) Mitgeteilt im Gemeindekalender und städt. Jahrbuch für 1868, herausgegeben vom Statistischen Bureau der Stadt Berlin.

behrungen und sichert darüber hinaus einen höheren Lebensstandard. Die Geburtenkontrolle und Geburtenbeschränkung erscheint daher für die nur über kleine Einkommen verfügende Bevölkerungsgruppen als das einzige Mittel, um ihre wirtschaftliche Lage zu heben.

„So war besonders in den verantwortungsbewußten Schichten des Volkes der Wille zur Kleinhaltung der Familie vielfach das Produkt der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Notstände unserer Zeit und noch mehr vielleicht das Produkt von befürchteten Notständen. Eine größere Kinderzahl erscheint gerade für verantwortungsbewußte Ehegatten immer mehr als Risiko — sowohl vom Standpunkt der Eltern wie der etwa schon vorhandenen Kinder — als wirtschaftlich schwere Vorausbelastung der Eltern. Der Wille zum Kind ist sicher noch in weiten Kreisen unseres Volkes lebendig, aber er wird vielfach erstickt und unterdrückt durch die Not der Zeit, durch die Angst vor der Größe des Opfers, welches eine größere Kinderschar von den Eltern heute mehr denn je fordert. . . . Für das Stadtvolk bedeuten Kinder vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet — und der rationalistisch eingestellte Mensch von heute sieht auch diese Dinge heute vorwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten — keine wirtschaftliche Hilfe, wie das noch bis zu einem gewissen Grade beim Landvolk der Fall ist, sondern lediglich eine Last, die sich oft zu drückender Sorge, zu nackter Not und bitterer Entbehrung steigert“[27]). Daß die Geburtenziffer von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern abhängig ist, kann nicht geleugnet werden. Die Aufzucht der Kinder erfordert Aufwendungen, die oft Entbehrungen notwendig machen. Es sind ja nicht allein die Nahrungssorgen, die sich bei einer größeren Familie vermehren, hinzu kommt noch die Kleidung, die beschafft werden muß. Dieser Posten wird in den meisten Haushaltungen sehr groß sein. Das wird vor allem in den Fällen sein, in denen die Ehefrauen vor ihrer Verheiratung berufstätig waren oder noch während der Ehe mitarbeiten. Sie sind dann oft nicht genügend vorgebildet oder haben nicht die Zeit, die Kinderkleidung selbst anzufertigen, so daß für die Beschaffung ein großer Ausgabenposten vorgesehen werden muß. Wenn es die wirtschaftliche Lage der Familie — oft eben durch die hohe Mietbelastung — erfordert, daß die Frau mitarbeiten muß, so kommt als weiteres Moment für die bewußte Beschränkung der Kinderzahl die mangelnde Aufsichtsmöglichkeit hinzu. In vielen Städten gibt es schon seit der Zeit vor dem Kriege Kinderhorte für die Kinder berufstätiger Frauen. Den weiblichen Berufstätigen ist damit oft die Sorge um die Kinder während ihrer Arbeitszeit abgenommen worden. Es darf aber nicht vergessen werden, daß in solche Horte nicht die am meisten Pflege und Aufsicht verlangenden Säuglinge

[27]) Burgdörfer, Friedrich, Volk ohne Jugend, 2. Aufl., Berlin-Grunewald 1934, S. 837.

gegeben werden können. Wenn die Eltern nicht wissen, wem sie ihre Kinder in den ersten zwei bis drei Jahren anvertrauen sollen, dann werden sie, selbst wenn sie den Willen zum Kinde haben, die Zeugung vielleicht auch in solchen Fällen verhindern, wenn die Eltern oder sonstige Verwandte die Kinder betreuen können. Dann nämlich wird der Konzeption vorgebeugt werden, wenn der Verdienst der Frau unter keinen Umständen entbehrt werden kann, ein Ausfall durch Schwangerschaft und Wochenbett aber erwartet werden muß.

Beträchtliche und sich auf Jahre erstreckende Aufwendungen erfordert ferner die Berufsausbildung der Kinder. Der natürliche Drang der Eltern, ihren Kindern eine gute Ausbildung mit auf den Weg zu geben und ihnen damit das Fortkommen zu erleichtern, hat in den letzten Jahrzehnten besonders wegen der trüben Zukunftsaussichten infolge der verworrenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse diesen Ausgabeposten sehr anschwellen lassen. Dadurch wurden viele Eltern dazu bewogen, die Kinderzahl niedrig zu halten, da ihr Einkommen ihnen nicht erlaubte, für die Aufzucht und Erziehung einer größeren Nachkommenschaft die notwendigen Mittel aufzubringen. Einer der Hauptgründe der Geburtenbeschränkung ist, wie gesagt, der „Wille zum sozialen Aufstieg, die soziale Kapillarität. Man will die Familie möglichst klein halten, um dem einen Kind oder den zwei Kindern, zu denen sich man noch allenfalls versteht, eine möglichst gute schulmäßige Ausbildung mit auf den Weg geben zu können. Man will ihnen mit allen Mitteln die Wege ebnen, damit sie im Leben vorwärtskommen. Kinder sollen es jedenfalls einmal besser haben als die Eltern“[28]).

Wir sehen also, daß auch ökonomische Erwägungen — das In-Beziehung-Setzen des Einkommens zu den möglichen Ausgaben bei größerer Kinderzahl — zur Kleinhaltung der Familie führen. Es erhebt sich nun die Frage, ob solche Erwägungen berechtigt sind, d. h. ob die allgemeine Preis- und Lohnentwicklung zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse geführt hat und ob hohe Wohnungsmieten dazu beigetragen haben[29]). Für die Vor-

[28]) Burgdörfer, Friedrich, Volk ohne Jugend, a. a. O. S. 177.

[29]) Wie aus den folgenden Ausführungen hervorgeht, ist aus der Preis- und Lohngestaltung eine Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht ersichtlich. Trotzdem kann die wirtschaftliche Lage als drückend empfunden werden, wenn der Lebensstandard gestiegen ist, wenn also trotz gleicher Einkommen und gleicher Lebenshaltungskosten umfangreichere Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Es handelt sich hier um ein subjektives Mangelempfinden, das von Familie zu Familie verschieden und objektiv nicht meßbar ist. Von der Untersuchung dieses Faktors muß deshalb abgesehen werden. Im übrigen dürfte er kaum ins Gewicht fallen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Weltkriege im allgemeinen sehr günstig waren und auch die Befriedigung gestiegener Bedürfnisse ohne wesentliche Einschränkung erlaubt haben dürften.

kriegszeit zeigt eine Betrachtung der Preisentwicklung für die wichtigsten Nahrungsmittel, daß die Preise der Agrarprodukte, von den durch den Ernteausfall bedingten Schwankungen der einzelnen Jahre abgesehen, eine steigende Tendenz aufwiesen.

Wie das Statistische Jahrbuch für den Preußischen Staat 1913 (S. 265) ausweist, beliefen sich die Jahresdurchschnittspreise im Großhandel für 1000 kg

Jahr	Weizen	Roggen	Jahr	Weizen	Roggen
1913	196	165	1905	171	147
1912	211	184	1904	169	134
1911	199	164	1903	155	132
1910	204	150	1902	164	143
1909	226	171	1901	162	141
1908	204	180	1900	150	143
1907	201	186	1895	140	121
1906	174	157	1890	192	170

Die Hülsenfrüchte und Kartoffeln, Nahrungsmittel, die gerade für die minderbemittelten Schichten äußerst wichtig sind, sind ebenfalls erheblich teurer geworden. So stiegen die Kleinverkaufspreise pro Kilogramm gelber Kocherbsen von 26 Pfennigen im Jahre 1890 auf 36 im Jahre 1909, in der gleichen Zeit stiegen Speisebohnen von 32 auf 38 und Speisekartoffeln von 5 auf 8 Pfennige. Ganz erheblich war auch die (aus dem Mittel von 24 Städten errechnete) Steigerung der Fleischpreise[30]):

Qualität	Preis für 1 Doppelzentner Schlachtgewicht 1903—1911 RM	RM	Zunahme absolut RM	Zunahme 1903—1911 in Proz.
Ochsen I	135	176	41	30,37
Ochsen II	132	158	26	19,70
Kühe und Färsen I	132	157	25	18,94
Kühe und Färsen II	125	153	28	22,40
Schweine I	109	122	13	11,93
Schweine II	105	120	15	14,29
Kälber II	145	183	38	26,21
Hammel II	125	145	19	15,08

Etwa im gleichen Verhältnis wie die Lebensmittel haben auch die Preise der übrigen lebensnotwendigen Gegenstände wie Kleidung und Heizstoffe zugenommen. Nach den von F. Jüngst im Reichsarbeitsblatt 1911 S. 671 ff mitgeteilten Zahlen hat sich der Lebensmittelaufwand im Ruhrgebiet, wie folgt, verändert:

[30]) Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 1913, S. 621.

1886 . .	100,00	1894 . .	107,27	1902 . .	113,92
1887 . .	100,24	1895 . .	104,95	1903 . .	111,74
1888 . .	99,24	1896 . .	103,13	1904 . .	106,93
1889 . .	109,23	1897 . .	103,24	1905 . .	114,32
1890 . .	113,35	1898 . .	107,94	1906 . .	122,93
1891 . .	110,82	1899 . .	109,44	1907 . .	117,34
1892 . .	108,37	1900 . .	109,00	1908 . .	113,04
1893 . .	107,57	1901 . .	111,01	1909 . .	122,76

Ueberblicken wir noch einmal die mitgeteilten Zahlen, so dürfte es wohl im allgemeinen zutreffen, wenn wir die Preissteigerung von 1890 bis kurz vor dem Kriege, eine Periode also, an deren Beginn etwa der Geburtenrückgang zum ersten Male merklich in Erscheinung trat, mit rund 25 bis 30 v. H. beziffern. Um wirklich von einer Preiserhöhung sprechen zu können, müßte nun die Lohnhöhe gleichgeblieben oder doch nicht so stark gestiegen sein.

Wie eine Untersuchung von B. Franke[31]) zeigt, war die Steigerung der Lebenshaltungskosten auch von einem Steigen der Löhne begleitet. *Die Erhöhung des Lohnniveaus war sogar noch weit stärker als die Preissteigerung, so daß die „Teuerung" von einer Hebung des Lebensstandards begleitet war.* Trotzdem läßt sich hieraus noch nicht der Schluß ziehen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen nicht verschlechtert, sondern gebessert haben und deshalb nicht von einem Einfluß der Wirtschaftslage auf die Geburtenfrequenz gesprochen werden kann.

Wir haben oben die Frage aufgeworfen, ob die Lebensführung des einzelnen eine Einschränkung erfahren habe und ob daran vielleicht eine hohe Mietbelastung die Schuld trage. *Die Gegenüberstellung von Löhnen und Lebenshaltungskosten hat das Gegenteil ergeben.* Es muß jedoch bedacht werden, das in den Lebenshaltungskosten die Ausgaben für Wohnung nicht enthalten sind und hierdurch die Verhältnisse in einem zu günstigen Licht erscheinen. Wenn nämlich der notwendige Lebensbedarf außer Wohnung um rund 25 bis 30 v. H. sich verteuert, und die Löhne um durchschnittlich 40 bis 50 v. H. steigen, dann kann diese günstige Erscheinung aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn dafür die Wohnungspreise sich entsprechend stärker erhöhen. Die Feststellungen über die Mietbelastung kommen für die Vorkriegszeit durchgängig zu dem Ergebnis, daß etwa 1/4 bis 1/3 der kleinen Einkommen für die Deckung des Wohnungsbedarfs verwendet werden mußte. Diese hohe Belastung sei deshalb einer der Gründe für den großen Umfang der After-

[31]) Franke B., Ortsübliche Tagelöhne, Stat. Jahrbuch Deutscher Städte, 1913, S. 823 ff.

vermietung, weil nur durch sie die Wohnungsmiete aufgebracht werden konnte. Eine hohe Mietbelastung wirkt sich gewiß abträglich auf die Befriedigung der übrigen Bedürfnisse aus und es liegt nahe, in der Weitervermietung die Möglichkeit zur Entlastung des Arbeiterhaushaltes zu sehen. Es kann auch sein, daß sich das Steigen der Mieten im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung hielt und die zunehmenden Untermieterverhältnisse auf andere Gründe zurückzuführen sind. Ob und in welchem Verhältnis eine Verteuerung des Wohnens eingetretn ist, läßt sich mangels genügender und einwandfreier statistischer Unterlagen mit Sicherheit nicht feststellen. Um eine über die allgemeine Preissteigerung hinausgehende Mietpreiserhöhung und damit einen Einfluß auf die ökonomische Lage und schließlich die Geburtenziffer nachzuweisen, müßte eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den Mieten in der Zeit hoher Geburtenhäufigkeit und denen der folgenden Jahre vorhanden sein. Die Bedeutung guten und billigen Wohnens ist aber erst sehr spät und auch dann noch nicht überall erkannt worden. Die wohnungsstatistischen Erhebungen, die nur in sehr engen Grenzen und nach örtlich völlig verschiedenen Gesichtspunkten durchgeführt wurden, bieten nicht die Möglichkeit, ein Urteil in dem einen oder anderen Sinne einigermaßen zutreffend abzugeben. In Berlin bewegte sich die Miete einer Arbeiterwohnung, bestehend aus einem heizbaren Zimmer und Küche, nach Brutzer[32])

Jahr	RM
1880	216,00
1890	227,00
1900—1903	232,00—290,00
1910	300,00—400 00

Für München gibt A. Grieser die Steigerung des Mietzinses von 1907 bei den Kleinwohnungen mit 20 bis 29 v. H., bei den mittleren Wohnungen mit 43 v. H. an[33]). Die Angaben für diese beiden Städte zeigen eine beträchtliche Mieterhöhung; wie oben gezeigt, trifft das etwa im geichen Verhältnis wie die Löhne zu.

Wenn wir die Nachweisungen für Berlin und München verallgemeinern, so können wir sagen, daß eine stärkere Belastung des Haushalts nicht eingetreten ist. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß die Zahlen nur Durchschnittswerte sind und die Verhältnisse örtlich verschieden sind, so daß mancherorts tatsächlich eine

[32]) Brutzer, G., Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 139, S. 4, München 1912.

[33]) Schriften des Bayr. Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens, Heft 5, Anhang I, S. 131; Referat: Armen- und Jugendfürsorge und Wohnungsnot in München.

Verteuerung herrschen konnte. Bei vorsichtiger Beurteilung können wir wohl sagen, die Erhöhung der Mieten hat im großen und ganzen nicht zu einer Verminderung der Geburtenziffer geführt, in Einzelfällen mag ihr eine komplementäre Wirkung zuzuschreiben sein.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in der Nachkriegszeit. Während der Inflation vollzog sich eine grundlegende Umschichtung aller Werte. Auch nach der Währungsstabilisierung konnten die Vorkriegsverhältnisse nicht wieder hergestellt werden. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten hatte sich nach der Goldmarkumstellung auf einen ziemlich hohen Stand eingestellt. Sie stieg bis zum Jahre 1929, dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Scheinblüte jener Zeit, um weitere 9 v. H. Die Löhne[34]) blieben hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zunächst stark zurück. Entsprechend dem hohen Preisniveau stiegen die Löhne in der gleichen Zeit dann ebenfalls. So hat sich die Indexziffer der Tariflöhne von 1925 bis 1929 um 31 v. H. erhöht. Diese Steigerung kann jedoch nicht mit dem Lebenshaltungsindex ohne weiteres in Beziehung gesetzt werden, denn die Indexziffer der Tariflöhne bringt nicht die durch die Wirtschaftslage bedingte Lohngestaltung im einzelnen zum Ausdruck. Die Steigerung der Tariflöhne um 31 v. H. ist eigentlich nur eine rechnerische Größe, sagt sie doch nichts darüber aus, ob sich das Realeinkommen des einzelnen auf Grund seiner tatsächlichen Arbeitsleistung — und auch unter Berücksichtigung des Lohnausfalls durch wirtschaftliche Machtkämpfe jener Zeit (Streik, Aussperrung) — nach oben verändert hat. Im Hinblick darauf kann festgestellt werden, daß die Löhne immer den Preisen mehr oder weniger nachhinkten. Das gilt auch in einer Zeit konjunkturellen Abschwunges. Hier hält sich zwar der Lohn des einzelnen länger auf der einmal erreichten Höhe, während die Preise schon sinken, aber im ganzen gesehen, sinkt doch die Kaufkraft der Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

In diesem Zusammenhange ist nun interessant zu beobachten, daß die Entwicklung des Mietzinses eine andere Richtung ging. Für die Bemessung der Miete in Altwohnungen wurden vom Gesetzgeber im Reichsmietengesetz von 1922 Bestimmungen getroffen, die eine zu erwartende außergewöhnliche Steigerung der Mieten verhinderten. Trotz der mit der Währungsstabilisierung eingetretenen Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus blieben die Mietsätze im Verhältnis dazu zunächst weit zurück und erfuhren erst im Krisenjahr 1932 eine Angleichung.

[34]) Vgl. hierzu Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 1924 ff., insbesondere 1938, S. 157 ff.

Miete für Altwohnungen und Lebenshaltungskosten ohne Wohnung 1913/1914 = 100*)

Jahr	Miete	Lebenshaltungskosten	Jahr	Miete	Lebenshaltungskosten
1924	53,6	—,—	1930	129,0	151,9
1925	81,5	153,9	1931	131,6	137,0
1926	99,9	150,6	1932	121,4	120,4
1927	115,1	154,4	1933	121,3	117,3
1928	125,7	156,9	1934	121,3	121,0
1929	126,2	159,5	1935	121,2	123,4

*) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924 ff.

Konnte schon für die Vorkriegszeit eine fühlbare Belastung der Haushaltungen durch die Mieten nicht zugestanden werden, so zeigt die Gegenüberstellung der Indexziffern für die Miete und die sonstigen Lebenshaltungskosten, daß sich darin nichts geändert hat. Die Mietpreisentwicklung ist im Gegenteil hinter der Lohnsteigerung noch zurückgeblieben. Auch die Tatsache, daß die niedrigen Mieten nur für Altwohnungen galten, die Neubauwohnungen aber sehr teuer waren, ist in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung. Der Wohnungsneubau begann in größerem Umfange erst im Jahre 1927. Die Zahl der Neubauwohnungen war im Verhältnis zu den Altwohnungen zu klein, um auf den Lebensstandard der breiten Masse zu drücken. Außerdem wurden die Wohnungen in den Neubauten meistens von dem kaufkräftigsten Teil der Bevölkerung gemietet, so daß die hohen Mieten im allgemeinen keinen ungünstigen Einfluß auf die Wirtschaftsführung ausübten. Im Verhältnis zum gesamten Preis- und Lohnniveau kann also für diese Zeit ebensowenig von einer Wohnungsteuerung gesprochen werden wie in den Jahren vor dem Kriege. Daß der durchschnittliche Lebensstandard des deutschen Volkes sich in mäßigen Grenzen hielt und, besonders in den Krisenjahren, oft bitterste Not herrschte, hat naturgemäß die Bevölkerungsbewegung nachhaltig beeinflußt. Es ist deshalb verständlich, daß die Mietsätze, die — wie die vorstehende Tabelle zeigt, von 1924 an ständig stiegen, für die schlechte materielle Lage mitverantwortlich gemacht werden. Trotzdem ist es aber nicht richtig, ganz allgemein von einer Wohnungsteuerung zu sprechen, da die Mieten ja nicht allein stiegen oder die übrigen Unkosten überragten, sondern lediglich eine Angleichung, und zwar erst im Jahre 1932 an das übrige Preisniveau erfuhren.

3. Wohnungsüberfüllung

a) Vorkriegszeit

Für die Vorkriegszeit eine Wohnungsüberfüllung annehmen zu wollen, erscheint gewagt, wenn man heute allenthalben die Forderung hört, wir müssen wieder zu der Leerwohnungsreserve der Vor-

kriegszeit, 3 v. H. sämtlicher Wohnungen, gelangen. Bestand denn damals eine solche Leerwohnungsreserve tatsächlich? Der Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1910/1911 des Bayrischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens[35]) sagt dazu: „Die Wohnungsaufsicht hat doch schließlich nur dann einen Sinn, wenn sie die Ausscheidung der ungeeigneten Wohnungen aus dem Wohnungsmarkt bewirken kann. Solange angesichts eines absoluten Mangels an Kleinwohnungen diese Ausscheidung unterbleiben muß, bleiben auch die erfreulicherweise von den meisten Städten periodisch veranstalteten Zählungen leerstehender Wohnungen unfruchtbar. Tatsächlich gibt es Gemeinden, die einen verhältnismäßig günstigen Prozentsatz von leerstehenden Wohnungen aufweisen, und in denen doch ein höchst empfindlicher Mangel an einwandfreien Wohnungen besteht." Dieser Widerspruch wird sofort klar, wenn man sich vor Augen hält, wie der Begriff Leerwohnung abgegrenzt wurde. Es wäre eigentlich richtiger zu sagen, wie er nicht abgegrenzt wurde.

Denn als Leerwohnungen wurden alle Räumlichkeiten gezählt, die dazu bestimmt waren, als menschliche Behausung zu dienen, das heißt, es wurden auch solche Räume erfaßt, die den bau- und feuerpolizeilichen und den gesundheitlichen Anforderungen nicht genügten und deshalb nicht vermietbar waren. Ferner wurden darunter auch die im Bau oder Umbau befindlichen Wohnungen verstanden, die einer sofortigen Benutzung nicht zur Verfügung standen. Nach alledem dürfte die „normale Leerwohnungsreserve der Vorkriegszeit" lediglich eine Fiktion gewesen sein und stattdessen eher ein Wohnungsmangel geherrscht haben. Bei einem ausreichenden Wohnungsangebot wäre auch nicht einzusehen, weshalb unter der Herrschaft der freien Preisbildung die oben mitgeteilte Mietsteigerung stattfinden konnte, soweit nicht eine besonders günstige Lage mitspielte. Wenn aber der Wohnungsbestand ungenügend war, so liegt es nahe, auf eine Wohnungsüberfüllung zu schließen, denn ein Unterkommen muß jeder haben. Die Bewohner werden sich also auf den vorhandenen Raum zusammendrängen.

Die Wohnungsstatistik der Vorkriegszeit ist sehr mangelhaft. Das Reich beschränkte sich nur darauf, bei den jeweiligen Volkszählungen die Zahl der Wohngebäude festzustellen. Dabei wurde der Begriff des Zählobjekts nicht näher definiert, es wurde nur bestimmt, daß als Gebäude gezählt werden sollte jedes Bauwerk, das von einem anderen durch eine durchgehende Brandmauer getrennt war. Die Bestimmung dessen, was nun als Wohngebäude gezählt werden sollte, blieb im übrigen den Ländern vorbehalten. Die Zahl der Wohnungen nach Größe und Beschaffenheit sowie die Zahl der Bewohner und ihr verwandtschaftliches und wirtschaftliches Verhältnis zueinander wurde in den Erhebungen nicht berücksichtigt.

[35]) Schriften des Bayerischen Landesvereins usw. a. a. O. S. 26 f.

Obwohl daher die gewonnenen Ergebnisse nur ungenügende Vergleichsmöglichkeiten bieten, geben sie doch ein ungefähres Bild von der Tendenz, den vorhandenen Wohnraum stärker auszunutzen (siehe Anhang, Tabelle 5).

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Belegungsziffer der Häuser, und man kann wohl unbedenklich sagen, auch der Wohnungen, in den agrarischen Gebieten abgenommen, in den Industriegebieten und Handelszentren zugenommen hat. Die Zahl der Haushaltungen, die auf ein Gebäude kommen, ist in den ländlichen Gebieten kleiner geworden, ebenso hat hier die Haushaltgröße abgenommen.

Die Zunahme der Haushaltungen je Gebäude in Berlin, im industriereichen Sachsen und den westlichen Reichsgebieten ist nicht weiter auffallend. Wir haben bereits oben gesehen, daß durch die Beschränktheit des Baugrundes, durch schlechte Verkehrsverhältnisse und durch das Gewinnstreben der Bauunternehmer der vorhandene Boden durch Hochbauten stärker ausgenutzt wurde, so daß solche Gebäude von einer größeren Zahl von Haushaltungen bewohnt werden können. Auffällig ist aber, daß die Haushaltungsgröße in den Agrargebieten eine rückläufige Bewegung aufweist, in den übrigen Gebieten hingegen zunimmt. Die Ursache kann in einer Aenderung der Familiengröße liegen.

Die im Anhang aufgeführte Tabelle 6 weist für Stadt und Land ein Absinken der Sterbeziffern auf. Die Geburtenziffer sinkt nur in der Stadt und hält sich auf dem Lande ziemlich konstant. Trotz einer geringeren städtischen Sterbeziffer ist der Geburtenüberschuß in der Stadt niedriger als auf dem Lande; außerdem bedeutet die niedrige Sterbeziffer nicht allein eine größere Erhaltung der Säuglinge, sondern kommt auch den alten Leuten zugute, ist doch der Anteil der berufslosen Selbständigen an der Gesamtbevölkerung von 1882 bis 1907 von 5,0 v. H. auf 8,4 v. H. gestiegen. Es deutet also nichts darauf hin, daß die Familiengröße in der Stadt steigen und auf dem Lande abnehmen konnte. Die mitgeteilten Zahlen lassen eher auf das Gegenteil schließen. Der Rückgang der Familien bei gleichzeitiger Zunahme der Haushaltsgröße könnte noch durch vermehrte Aufnahme von Hausangestellten bewirkt sein. Eine solche Möglichkeit ist jedoch ausgeschlossen, da die Zahl der Dienenden für häusliche Dienste im Haushalte der Herrschaft von 42 510 im Jahre 1882 auf 15 372 im Jahre 1907 sank[36]). Der einzige Grund, daß bei rückläufiger Geburtenbewegung eine größere Zahl Personen auf eine Haushaltung entfällt, liegt nur in der Wohnungsüberfüllung.

[36]) Zahn, a. a. O. S. 422.

Um den Umfang der Wohnungsüberfüllung genau nachzuweisen, fehlen die notwendigen Unterlagen. Das Reich stellte, wie gesagt, überhaupt keine Erhebungen darüber an, und die Kommunen beschränkten sich in der Regel auf die Feststellung des Leerwohnungsbestandes. Soweit in Einzelfällen die Ueberfüllung der Wohnungen Bearbeitungsobjekt ist, sind die Ergebnisse für unsere Zwecke nicht brauchbar. Der Begriff der Ueberfüllung war bei den wenigen Zählungen örtlich und zeitlich verschieden, außerdem bestand das Kriterium in einer mehr oder weniger dehnbaren hygienischen Forderung nach einem in Kubikmetern ausgedrückten Mindestmaß an Luftraum. Wir können daher nur aus einzelnen Mitteilungen einen Schluß auf die herrschenden Zustände ziehen und müssen versuchen, daraus allgemeine Erkenntnisse abzuleiten.

Einen Eindruck von der Wohnungsüberfüllung erhält man aus einem von M. v. Gruber angeführten Bericht eines Beamten der Wohnungsaufsicht in München[37]). Danach wohnten in einem Hause mit 8 Wohnungen und insgesamt 43 Wohnräumen 28 Parteien mit 153 Köpfen. Die Zustände in den einzelnen Wohnungen dieses Hauses sind erschütternd. Teilweise fehlen Betten oder können doch in den kleinen Räumen nicht aufgestellt werden, die Kinder bzw. die Schlafgänger müssen auf dem Fußboden schlafen. Verschiedene der Wohnungen sind unsauber und mit Ungeziefer behaftet. Die Wohnungen sind alle sehr klein, nur eine besteht aus 2 Zimmern, einer Kammer und Küche, alle anderen sind kleiner und bestehen hauptsächlich aus Stube und Küche. Gerade in diesen kleinen Wohnungen, von denen noch einige eine Kammer aufweisen, sind noch Aftermieter aufgenommen. Wenn auch die hier geschilderten Zustände wohl nur ein besonders krasses Beispiel des Wohnungselends sind, so geht doch schon zur Genüge daraus hervor, unter welchen Umständen der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung leben mußte. An der gleichen Stelle teilt Gruber noch mit, daß rund 61 v. H. aller Münchener Wohnungen nur aus ein bis drei Räumen bestanden und daß mehr als die Hälfte aller einräumigen und fast die Hälfte aller zweiräumigen Wohnungen aus geteilten Großwohnungen bestanden, nicht in sich abgeschlossen waren und keine eigene Küche, Wasserleitung und Abort hatten. Im Jahre 1904 mußte mehr als 1/5 der Einwohner in solchen Wohnungen leben und viele von ihnen hatten Schlafräume von weniger als 10 Kubikmeter Luftraum pro Kopf, in denen 4 und mehr Personen schlafen mußten. Die Wohnungsverhältnisse sind aber in den folgenden Jahren noch schlimmer geworden. So urteilt Grieser[38]) über die Lage im Jahre 1909: „30 Prozent der gesamten

[37]) Schriften des Bayerischen Landesvereins usw. Heft 3, München 1911, S. 11 ff.

[38]) Referat Armen- und Jugendfürsorge und Wohnungsnot in München a. a. O. S. 131.

Münchener Bevölkerung lebt in ein- und zweiräumigen Wohnungen, 48 Prozent in ein- bis dreiräumigen Wohnungen. In den Arbeitervierteln steigen diese Sätze auf 52 Prozent bis 77 Prozent. 80 000 Münchener wohnen in Teilwohnungen, in Wohnungen, die ungenügend abgeschlossen und ungenügend mit Nebenräumen versorgt sind. In den Kleinwohnungen herrscht die Untermiete und die Schlafstelle."

Aehnlich wie in München herrscht auch in anderen Städten eine Wohnungsüberfüllung, die neben der geringen Zahl der Räume hauptsächlich durch die Aufnahme von Untermietern verursacht ist.

So waren im Jahre 1910 von je 100 Familienhaushaltungen[39]

Personen	mit nur Familienangehörigen		mit Einmieten oder Schlafgänger	
	im Reich	in Großstädten	im Reich	in Großstädten
2	89,7	83,9	3,6	7,4
3	80,6	73,0	6,5	12,8
4	76,1	66,8	8,8	17,3
5	70,5	68,9	10,7	22,0
6	66,6	54,0	11,7	25,8
7	63,7	51,0	12,3	28,2
8	61,0	49,6	12,7	29,6
9	57,3	47,2	13,6	31,2
10	51,0	43,3	14,9	33,2
11 und mehr	32,8	27,5	19,5	39,0
im ganzen	73,9	66,5	9,0	17,5

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht ist in den Großstädten der Anteil der familienfremden Personen an den Haushaltungen ganz beträchtlich, er wird um so höher, je größer die Haushaltung ist. Im umgekehrten Verhältnis steht der Anteil der reinen Familienhaushaltungen, sie nehmen mit wachsender Haushaltsgröße ab. Die Darstellung würde noch ungünstiger sein, wenn nicht Großstädte und Reich, sondern Stadt und Land gegenübergestellt würden; denn in den Durchschnittsziffern für das Reich sind viele Klein- und Mittelstädte enthalten, deren Wohnverhältnisse kaum viel besser sind, als die der Großstadt. Der Vergleich zwischen abnehmender Familiengröße und zunehmender Zahl der familienfremden Personen legt es nahe, zwischen beiden eine Korrelation anzunehmen. Ehe wir jedoch diesen Schritt wagen, wollen wir erst an einigen Daten seine Berechtigung prüfen. Wirklich brauchbares Material hierzu liefern nur die Untersuchungen über das Schlafgängerwesen[40]. Wir sind uns dessen bewußt, daß damit nur eine Seite

[39]) Bände zur Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 240 S. 77.

[40]) In der Hauptsache: Altenrath, J., Das Schlafgängerwesen und seine Reform, Berlin 1919, das auch der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt. Ferner Cahn, Ernst, Das Schlafstellenwesen in den deutschen Großstädten, Stuttgart 1898, und Bücher, Die Wohnungsenquete der Stadt Basel 1891.

der Angelegenheit betrachtet wird. Die Erscheinung ist jedoch eine für die unteren Schichten so typische, daß sie am ehesten geeignet ist, irgendwelche Zusammenhänge aufzudecken.

Die Frage, die sich uns dabei zunächst aufdrängt, lautet: Wie sind die Wohnungen beschaffen, die neben den Hauptmietern noch Untermietverhältnisse aufweisen? Handelt es sich um große Wohnungen, dann wird die Aufnahme solcher nicht zur Familie des Mieters gehörenden Personen nicht so sehr ins Gewicht fallen; sind es aber kleine Wohnungen, dann kann schon durch eine einzige fremde Person, die einigermaßen normale Befriedigung des Wohnbedürfnisses in Frage gestellt sein. Wie die im Anhang mitgeteilten Tabellen 7 bis 9 zeigen, sind es vor allem die Kleinwohnungen, die Schlafgänger aufnehmen.

Den Hauptanteil stellen die Wohnungen mit nur ein bis zwei heizbaren Zimmern. In diesen Wohnungen sind z. B. in Berlin allein schon 314 716 Schlafgänger untergebracht. In den Wohnungen mit drei Räumen sind es dagegen nur 45 046 und in den größeren Wohnungen nimmt der Anteil noch weiter ab. Die anderen Städte zeigen ähnliche Verhältnisse, wenn auch hier die absoluten Zahlen entsprechend der geringeren Einwohnerzahl dieser Orte niedriger liegen.

Kennzeichnend für die drückenden Wohnungszustände ist es, daß in einigen Städten sogar solche Wohnungen mit überhaupt keinem heizbaren Zimmer noch Schlafgänger aufnehmen. Der größte Teil der Schlafgänger wohnt in den untersten Wohnungskategorien (s. Tabelle 8, Anhang). Nur etwa ein Viertel, in Eßlingen etwa ein Drittel, der Schlafgänger wohnt in Wohnungen mit drei und mehr heizbaren Räumen. Von diesen fällt jedoch der größte Prozentsatz wieder auf die Dreizimmerwohnungen, d. h. solche, die ebenfalls noch zu der unteren Wohnungsklasse zu rechnen sind. „Die ganz überwiegende Mehrzahl der Schlafgänger findet Unterkunft in den Wohnungen mit höchstens drei Zimmern und Küche. In Nürnberg waren es 1910/1912 über 75 Prozent der Schlafgänger, die in Wohnungen mit bis zu vier Räumen wohnten, in Essen im Jahre 1900 65 Prozent“[41]).

Es läßt sich daher unbedenklich die These aufstellen, daß in den Mittel- und Großstädten — je nach dem wirtschaftlichen Charakter der Orte wahrscheinlich auch in den Kleinstädten —, der Industriegebiete und in den größeren Handelszentren eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wohnungen, die nur für Familien bestimmt sind, auch fremde Personen beherbergen. Wie stark die Personenhäufung

[41]) Altenrath, a. a. O. S. 25.

in den Schlafgängerwohnungen war, geht aus der Aufstellung für Karlsruhe und Augsburg hervor (Anhang, Tabelle 9).

Danach hatten etwa 18 v. H. aller Wohnungen acht und mehr Bewohner. Die Wohnungen mit nur einem Zimmer hatten fast zu zwei Drittel bis zu vier und zu einem Fünftel fünf Bewohner. Sämtliche Wohnungen waren also überbelegt und man geht wohl nicht fehl, die Aufnahme von Schlafgängern als Hauptfaktor der Ueberfüllung anzusehen. Wie sehr die Belegung der Wohnungen durch Abvermietung gesteigert wird, zeigt für die Stadt Essen eine Gegenüberstellung der Wohnungen mit und ohne Untermieter:

Auf 1 Wohnraum kommen Personen in Wohnungen mit ... Zimmern

Haushaltungen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	über 9
ohne Aftermieter	1,79	1,94	1,69	1,33	1,07	0,93	0,85	0,78	0,72	0,64
mit Aftermieter	2,83	2,61	2,18	1,76	1,45	1,25	1,18	1,17	1,06	1,03
Die Wohnungen mit Aftermieter sind stärker besetzt um v. H.	58	35	23	32	36	34	39	50	47	63

Die Wohndichtigkeit erfährt bei den einräumigen Wohnungen eine Steigerung um mehr als die Hälfte, bei den mittleren Wohnungen um etwa ein Drittel. Die Großwohnungen können außer Betracht bleiben, weil es sich hier weniger um Schlafgänger als um Zimmermieter handeln dürfte und weil diese Wohnungen sowieso eine normale Wohndichte aufweisen. Die starke Zunahme der Wohndichte in den kleinen und mittleren Wohnungen erklärt sich daraus, daß die Mehrzahl der Vermieter schon aus Rentabilitätsgründen mehr als einen Schlafgänger aufnehmen, wie auch die folgende Zusammenstellung zeigt.

Von 100 Wohnungen hatten Untermieter:

Untermieter	1	2	3	4	5 und mehr
Düsseldorf	55,85	23,75	9,58	4,39	6,43
Magdeburg	63,88	25,55	6,79	2,18	1,60
Nürnberg	65,70	23,67	6,41	2,54	1,68

Diese Zahlen enthalten auch die Zimmermieter, die weniger gehäuft wohnen, so daß anzunehmen ist, daß der Prozentsatz der Wohnungen mit zwei und mehr Schlafgängern sich bedeutend erhöht.

Wir können daher unbedenklich eine Ueberfüllung der Wohnungen, besonders der für die unteren Schichten in Frage kommenden Klein- und Mittelwohnungen, feststellen, eine Ueberfüllung, an der das Untermieterwesen zu einem hohen Grade beteiligt ist.

Für unsere Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wohnungsüberfüllung und Geburtenrückgang ist zunächst noch von Bedeutung, wie die Vermieter von der Wohnungsdichte betroffen werden. Daß sie ihr Wohnbedürfnis einschränken müssen, wenn neben den Familienangehörigen noch andere Personen aufgenommen sind, ist ja selbstverständlich. Damit ist aber noch nicht gesagt, wie weit die Einschränkung vorgenommen werden muß, ob im gleichen Verhältnis wie die Zunahme der Wohnungsdichte oder ob weniger fühlbar, weil den Schlafgängern vielleicht ein für den Vermieter bedeutungsloser Raum oder Raumteil überlassen wurde. Eine Anschauung davon vermitteln die Verordnungen über das Schlafstellenwesen[42]). Nach den Verordnungen ist die Vermietung von Schlafstellen grundsätzlich an die Genehmigung der Polizeibehörden gebunden. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn die in den Verordnungen festgelegten Mindestbestimmungen erteilt sind.

Die Schlafräume müssen so groß sein, daß für jede über 10 Jahre alte Person ein Luftraum von mindestens 11,2 Kubikmetern und eine Bodenfläche von mindestens 4 Quadratmetern (in Arnsberg 10 Kubikmeter und keine Vorschrift über Bodenfläche) vorhanden ist.

Für jede über 10 Jahre alte Person (so in Schöneberg, 12 Jahre in Charlottenburg und 14 Jahre in Arnsberg) muß ein Bett zur Verfügung stehen. Die Schlafräume dürfen nicht mit Aborten in Verbindung stehen, sie müssen sauber gehalten und gut belüftet werden. Die Schlafräume des Vermieters und der Schlafgänger sollen vom Eingang aus erreichbar sein, ohne daß die eine Partei die Räume der anderen zu betreten braucht. Schlafgänger und Familienangehörige sollen in getrennten Räumen schlafen, werden Ausnahmen erlaubt, dann muß eine räumliche Trennung nach Geschlechtern und nach Erwachsenen und Kindern vorgenommen werden.

Die Verordnungen lassen deutlich erkennen, daß in den Haushaltungen mit Untermietern das Wohnbedürfnis der Vermieter eine größere Einschränkung erfahren muß, als die Zahlen über die Zunahme der Wohndichte zum Ausdruck bringen. Die Anordnungen nehmen hauptsächlich darauf Bedacht, daß die Schlafleute in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung menschenwürdig untergebracht sind, wie die Vermieter wohnen, ist dabei im allgemeinen gleichgültig. *Die Schlafstellenregelung wirkt daher verschärfend auf die Zusammendrängung der Vermieter.* Aehnlich kann auch bei der Zimmervermietung eine verhältnismäßig stärkere Zusammendrängung der Vermieterfamilien angenommen werden. Die Vermieter, die doch schließlich einen Gewinn aus der Abgabe von

[42]) Nach den Verordnungen über das Schlafstellen-, Kost- und Quartiergängerwesen in Arnsberg, Charlottenburg und Schöneberg.

Zimmern erzielen wollen, werden im allgemeinen die größeren und besseren Räume abgeben, weil nur dadurch ein höherer Gewinn erreicht wird. Aus alledem geht jedenfalls hervor, daß die Ueberfüllung der Wohnungen gerade der breitesten Schichten des Volkes einen ziemlichen Umfang erreichte. Die Ueberfüllung in der Vorkriegszeit dürfte kaum weniger stark gewesen sein, als in den Jahren nach dem Kriege, nur daß sie sich in der Hauptsache auf die Industriezentren beschränkte, während diese Erscheinung in der Nachkriegszeit durch die Schrumpfung des Bauvolumens auf fast alle Wohnplätze und eine noch größere Zahl von Haushaltungen sich ausdehnte.

Für unsere Betrachtung ist nun von Wichtigkeit, wie sich die Wohnungsüberfüllung auf die Geburtenziffer auswirkte. Eine Gegenüberstellung der Geburtenziffer und des Anteils der Haushaltungen mit Untermietern bringt für einige Großstädte die Tabelle 10 im Anhang.

Alle Städte zeigen ein Absinken der Geburtenziffer in den Jahren 1902 bis 1909. Ein Vergleich über die Entwicklung des Anteils der familienfremden Personen an den Haushaltungen ist nur für Plauen, Leipzig, Charlottenburg, Berlin, Düsseldorf, Breslau und Köln möglich. Die für diese Orte mitgeteilten Zahlen für das Jahr 1905 beziehen sich nur auf die Schlafgänger, während die Zahlen für 1910 Schlafgänger und Zimmermieter umfassen. Der Unterschied ist aber so groß, daß er nicht durch die im Jahre 1905 nicht erfaßten Zimmermieter ausgeglichen werden kann.

Wir müssen hierbei bedenken, daß die Ueberfüllung im wesentlichen durch die Zuwanderung vom Lande verursacht wird, d. h. von vorwiegend ungelernten Arbeitskräften, die wohl nicht willens und nicht in der Lage sind, sich ein eigenes Zimmer zu mieten, sondern nur eine Schlafgelegenheit suchen. Außerdem ist die Zimmervermietung in jener Zeit längst nicht so verbreitet gewesen wie heute, auch konnten die Vermieter, die zum größten Teil den ärmeren Schichten angehören und, wie wir gesehen haben, nur über kleine Wohnungen verfügten, gar nicht in einem ins Gewicht fallenden Maße möblierte Zimmer an Einzelpersonen vermieten. Wir können daher mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß von 1905 auf 1910 die Ueberfüllung fast in demselben Maße zugenommen hat, wie die Zahlen ausweisen. Für die Jahre, für die statistisches Material nicht vorliegt, und auch für die übrigen Städte, für die der Anteil der Familienfremden nur an einem bestimmten Zeitpunkt (1910) angegeben ist, können wir jedenfalls eine im Laufe der Jahre stetig angestiegene Wohndichte annehmen. Anlaß hierzu bietet uns eine Untersuchung von Lehrmann über die Bevölkerungsbewegung deutscher Großstädte[43]). Lehrmann führt

[43]) Lehrmann, Ernst-Günther, Großstadtwachstum und Geburtenrückgang, Berliner philos. Dissertation 1937.

die außergewöhnliche Bevölkerungszunahme auf zwei Faktoren zurück: umfangreiche Eingemeindungen und starke Zuwanderung. Es geht daraus hervor, daß die Zuwanderung in den einzelnen Jahren je nach der Beschäftigungslage der Industrie schwankt, im allgemeinen jedoch sehr hoch ist und stoßweise erfolgt. Da der Wohnungsbau die Zuwanderung nicht im voraus messen konnte, zum Teil wohl auch nicht in der Lage war, in so kurzer Zeit der Nachfrage entgegenzukommen, mußten sich auf dem Wohnungsmarkt Spannungen ergeben, die nur durch Verteilung der Zuwandernden auf den vorhandenen Wohnraum auszugleichen waren.

Die Untermiete ist oft — besonders von seiten der Bodenreformer — auf die teueren Mietpreise zurückgeführt worden. Wir haben (Abschnitt Wohnungteuerung) eine Verteuerung des Wohnens im großen und ganzen nicht erkennen können. Wenn die Erhöhung der Mieten nicht über den Rahmen der sonstigen Steigerung der Lebenshaltungskosten und Löhne hinausging, dann mußte es merkwürdig erscheinen, daß sich trotzdem die Untermietverhältnisse immer mehr ausdehnten. Hier haben wir nun die Erklärung dafür. Die wirtschaftlichen Verhältnisse an sich zwangen nicht den Wohnungsinhaber zur Weitervermietung, sondern die Spannungen auf dem Wohnungsmarkt nötigten die Zuwandernden, in dem schon besetzten Wohnraum doch noch ein Unterkommen zu finden. Darin lag für die Vermieter ein Anreiz, ihre Wohnung zur Gewinnerziehung zu verwenden. Daß der Druck der Wohnungsteuerung auf den Vermieter nicht mehr lastete als früher, geht unmittelbar auch schon aus den Verordnungen über das Schlafstellenwesen hervor. Sind die Vermieter auf den Gewinn aus den Schlafstellen angewiesen, dann suchen sie die Schlafgänger möglichst weitgehend zufriedenzustellen, um sich die Gewinnquelle nicht zu verschütten. Es könnten dann gar nicht so große Mißstände auftreten, die ein polizeiliches Eingreifen erforderlich machen. Die erwähnten Verordnungen bezeugen daher, daß sich vielmehr die Schlafgänger in einer Notlage befanden und nun auf Kosten der Vermieter geschützt wurden.

Die zunehmende Belegungsziffer der Wohnungen mit familienfremden Personen hat nun, wie die Tabelle zeigte, zu einem Rückgang der Geburten geführt oder jedenfalls dazu beigetragen. Der Rückgang ist aber nicht überall gleichmäßig und ist scheinbar nicht in allen Fällen mit der Wohnungsüberfüllung in direkte Verbindung zu bringen. Ein auffallender Zusammenhang besteht für München, Nürnberg und Mannheim. Hier ist zugleich mit der stärksten Wohnungsüberfüllung die Geburtenziffer um je 10 gefallen. Für Leipzig, Chemnitz, Dresden, Essen, Gelsenkirchen, Düsseldorf, Köln, Schöneberg, Braunschweig und das damalige Rixdorf gilt noch das gleiche. Die Ueberfüllung ist noch merklich, erreicht aber nicht das Ausmaß der drei erstgenannten Städte, dem entsprechend ist auch die Geburtenziffer nicht so stark, nur um 6—9 gesunken.

Mit unserer Behauptung scheinbar nicht in Einklang zu bringen ist die Entwicklung bei Frankfurt/M., Hamburg, Charlottenburg, Hannover, Altona, Berlin, Magdeburg und Halle. Einer zum Teil sehr starken Wohnungsüberfüllung steht nur ein im Verhältnis zu den übrigen Orten geringer Rückgang der Geburtenziffer gegenüber. Das mag sich jedoch aus dem von vornherein schon ungewöhnlichen Tiefstand der Geburtenziffer erklären, so daß ein ähnlicher Rückgang wie in den anderen Städten gar nicht mehr eintreten konnte. Wir sehen dann weiter für Plauen ein verhältnismäßig schwaches Absinken der Geburtenziffer trotz großer Wohnungsüberfüllung. Hier macht sich störend bemerkbar, daß die Wohnungsüberfüllung nicht für einen längeren Zeitraum beobachtet werden konnte. Das Kennzeichen Plauens ist seine Spitzenindustrie. Sie arbeitet vorwiegend für den Export und ist daher starken Schwankungen unterworfen. Es ist daher möglich, daß wirtschaftliche Gründe in den Jahren mit günstiger Geburtenziffer die Zuwanderung hemmten und die Wohndichte dadurch kleiner war als in dem beobachteten Jahr 1910. Selbst wenn das nicht der Fall ist, braucht hier die Zuwanderung auf die Wohnweise weniger drückend zu wirken. Es liegt in der Struktur der Spitzenindustrie, daß sie mehr weibliche als männliche Arbeiter beschäftigt, und zwar unverheiratete Arbeiterinnen, die bei Nachlassen des Exportgeschäftes wieder abwandern. Die Aufnahme dieser Arbeiterinnen in Familienhaushaltungen läßt wie jede Vergrößerung der Personenzahl die Wohndichte steigen. Das Zusammenwohnen wirkt aber längst nicht so abträglich, weil sich weibliche Untermieter im allgemeinen ihrer Veranlagung entsprechend leichter in einen bestehenden Haushalt und Familienverband einfügen. Ein weiblicher Untermieter ist wenigstens in der Mehrzahl der Fälle im Familienleben ein weniger störendes Element als ein männlicher. Bleibt der familiäre Zug in der Haushaltsführung gewahrt, dann wird auch ein engeres Wohnen weniger leicht zu einer einschneidenden Beschränkung der Kinderzahl führen. Daraus ist dann das geringe Absinken der Plauener Geburtenziffer zu einem Teil zu erklären; zum anderen Teil ist durch die weibliche Zuwanderung ein als Folge der Wohnungsüberfüllung zu erwartendes stärkeres Fallen der Geburtenhäufigkeit sogar verhindert worden. Der erhöhte Einsatz weiblicher Arbeitnehmer im Plauener Gewerbe hat die Gebärmächtigkeit der Einwohner gesteigert und einer wie in den anderen Städten auch hier zu vermutenden Tendenz entgegengewirkt. Das geht deutlich aus der Zahl der unehelichen Geburten hervor. Auf 1000 der mittleren Bevölkerung kommen uneheliche Geborene im Jahre[44]) 1902: 6,5; 1904: 6,79; 1908: 7,4 und 1909: 6,7. Die Zahlen liegen durchschnittlich um drei auf Tausend höher als in den anderen Städten, die ganze Entwicklung spricht also auch in Plauen nicht gegen den Einfluß der Wohnungsüberfüllung auf die Geburtenfrequenz.

[44]) Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Jahrg. 12, 13, 17, 18.

Die scheinbar anders gerichtete Entwicklung in den übrigen Städten findet ebenfalls ihre Erklärung. Es sind Dortmund, Bremen, Bochum, Duisburg und Breslau; Orte mit mittlerer und in Bremen sogar mit hoher Wohnungsüberfüllung aber nur ganz geringem Abfall der Geburtenziffer.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Geburtenhäufigkeit von den verschiedensten Faktoren beeinflußt wird und daß es sich um einen Ursachenkomplex handelt, bei denen die einzelnen Ursachen nicht mehr oder weniger parallel, sondern auch entgegengesetzt laufen und sich aufheben können. So ist auch die Wohndichte nur ein Faktor in der ganzen Wohnweise, dessen Wirkung durch die Wohnungsdichte, d. h. die gesamte Siedlungsweise abgeschwächt werden kann.

Eine Betrachtung der Siedlungs- und Wohnweise des Deutschen Volkes zeigt uns, daß in Ost- und Norddeutschland die Mietkaserne und die Kleinwohnungen vorherrschen, während nach dem Westen die Wohnungen geräumiger und die Siedlungsweise gelockerter werden. Wir finden daher in West- und Südwestdeutschland viel mehr Ein- und Zweifamilienhäuser, etwa $^2/_3$ bis $^3/_4$ aller Wohngebäude, in Mittel- und Süddeutschland etwa die Hälfte, in Nordwestdeutschland knapp $^2/_3$, in Nord- und Ostdeutschland $^1/_3$ und weniger. In Oldenburg mit Bremen beträgt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an sämtlichen Wohngebäuden sogar 84,7 v. H.[45]).

Das Wohnen in Kleinhäusern, d. h. eine weiträumige Bebauung und gelockerte Siedlungsweise ist geeignet, die nachteiligen Folgen einer großen Belegungsziffer der einzelnen Wohnung abzuschwächen. Eine solche Wohnung ist immer noch gesünder als eine geräumige Wohnung in einer Mietkaserne. Licht und Luft haben freien Zutritt, die Verbundenheit mit der Natur geht nicht verloren, in den meisten Fällen ist noch ein Garten vorhanden, so daß hierdurch ein Ausgleich bei Ueberfüllung der Wohnungen erfolgt. Außerdem wird der seelische Einfluß ein günstiger sein, so daß die ziemliche Stabilität der Bremer Geburtenziffer verständlich wird. Hierzu kommt noch ein anderes Moment. Bremen ist Seehafen, d. h. der größte Teil seiner Bewohner ist von der Schiffahrt abhängig und selbst seefahrend. Da die Besatzung der Schiffe oft monatelang von Hause fort ist, so werden die einzelnen, wenn sie wieder den Heimathafen anlaufen, sich beim Geschlechtsverkehr keinen rationalistischen Erwägungen hingeben. Die präventiven Hemmnisse, die sonst den Zeugungswillen beeinflussen, werden hier weniger verbreitet sein oder von dem Zwang der Natur über-

[45]) Bände zur Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 362 S. 79.

wunden werden. Die anderen Städte dieser Kategorie — Dortmund, Bochum, Duisburg und Breslau — sind ebenfalls Beispiele dafür, daß noch andere Faktoren die Geburtenhäufigkeit beeinflussen. Es sind Orte mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Die Ursachen, die wir bereits früher kennenlernten, die Bindung an die Religion, das Festhalten an überlieferten Traditionen verhindert den Geburtenrückgang auf ein Maß, wie es etwa Berlin aufweist.

Außerdem ist in diesen Städten, wie überhaupt im ganzen rheinisch-westfälischen und insbesonders oberschlesischen Industriegebiet, das slawische Element stark vertreten; auf Grund der Eigenschaften dieser Rasse werden daher die Geburten häufiger sein. Die Geburtenziffer ist in diesen und den zuerst genannten Orten mit stärkerem Rückgang so tief doch nicht gefallen, wie in den Gebieten mit evangelischer, rein germanischer Bevölkerung. Als weiteres störendes Moment, das die Zusammenhänge zwischen Wohnungsüberfüllung und Geburtenziffer nicht klar zutage treten läßt, wirkt hier die Siedlungsweise. Ist schon die Wohndichte durch das Vorwiegen des Kleinhauses in den westlichen Reichsteilen weniger stark, so kommt für die weitere Auflockerung des Wohngebietes noch hinzu, daß in diesen Bezirken die landwirtschaftliche Fläche am stärksten parzelliert ist. Der Anteil der Parzellenbetriebe mit einer Nutzfläche von unter zwei Hektar an 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ist im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besonders groß. Dieser Anteil schwankt im Jahre 1892 zwischen 28 v. H. und 39 v. H., während er im Reichsdurchschnitt nur 5,56 v. H. beträgt[46]).

Wie aus den anläßlich der Volkszählung von 1933 über die Wirkung des Bodenbesitzes auf die Familiengröße gemachten Erhebungen[47]) hervorgeht, haben alle Ehepaare, die ein Stück Boden bewirtschaften, eine größere Kinderzahl als die übrigen Ehepaare. Der günstige Einfluß, den der Bodenbesitz auf die Wohnweise, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und nicht zuletzt auf die geistig-seelische Haltung der Familien ausübt, tritt nun in den westdeutschen Gebieten stärker in Erscheinung. Es könnte noch der Einwand erhoben werden, daß der Anteil solcher Familien mit Bodenbesitz an der städtischen Bevölkerung nicht erheblich zu sein vermag, da im Stadtgebiet nur wenig Raum dafür vorhanden ist. Die Verhältnisse in Westdeutschland liegen aber anders. Die Industrie ist fast überwiegend an die Bodenschätze gebunden. Die Agrargebiete sind daher zum größten Teil in den Wirtschaftsbereich der Industrie mit-

[46]) Sombart, Werner, Die Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1903, S. 610.

[47]) Neue Beiträge zum Deutschen Bevölkerungsproblem. Wirtschaft und Statistik, Sonderheft 15, Berlin 1935, S. 16.

einbezogen. So wenig wie die wirtschaftlichen Grenzen auseinandergehalten werden können, so wenig ist auch eine scharfe verwaltungsmäßige Trennung zwischen Stadt-Industrierevier und Land-agrarischem Bezirk möglich. Die bereits erwähnte Untersuchung von Lehrmann bietet denn auch zahlreiche Beispiele[48]), daß die Städte, die häufig aus Landgemeinden entstanden sind, nicht nur ländliche Vororte mit industriellem Einschlag, sondern aus verwaltungstechnischen Gründen oft rein ländliche Ortschaften eingemeindeten.

b) Nachkriegszeit

Die bereits in der Vorkriegszeit vorhandene Wohnungsüberfüllung, die nur deshalb weniger in Erscheinung trat, weil es sich in der Hauptsache um Untermieterverhältnisse von in den Haushalt des Vermieters einbezogenen Einzelpersonen handelte, wurde in der Nachkriegszeit noch verschärft.

Die Heranziehung der männlichen Bevölkerung zum Kriegsdienst und die vordringliche Bereitstellung von Arbeitskräften für die Kriegsindustrie brachten den Wohnungsbau zum Stillstand. Als mit Beendigung des Krieges die aufgeschobenen Eheschließungen nachgeholt wurden und nun auch die kriegsgetrauten Ehepaare, die bisher auf eine eigene Wohnung verzichtet hatten, einen selbständigen Hausstand gründen wollten, machte sich der Ausfall der Bautätigkeit in einem fühlbaren Wohnungsmangel bemerkbar. Es handelte sich dabei nicht bloß um eine Uebergangserscheinung, die durch verstärkten Neubau bald hätte behoben werden können. Der ständig sinkende Geldwert und damit die Steigerung des Preisniveaus einerseits und die Niedrighaltung der Mieten durch behördlichen Eingriff andererseits machten eine ordnungsmäßige Baufinanzierung unmöglich. Der Wohnungsmangel wurde so zu einer Dauererscheinung, die sich auch dann noch fortsetzte, als nach der Währungsstabilisierung ein geregeltes Bauprogramm durchführbar wurde. Die von 1925 bis 1931 gebauten Wohnungen von durchschnittlich 265 000 jährlich reichten nicht aus für die seit Kriegsende neu hinzugekommenen Haushaltungen. Betrug doch die Zahl der Eheschließungen von 1919 bis zum Ende der Inflation schon rund 4 Millionen.

Durch das sich etwa über 10 Jahre erstreckende Darniederliegen der Bautätigkeit wuchs sich die Wohnungsüberfüllung zu einer Massenerscheinung aus. Nach den Erhebungen von 1927[49]) waren

[48]) Lehrmann, a. a. O. S. 28 ff.

[49]) Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 362, Berlin 1930, Die Wohnverhältnisse im Deutschen Reich.

etwa 6 bis 7 v. H. aller Wohnungen mit mehreren Haushaltungen belegt. In den Großstädten erhöht sich die Zahl sogar auf über 10 v. H., da hier der Wohnungsbau während der Inflation sehr niedrig war. Auch die etwa im Jahre 1927 einsetzenden stärkeren Bauleistungen brachten keine wesentliche Entlastung auf dem Wohnungsmarkt, denn mit der Wirtschaftskrise setzte bereits wieder eine Schrumpfung ein. Damit wurde nicht nur der Wohnungsmangel weiter verschärft, sondern durch den gleichzeitigen Rückgang der Einkommen und das Anwachsen der Arbeitslosenziffern wurde die Doppelbelegung von Wohnungen noch weit zahlreicher. Die nach der Inflation stark gestiegenen Baustoffpreise und Baukosten hatten zu einem überhöhten Mietsatz der Neuwohnungen geführt, so daß mit dem Umschlag in der Wirtschaftslage viele Mieter ihre Wohnungen aufgeben mußten und sich in den billigeren Altwohnungen zusammendrängten, was ein weiteres Ansteigen der Wohndichte zur Folge hatte.

Ueberblicken wir noch einmal die bisherigen Ausführungen, so sehen wir, daß in den Behausungen der breitesten Schichten des Volkes, den kleineren und mittleren Wohnungen, eine starke Wohndichte vorhanden war und daß die Wohnungsüberfüllung von einem gleichzeitigen, durch die sonstigen Faktoren in der einen und anderen Richtung beeinflußten Geburtenrückgang begleitet waren. Die Dürftigkeit des zur Verfügung stehenden Materials macht es unmöglich, den Zusammenhang zwischen den beiden Reihen in ein zahlenmäßiges Verhältnis zu bringen. Dazu fehlen vor allem sich über einen längeren Zeitraum erstreckende wohnungsstatistische Erhebungen nach einheitlichen Fragestellungen, die örtlich und zeitlich vergleichbar sind. Ferner fehlen Angaben über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Wohnungsinhaber, über die Alterszusammensetzung, über Religion und Rasse der Familienmitglieder, Angaben, die notwendig sind, um andere störende Faktoren auszuschalten.

Besonders für die Nachkriegsjahre ist es schwierig, ein auch nur einigermaßen sicheres Verhältnis aufzuzeigen, weil hier die ungünstigen, wirtschaftlichen Verhältnisse Wirkungen ausstrahlen, die in keiner Weise genau abgegrenzt werden können.

Obwohl der Einfluß, den die steigende Wohndichte auf die Geburtenziffer hat, mathematisch nicht genau meßbar ist, können wir doch als Ergebnis feststellen, daß die Wohnungsüberfüllung eine der wesentlichen Komponenten für den Geburtenrückgang darstellt.

III. Einfluß der Bevölkerungsbewegung auf den Wohnungsmarkt[50)]

Die Feststellung eines Zusammenhanges zwischen Wohnungsfrage und Geburtenrückgang führt zu der Folgerung, eine Baupolitik einzuleiten, die im Interesse unserer Lebensbilanz die erwähnten Schäden vermeidet. Andererseits ist es aber leicht möglich, daß bei einer solchen Baupolitik ebenfalls Schäden auftreten. Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß die Wohnungsverhältnisse nicht nur auf die Bevölkerungsbewegung einwirken, sondern umgekehrt auch von der Bevölkerungsbewegung selbst beeinflußt werden. Da der Geburtenrückgang eine Ueberalterung des Volkskörpers und damit seine Schrumpfung herbeiführt, besteht bei einem umfangreichen Neubauprogramm die Gefahr, daß wir zu einem Wohnungsbestand kommen, für den keine Einwohner vorhanden sind. Die Volkswirtschaft erleidet dann einen Kapitalverlust, der sich auf Einkommen und Vermögen weiter Kreise auswirkt und so von der wirtschaftlichen Seite her wieder zu einer Geburtenbeschränkung führt. Die Feststellung eines Zusammenhanges zwischen Geburtenentwicklung und Wohnungsfrage erfordert deshalb als notwendige Ergänzung eine Prüfung der Frage, welchen Einfluß die gegenwärtige Bevölkerungsstruktur auf das Wohnungswesen hat.

1. Die Notwendigkeit des Wohnungsbaus

Ueber die Notwendigkeit des Wohnungsbaus stehen sich zwei entgegengesetzte Ansichten gegenüber. Die eine Betrachtung stützt sich auf die gegenwärtige große Nachfrage nach Wohnungen und fordert ein umfangreiches Neubauprogramm, um der jetzigen Wohnungsnot entgegenzutreten. Die andere geht aus von dem Altersaufbau unserer Bevölkerung und erklärt, daß bei dem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang in absehbarer Zeit das Leerstehen eines Teils der Wohnungen unvermeidlich ist.

2. Ist ein Überangebot von Wohnungen zu erwarten?

Da die Absterbeordnung der jetzt lebenden Generation bekannt ist und durch Verbesserung der Sterblichkeitsverhältnisse nur eine unwesentliche Verschiebung eintreten kann, entsteht hier tatsächlich ein Mißverhältnis. Die stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit rücken langsam in die höheren Altersstufen auf; der Geburtenausfall während des Krieges und der Geburtenschwund in den Nachkriegsjahren haben eine Lücke entstehen lassen, die auf dem

[50)] Für das Folgende vgl. insbesonders: Wagner, Karl, Dürfen wir noch bauen? Berlin 1933, Heft 11 der Schriften des deutschen Vereins für Wohnungsreform und Fey, Walter, Leistungen und Aufgaben im deutschen Siedlungs- und Wohnungsbau, Berlin 1936, Sonderheft 42 des Instituts für Konjunkturforschung.

Wohnungsmarkt dann in Erscheinung tritt, wenn die älteren Jahrgänge sich dem natürlichen Ende ihres Lebens nähern. Der Absterbevorgang, dem zur Zeit ein Ausgleich nicht gegenübersteht, wird bereits im kommenden Jahrzehnt einsetzen. Der Ausfall läßt sich durch das Nachrücken der zahlenmäßig nur sehr schwach besetzten Jahrgänge für die nächsten 20 bis 25 Jahre verfolgen. Und er wird sich, da die jetzt angestiegene Geburtenziffer immer noch nicht ausreicht, um den Bestand des Volkes zu sichern, noch einige weitere Jahre fortsetzen. Soweit die Frage nach der notwendigen Bautätigkeit lediglich von der voraussichtlich zu erwartenden Bevölkerungszahl her untersucht wird, liegt der Schluß nahe, daß der gegenwärtige Druck der Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt sich verringern und sogar in das Gegenteil umschlagen wird.

So wird nach einer Untersuchung von Hartnacke[51]) im Jahrfünft 1936 bis 1940 ein Ausgleich zwischen Haushaltungsabgang und Zugang erfolgen. Von 1941 bis 1945 wird ein Abgang am Ehebestand und demzufolge ein Abgang am Haushaltungsbestand von 500 000 festzustellen sein. Die gleiche Minderung käme für das folgende Jahrfünft in Frage. In den Jahren 1951 bis 1955 würden 1 500 000, im folgenden Jahrzehnt sogar 2,5 Millionen Ehen gegenüber dem Bestand ausfallen. In dem dann folgenden Jahrzehnt bis 1975 würde sich der Ausfall vermindern, aber immer noch 1,1 Million betragen. Da nach Schätzungen von Burgdörfer die Zahl der Haushaltungen etwa um ein Viertel über der Zahl der Ehen liegt, errechnet Hartnacke einen Rückgang der Hausstände von 18,5 auf etwa 11 Millionen. Er kommt daher zu dem Schluß, daß der augenblickliche Wohnungsmangel, soweit er noch stärker empfunden werde, vorwiegend örtlich bedingt und qualitativ verursacht sei, insofern, als noch Kleinwohnungen gesucht werden. Als Endergebnis sei jedoch früher oder später ein gewaltiger Wohnungsüberschuß zu erwarten.

Selbst wenn die von Hartnacke ermittelten Zahlen richtig wären, wäre es ein Fehler, die Bautätigkeit einzustellen und den Ausgleich zwischen Wohnungsnachfrage und Angebot der zukünftigen Bevölkerungsbewegung zu überlassen. Damit würde nur die Wohnungsüberfüllung in den nächsten Jahrzehnten fortdauern und die seit 1933 eingetretene Aufwärtsentwicklung der Geburtenkurve von der Wohnungsseite her wieder umgebogen werden. Tatsächlich verläuft aber der Zugang zu den vorhandenen Wohnungen durch Haushaltsauflösungen gar nicht so, wie es die vorstehenden Zahlen zeigen. Abgesehen davon, daß nach den neuen deutschen Sterbetafeln von 1933 ein weiterer Rückgang der Sterblichkeit zu beobachten ist — die mittlere Lebenserwartung des männlichen Geschlechts ist auf 59,75 Jahre gestiegen, gegenüber 55,97 Jahren

[51]) Angeführt in „Dtsch. Wohnwirtschaft" 1936, Jahrg. 43, Heft 50, S. 828.

nach den Sterbetafeln von 1924/26 und beim weiblichen Geschlecht von 58,82 auf 62,63 Jahre[52]) — bedeuten die von Hartnacke in den einzelnen Zeitabschnitten angegebenen Abgänge an Ehen doch nicht einen ebensolchen Zugang an Wohnungen. Es sind nur Annäherungswerte über die Eheauflösung durch Tod, wobei übersehen wird, daß beide Eheteile ja nicht gleichzeitig sterben, sondern ein Ueberlebender die Wohnung im allgemeinen weiter innehat. Demzufolge tritt auch nicht die berechnete Abnahme des Haushaltungsbestandes ein.

3. Der Wohnungsfehlbedarf

Bei einer Bejahung des Wohnungsbaus bleibt jedoch noch die Frage offen, in welchem Umfange gebaut werden soll. Zur Aufstellung eines Neubauprogramms ist deshalb zunächst die Ermittlung des gegenwärtigen Fehlbedarfs und dann der zukünftig zu erwartenden Wohnungsnachfrage erforderlich.

Die Wohnungsfrage wird bestimmt

1. von dem Zugang an neuen Haushaltungen, der sich aus der Differenz der Haushaltsneugründungen (hauptsächlich Eheschließungen) und der Haushaltsauflösungen ergibt und 2. von der Nachfrage der bereits bestehenden Haushaltungen, d. h. der Familien, die bei der Eheschließung eine eigene Wohnung zunächst nicht beanspruchten oder aber ihre Wohnung aufgeben mußten. Die hier unter 2 genannten Familien und Haushaltungen ohne eigene Wohnung bilden den Fehlbedarf im objektiven Sinne, der die Zahl der Wohnungen bestimmt, die vorhanden sein muß, wenn jede Haushaltung über eine eigene Wohnung verfügen soll. Als 3. Bestimmungsgrund der Wohnungsnachfrage wäre hierher noch zu rechnen, die Nachfrage der Personen, die wohl eine eigene Wohnung innehaben, jedoch eine andere ihren Bedürfnissen besser entsprechende suchen. Dieser Fall berührt nicht die quantitative, sondern die qualitative Seite des Wohnungsproblems. Er soll hier nicht weiter untersucht werden, weil als sicher unterstellt werden kann, daß bei der Abdeckung des Fehlbedarfs Wohnungen gebaut werden, die auch der qualitativen Nachfrage genügen. Dadurch wird der von den bisherigen Wohnungsinhabern als mangelhaft empfundene Wohnraum für andere Personenkreise frei. Das trifft natürlich nur insoweit zu, als es sich um ein subjektives Mangelempfinden handelt. Sind es auch objektiv mangelhafte Wohnungen (Baracken, Elendswohnungen usw.), so ist dafür ein besonderer Posten in den Bauleistungen einzusetzen. Dieser Posten ist in den Ersatzbauten für Abbrüche berücksichtigt. Der objektive Fehlbedarf

[52]) Sonderheft zu Wirtschaft und Statistik Nr. 15, Neue Beiträge zum Deutschen Bevölkerungsproblem, Berlin 1935, S. 62 f.

kann für die Bemessung des künftigen Bauvolumens nicht entscheidend sein, da viele Haushaltungen eine eigene Wohnung nicht beanspruchen. So bleiben viele junge Eheleute in der Wohnung oder dem Hause der Eltern wohnen, ebenso wie viele alte Leute zu ihren Kindern ziehen. Hinzu kommen noch jene Familien, die aus beruflichen Gründen auf eine eigene Wohnung verzichten. Besonders groß und die Höhe des Fehlbedarfs entscheidend beeinflussend sind aber die Haushaltungen, die wohl eine eigene Wohnung wünschen, jedoch die Miete dafür nicht aufbringen können. Ihre Zahl hängt ab von der allgemeinen Wirtschaftslage, sie wird also je nach Beschäftigungsgrad und damit Einkommenshöhe höher oder niedriger sein. Weil nun lediglich die am Wohnungsmarkt tatsächlich wirksame, d. h. die von Kaufkraft unterstützte Nachfrage für die Größe der Bauaufgaben maßgeblich ist, kommen die Schätzungen über die ungedeckte Wohnungsnachfrage, den sog. subjektiven Fehlbedarf, zu recht unterschiedlichen Ergebnissen.

Schätzungen des Fehlbedarfs

a) nach der Reichswohnungszählung

Nachdem bereits Ende 1926 in einer Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung[53]) 600 000 Wohnungen oder 63 v. H. des Ueberschusses der Haushaltungen über die Wohnungen als fehlend angegeben wurden, gelang erstmalig durch die Reichswohnungszählung von 1927[54]), mit der Feststellung des objektiven Fehlbedarfs einen sicheren Ausgangspunkt für weitere Berechnungen zu gewinnen. Den objektiven Fehlbedarf gab die Wohnungszählung mit etwa 950 000 bis 1 Million an. Wegen der Schwierigkeit, den von der jeweiligen Wirtschaftslage abhängenden subjektiven Fehlbedarf rein rechnerisch zu bestimmen, wurde gleichzeitig versucht, die ungedeckte Nachfrage durch Einzelbefragung zu ermitteln. Es wurden etwa 560 000 Wohnungssuchende oder 56 bis 59 v. H. der Haushaltungen ohne eigene Wohnung gezählt. Diese Zahl kann jedoch nicht als zutreffend angesehen werden, weil die Meldungen oft unterblieben oder die befragten Haushaltungen den Zweck der Erhebung mißverstanden und nicht verwertbare Angaben machten.

b) nach den Erhebungen in Preußen

Ausgehend von den Erhebungen für die Reichswohnungszählung versuchte Preußen[55]) den subjektiven Fehlbedarf zu errechnen unter

[53]) Reichstagsdrucksachen 3. Wahlperiode 1924/27 Nr. 3777 S. 7.

[54]) Statistik des Deutschen Reiches Bd. 362, Berlin 1930.

[55]) Wohnungsbestand, Wohnungsbedarf und Wohnungsbau in Preußen, Preuß. Statistik, Bd. 299, Berlin 1930.

Berücksichtigung der Wohnungsgröße und der Verwandtschaftsverhältnisse. Die Reihenfolge der Abdeckung des Wohnungsbedarfs wurde abgestuft je nachdem, ob die Untermieterfamilien in Klein-, Mittel- oder Großwohnungen oder bei Verwandten untergebracht waren, wobei die Dringlichkeit des Bauprogramms dieser Reihenfolge entsprach. Das Ergebnis wich wesentlich von dem der Reichswohnungszählung ab und schwankt je nachdem wie Wohnungsgröße und Verwandtschaftsverhältnisse berücksichtigt wurden zwischen 60 und 80 v. H. der Haushaltungen ohne eigene Wohnung.

c) nach Untersuchungen von Wagner und von Fey

In einer Untersuchung von Karl Wagner „Dürfen wir noch bauen?“[56]) werden zur Bestimmung der tatsächlichen Bauleistungen die Vorkriegsverhältnisse zur Richtschnur genommen, wobei jedoch die zur Zeit der Untersuchung (1933) bestehende Wirtschaftslage besonders berücksichtigt wird. Wagner geht aus von dem im Jahre 1927 festgestellten Fehlbedarf von 1 Million Haushaltungen. Die Bautätigkeit von 1927 bis 1930 mit durchschnittlich jährlich 300 000 Wohnungen reichte gerade aus für den Reinzuwachs an Haushaltungen, so daß Ende 1930 noch 1 Million Untermieterfamilien vorhanden waren. Durch das den Eheschließungsrückgang übersteigende Absinken der Bautätigkeit hat sich dann der Fehlbedarf auf etwa 1,2 Millionen erhöht. Die tatsächliche Wohnungsnachfrage vermindert sich nun um die eine eigene Wohnung nicht beanspruchenden Haushaltungen. Hier geht Wagner vom Vorkriegssatz von 1 v. H. aus und kommt so auf 170 000 Haushaltungen, die sich aber entsprechend den veränderten Einkommensverhältnissen verdreifachen. Als subjektiver Fehlbedarf ergibt sich demnach eine Zahl von rund 700 000 Untermietern[57]). Zu fast dem gleichen Ergebnis kommt Fey[58]), der für Ende 1935 rund 1,5 Millionen Haushaltungen ohne eigene Wohnung und einen kaufkräftigen Fehlbedarf von 750 000 annimmt.

Alle hier angeführten Schätzungen legen die bei der Reichswohnungszählung von 1927 festgestellten Untermieterfamilien ohne eigene Wohnung zugrunde. Dann werden die nach 1927 gebauten Wohnungen dem Haushaltungszugang, wie er nach den Vorausberechnungen des Statistischen Reichsamts hätte eintreten müssen, gegenübergestellt. Schließlich wird aus diesen Zahlen die kaufkräftige Wohnungsnachfrage geschätzt, die je nach der Beurteilung der Wirtschaftslage, verschieden hoch ausfällt. Obwohl diese Berechnungen alle nur kurze Zeit zurückliegen, so haben doch die dafür angewandten Maßstäbe wegen der in den letzten Jahren ein-

[56]) Schriften des deutschen Vereins für Wohnungsreform, Heft 11, Berlin 1933.
[57]) A. a. O. S. 25 ff.
[58]) A. a. O. S. 40.

getretenen Aufwärtsentwicklung der Beschäftigtenzahlen und damit der Einkommen, der Bautätigkeit und der Heiratshäufigkeit ihre Gültigkeit verloren. Wenn sie die Entwicklungstendenz auch heute noch richtig wiedergeben, so hat sich doch die ungefähre Zahl des Fehlbedarfs inzwischen verändert.

d) Die Veränderungen des Wohnungsfehlbestandes bis Mitte 1939

Bei der Volkszählung von 1933 ergab sich ein Haushaltungsbestand von rund 17,9 Millionen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der Einkommen führten zur Ueberwindung der anomal niedrigen Heiratsziffer der Krisenjahre. Die in jenen Jahren aufgeschobenen Heiraten wurden inzwischen alle nachgeholt. Für die Zeit von 1933 bis 1937 ergibt sich eine Eheschließungszahl[59]) von insgesamt 3 269 000. Um diese Zahl kann der Haushaltungsbestand des Jahres 1933 aber nicht erhöht werden, da die Zunahme der Haushaltungen nicht so groß ist wie die Zahl der Eheschließungen, sondern im allgemeinen nur die Hälfte bis zwei Drittel davon beträgt. Legt man die Hälfte zugrunde, so würde sich der Haushaltungsbestand von 17,9 um 1,6 Millionen erhöhen und Anfang 1938 rund 19,5 Millionen ausmachen. Der Wohnungsbestand wurde für die gleiche Zeit mit 18,1 Millionen[60]) angegeben, so daß Anfang 1938 ein objektiver Wohnungsfehlbedarf von 1,4 Millionen vorlag.

Trotz der umfangreichen Arbeiten an den Grenzbefestigungen, zu denen die Bauwirtschaft herangezogen wurde und die dazu führten, daß die zivile Bautätigkeit wegen Mangel an Arbeitskräften eingeschränkt werden mußte, konnten im Jahre 1938 und im ersten Vierteljahr 1939 noch insgesamt rund 350 000 Wohnungen[61]) fertiggestellt werden. Damit stellt sich der Wohnungsbestand im Frühjahr 1939 auf rund 18,45 Millionen. Die bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 festgestellte Zahl der Haushaltungen beläuft sich auf 19,82 Millionen[62]).

Die Zahlen über die Bautätigkeit und den Haushaltungsbestand beziehen sich nur auf das alte Reichsgebiet ohne Memelland, Danzig und die neuen Ostgebiete. Die Einbeziehung dieser Gebiete in die Untersuchung erübrigt sich. Einmal ist hier eine Vergleichsmöglichkeit mit der früheren Zeit nicht ohne weiteres gegeben und dann würden sich zwar die absoluten Zahlen für das gesamte Reichsgebiet wohl erhöhen, an der Entwicklungstendenz selbst aber würde sich nichts ändern.

[59]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1933 ff.
[60]) Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1939, Heft 2, S. 15 f.
[61]) Wirtschaft und Statistik, 19. Jahrg., 1939, Heft 11, S. 422 ff.
[62]) Wirtschaft und Statistik, 20. Jahrg., 1940, Heft 2, S. 31 ff.

Aus der Gegenüberstellung der Zahl der Haushaltungen und des Wohnungsbestandes zur Zeit der letzten Volkszählung ergibt sich, daß der Wohnungsfehlbedarf in den Jahren 1937 und 1938 erstmalig, wenn auch nur geringfügig, zurückgegangen ist. Im Mai 1939 gab es nur noch 1,37 Millionen Haushaltungen ohne eigene Wohnung gegen 1,4 Millionen Anfang 1938 und rund 1,5 Mill.[63]) Ende 1935.

e) Die Wohnungsnachfrage der Haushaltungen ohne eigene Wohnung

Um daraus die kaufkräftige Wohnungsnachfrage zu errechnen, kann man heute nicht mehr einen Prozentsatz von 3 oder noch mehr der Familien ohne eigene Wohnung als ständige Untermieter ansehen oder die bei Verwandten Wohnenden von der Nachfrage ausschalten. Der gestiegene Lebensstandard zusammen mit den erhöhten Einkommen und den verbesserten Zukunftsaussichten läßt den Wunsch nach einer eigenen Wohnung dringlicher werden. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß einerseits in den letzten Jahren mehr Kleinwohnungen gebaut wurden, so daß 47,3 v. H. aller Wohnungen auf diese Größenklasse entfallen[64]) und andererseits durch den Geburtenanstieg die Familiengröße zugenommen hat. Schon daraus ergeben sich für ein umfangreiches Zusammenwohnen mehrerer Familien in einer Wohnung erhebliche Schwierigkeiten. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein und den Verhältnissen annähernd entsprechend, wenn ebenso wie in der Vorkriegszeit auch jetzt nur 1 v. H. aller Haushaltungen, d. s. rund 200 000, als Untermieter gerechnet werden. Die von Kaufkraft unterstützte, also unbedingt zu befriedigende Wohnungsnachfrage kann daher wohl ziemlich zutreffend mit 1,2 Millionen beziffert werden.

f) Beseitigung der Wohnungsüberfüllung

Als weiteren Faktor, der bei den Berechnungen der künftigen Bauleistung berücksichtigt werden müsse, nennt Fey[65]) die Wohnungsüberfüllung.

Nach der Reichswohnungszählung von 1927[66]) waren 5,6 v. H. aller Wohnungen überfüllt, d. s. rund ¾ Millionen. Die Ueberfüllung war nicht gleichmäßig, sie schwankt zwischen 6,4 v. H. in den Gemeinden mit 5000 bis 20 000 Einwohnern und 5 v. H.

---

[63]) Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 1939, Heft 2, S. 15 f.
[64]) Fey, Walter, Der künftige Wohnungs- und Siedlungsbau, Sonderheft 45 des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin 1939.
[65]) Fey, Walter, Der künftige Wohnungs- und Siedlungsbau, a. a. O. S. 30 f.
[66]) Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 362 I, Berlin 1930, S. 67.

in den Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern. Um das Ausmaß der Ueberfüllung ermessen zu können, ist zu berücksichtigen, daß als Merkmal eine Belegung je Wohnraum mit mehr als zwei Personen festgelegt war, wobei die Küche ebenfalls als Wohnraum galt. Ueber die gegenwärtige Wohnungsüberfüllung liegen neuere Ergebnisse nicht vor. Geht man aber davon aus, daß zur Zeit der Reichswohnungszählung der objektive Fehlbedarf rund 950 000 bis 1 000 000 betrug, heute jedoch etwa 1,4 Millionen Haushaltungen ohne eigene Wohnung vorhanden sind, so kann man unbedenklich wieder 750 000 Wohnungen als überfüllt annehmen.

Die Beseitigung der Wohnungsüberfüllung ist gerade aus bevölkerungspolitischen Erwägungen eine Notwendigkeit und muß deshalb für die Bemessung der künftigen Bautätigkeit berücksichtigt werden. Sie ist nicht nur notwendig, um den Familien mit hoher Kinderzahl eine ausreichende Wohnung zur Verfügung zu stellen, sondern auch — wie schon erwähnt — um ein Absinken der Geburtenziffer zu verhindern. In diesem Zusammenhange muß auf eine Bemerkung von Fey[67]) hingewiesen werden, die z. B. auch in den Ergebnissen der Reichswohnungszählung[68]) zum Ausdruck kommt. Danach „ist die Belegung der Wohnungen mit mehreren Haushaltungen im allgemeinen keine Ursache einer Wohnungsüberfüllung, da die Untermieterfamilien meist kinderlos oder kinderarm sind und in der Mehrzahl der Fälle Mittel- oder Großwohnungen mit mehreren Familien belegt sind". Solche Darstellung kann leicht zu Fehlschlüssen führen. Von der Wohnungsseite aus gesehen ist es schon richtig, daß eine mit mehreren kinderlosen Haushaltungen belegte größere Wohnung nicht so stark überfüllt ist wie eine kleinere Wohnung, die nur mit einer kinderreichen Familie belegt ist. Bevölkerungspolitisch betrachtet ist es doch aber so, daß die in Untermiete lebenden Familien wegen des Fehlens einer eigenen Wohnung ihre Kinderzahl bewußt einschränken. Darum ist es wichtig, nicht nur den in ungenügenden Wohnverhältnissen lebenden kinderreichen Familien ausreichende Wohnungen zu verschaffen, sondern auch den anderen über eine eigene Wohnung nicht verfügenden Familien.

Die Beschaffung einer ausreichenden Wohnung zur Beseitigung der Wohnungsüberfüllung ist zunächst eine qualitative Forderung. Darüber hinaus hält Fey auch in quantitativer Hinsicht eine besondere Bauleistung für erforderlich. Er geht dabei von der bei der Wohnungszählung von 1927 festgestellten Zahl von 0,75 Millionen aus, die seiner Ansicht nach sogar 0,9 Millionen betragen habe und bezeichnet als weitere Bauaufgabe die Erstellung

[67]) Fey, Walter, Der künftige Wohnungs- und Siedlungsbau, a. a. O. S. 11.

[68]) Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 362, a. a. O. S. 107 f.

einer entsprechenden Anzahl von Wohnungen zur Beseitigung der Wohnungsüberfüllung[69]).

Diese Berechnung ist nicht richtig, da sie eine Doppelzählung bedeutet. Die Zahl der nicht in eigener Wohnung lebenden Haushaltungen ist bereits bei der Feststellung des objektiven Fehlbedarfs berücksichtigt. Es kann auch nicht behauptet werden, daß zur Beseitigung der Wohnungsüberfüllung zwar keine 900 000 Wohnungen, aber wenigstens so viel gebaut werden müssen, um die wohl in eigener jedoch überfüllter Wohnung lebenden Familien einwandfrei unterzubringen. Wollte man so vorgehen, so würde eine Reserve späterhin leerstehender kleiner Wohnungen geschaffen. Richtig ist vielmehr, bei der Abdeckung des Fehlbedarfs genügend große Wohnungen zu schaffen, um dort die kinderreichen Haushaltungen unterzubringen und die von ihnen bisher bewohnten Wohnungen kleineren Haushaltungen zur Verfügung zu stellen.

Wenn bei den künftigen Bauaufgaben zur Beseitigung der Wohnungsüberfüllung überhaupt ein besonderer Posten eingesetzt werden sollte, der noch nicht in den notwendigen Bauleistungen zur Abdeckung des Fehlbedarfs enthalten ist, dann nur für die ständig in Untermiete lebenden Haushaltungen. Das waren in der Vorkriegszeit 1 v. H. aller Haushaltungen, eine Zahl, die auch heute unbedenklich zugrunde gelegt werden kann. Schon aus dem Begriff „ständiger Untermieter" geht jedoch hervor, daß es sich hier um Personen handelt, die selbst bei Vorhandensein genügender und im Preise erschwinglicher Wohnungen eine eigene Wohnung nicht beanspruchen würden. Es muß deshalb als unbegründet abgelehnt werden, zur Beseitigung der Wohnungsüberfüllung einen besonderen mengenmäßig bestimmten Bedarfsposten einzusetzen.

g) Ersatz des Wohnungsabgangs

Neben den, den Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren belastenden Fehlbedarf tritt noch als weiterer Bedarf der Ersatz des Wohnungsabgangs. Nach Eberstadt[70]) wurden vor dem Kriege rund 40 000 Wohnungen jährlich abgebrochen. Der Wohnungsmangel der Nachkriegszeit zwang zu einer Beschränkung der schon während des Krieges auf ein Mindestmaß gesunkenen Abbrüche. Der Wohnungsabgang durch Abbruch, Brände, Umbauten usw. betrug in den Jahren 1925 bis 1935 nach Fey[71]) 225 000 oder rund 20 000 jährlich. Wegen des noch bestehenden Wohnungsmangels wird man diese niedrige Zahl auch für das nächste Jahrzehnt annehmen können. Das bedeutet dann allerdings, daß der aufgestaute Abbruch-

[69]) Fey, Walter, Der künftige Wohnungs- und Siedlungsbau, a. a. O. S. 30 ff.
[70]) Handbuch des Wohnungswesens, 4. Aufl., S. 192.
[71]) A. a. O. S. 13.

bedarf, der bereits 1930 im Entwurf von „Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen“[72]) auf 300 000 geschätzt wurde, weiter ansteigen wird und früher oder später abgedeckt werden muß. Eingehende Untersuchungen über den laufenden und aufgestauten Abbruchsbedarf hat Wagner[73]) angestellt. Er kommt dabei zu einem Ergebnis von 840 000 Wohnungen, und zwar laufende Abbrüche bis 1940 mit 140 000 und 1940 bis 1950 mit 300 000 Wohnungen, dazu 400 000 Wohnungen aufgestauter Abbruchbedarf um 1940. Diese Zahlen können aber eher zu niedrig als zu hoch angesehen werden, denn Wagner geht nur von einem jährlichen Abbruchbedarf von 30 000 Wohnungen aus, während unter Berücksichtigung des bereits langen Bestehens der meisten Wohngebäude, der schlechtgebauten Nachkriegswohnungen, der schnelleren Verschlechterung der Gebäude durch den stärkeren Verkehr und endlich durch Beseitigung der Elendswohnungen und der in vielen größeren Städten notwendigen Altstadtsanierung mindestens die Vorkriegszahl von 40 000 angenommen werden muß.

Eine Zusammenfassung der beiden Posten subjektiver Fehlbedarf und Abbruchbedarf ergeben eine bereits jetzt bestehende Unterbilanz von rund 2 Millionen Wohnungen, die bei Fortsetzung der bisherigen Bauleistungen von etwa 300 000 Wohnungen jährlich bis Ende 1946 abgedeckt sein könnte. Selbst wenn dieses Bauvolumen beibehalten werden sollte — es erscheint fraglich, da schon seit 1938 die Bauwirtschaft in großem Umfange für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung herangezogen wurde und somit notwendig der Wohnungsbau eingeschränkt werden muß — wäre damit die Wohnungsnot noch nicht beseitigt. Bei einem Bau von rund 2 Millionen Wohnungen würde nur der jetzt bestehende Fehlbedarf ausgeschieden und die Nachfrage der nicht in eigenen oder in ungenügenden Wohnungen lebenden Haushaltungen befriedigt werden. Daneben muß aber noch der Zuwachsbedarf der neu hinzukommenden Haushaltungen berücksichtigt werden.

h) Bauleistungen für den Zuwachsbedarf

Wie wir oben sahen, stützt sich die Ansicht, daß bei weiterer Bautätigkeit ein Ueberangebot an Wohnungen entstehen würde, darauf, daß schon im Jahrfünft 1941 bis 1945 der Abgang an Haushaltungen den Zugang übersteigen würde. Ueber die Entwicklung des Haushaltszugangs in den nächsten zwei Jahrzehnten läßt sich schon heute ein ziemlich sicheres Bild entwerfen, weil die in diesen Jahren wahrscheinlich eine Ehe eingehenden Personen heute schon geboren sind. Nach den auf Grund des Altersaufbaus der Bevölkerung angestellten Vorausberechnungen des Statistischen Reichsamts über

[72]) Reichstagsdrucksache 4. Wahlperiode 1928 Nr. 1171.
[73]) A. a. O. S. 34 ff.

die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Haushaltungen im Reich ergibt sich folgendes Bild[74]):

Jahr	Zahl der Haushaltungen am Jahresanfang in 1000	Jährliche Zunahme
1940	19 547	127
1941	19 674	82
1942	19 756	67
1943	19 823	60
1944	19 883	105
1945	19 988	122
1946	20 110	77
1947	20 187	39
1948	20 226	46
1949	20 272	72
1950	20 344	49*)
1955	20 590	24**)

*) Jahresdurchschnitt 1950/54.
**) Jahresdurchschnitt 1955/59.

Danach ist vorläufig von einem Ausgleich zwischen Zugang und Abgang oder von einem Rückgang der Haushaltungen nicht die Rede. Bis 1955 ist im Gegenteil noch ein Zugang von rund 1 Million Haushaltungen zu erwarten. Entsprechend der gestiegenen Lebenserwartung nach den Sterbetafeln von 1933 dürfte der Zugang noch erheblich höher ausfallen. Damit entfällt auch die Annahme, daß durch den Bevölkerungsrückgang in Kürze ein Ausgleich zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage eintreten würde. Der errechnete Haushaltungszuwachs erhöht demnach den notwendigen Wohnungsbedarf bis 1955 auf wenigstens 3 Millionen, was einem Bau von durchschnittlich jährlich 200 000 Wohnungen entsprechen würde. Auch nach 1955 kann noch nicht von einem wahrscheinlichen Leerstehen von Wohnraum gesprochen werden, weil sich der Absterbevorgang der in die höheren Altersklassen aufgerückten Jahrgänge nicht so schnell vollzieht. Es darf auch nicht übersehen werden, daß dann immer noch zahlreiche Wohnungen vorhanden sind, die aus sozialen, hygienischen und städtebaulichen Gründen beseitigt werden müssen. Außerdem ist nach 1955, wenn auch noch nicht mit einem Zugang, so doch sicher mit einem stark verlangsamten Rückgang der Haushaltungen zu rechnen, da in diesen Jahren die seit 1933 wieder stärker besetzten Geburtsjahrgänge in das heiratsfähige Alter treten.

Zusammenfassend kann jedenfalls festgestellt werden, daß der Wohnungsbau für die folgenden zwei Jahrzehnte unbedingt notwendig ist. Vor allem muß er in der nächsten Zeit stark gefördert werden, um den gegenwärtig hohen Fehlbedarf bald zu beseitigen.

[74]) Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 401 II, S. 654 ff.

C. Postulate für die künftige Befriedigung des Wohnbedürfnisses

1. Wohnungsgröße

Dem Wohnungsbau kommt im Rahmen der Bevölkerungspolitik die größte Bedeutung zu, bildet er doch die räumliche Grundlage, den „Standort der Hauswirtschaft". Von seiner Wahl und seiner Beschaffenheit hängt die Entfaltung der Familie mit ab. Dieser Zusammenhang ist in der Vergangenheit nicht genügend beachtet worden und wird auch heute besonders von seiten der privaten Bautätigkeit noch nicht voll gewürdigt. Damit die Mängel und Mißstände, die für den Wohnungsbau der Vorkriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre kennzeichnend waren, vermieden und wenigstens die äußeren Vorbedingungen für eine Umkehr in der Bevölkerungsentwicklung geschaffen werden, müssen die Wohnungen genügend groß und im Preis erschwinglich sein.

Wird auch nur einer dieser Gesichtspunkte außer acht gelassen, so kann am tatsächlichen Bedarf leicht vorbeigebaut werden, wie es in den letzten Jahren leider vorgekommen ist, denn eine größere Raumgebung führt zu Mietpreisen, die von den Wohnungssuchenden nicht aufgebracht werden können. So hatte nach Kruschwitz[75]) „das Vordringen des nicht organisierten Privatkapitals . . . in den Jahren nach 1934 zu erheblichen Mißständen insofern geführt, als mit seiner Hilfe tatsächlich Wohnungen errichtet wurden, die für die Minderbemittelten in ihren Mietpreisen unerschwinglich waren; dadurch war der Bau der in erster Linie benötigten billigen Kleinwohnungen vernachlässigt worden." Es sind zwar (nach Kruschwitz a. a. O.) von den gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen zahlreiche billige Kleinwohnungen erstellt worden — z. B. im Jahre 1936 rund 100 000 —, die dem Einkommen der Minderbemittelten angepaßt waren. Dabei handelt es sich jedoch nur um ein Drittel der gesamten Bautätigkeit, während die restlichen zwei Drittel der neugebauten Wohnungen von privaten Bauherren errichtet wurden und sich durch hohe Mietpreise auszeichneten.

Andererseits entsprechen die Wohnungen mit niedrigen Mieten vielfach nicht den aus bevölkerungspolitischen Gründen zu stellenden räumlichen Anforderungen. Deshalb stellt Wetzel den Anspruch, die Wohnungen möglichst groß zu bauen, den Mietpreis jedoch nicht über 40 RM im Monat hinausgehen zu lassen. „Wohnungen werden gebaut, um damit gegründeten Familien die Möglichkeit zur Entwicklung zu geben. Der Raum muß daher schon am Anfang

[75]) Im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 46, 2. Halbband, 1937, S. 34 f.

geschaffen werden, um Wohnungswechsel zu vermeiden und den jungen Menschen seßhaft zu machen. Die Idealwohnung heißt Vier-Raumwohnung. Sie muß für jede Familie, auch die der untersten Stufe, gefordert werden"[76]).

So wünschenswert die Forderung nach einer größeren Zahl von Räumen aus hygienischen und sittlichen Gründen ist, so darf doch des Guten nicht zuviel getan werden, wenn sich nicht der beabsichtigte bevölkerungspolitische Zweck in sein Gegenteil verkehren soll. Bei der Bemessung der Wohnungsgröße und der Zimmerzahl muß immer berücksichtigt werden, daß keine aus ideellen Beweggründen aufgestellten Maxime verwirklich werden dürfen, wenn sie nicht gleichzeitig den Anforderungen der Mieter, ihrer wirtschaftlichen Lage und ihren sonstigen Verhältnissen entsprechen. Werden den jungen Familien Wohnungen mit zu großen Räumen zur Verfügung gestellt, so werden sie zunächst von geringem Wert, wenn nicht sogar wertlos sein, weil sie eine zu große Ausstattung, zu viel Mobiliar, erfordern. Gerade für junge Eheleute aus den minderbemittelten Schichten wird es schwer sein, sich die notwendige Einrichtung zu beschaffen; größere Wohnungen aber verlangen eine solche. Erhalten sie also eine solche Wohnung, so wird der bevölkerungspolitische Zweck — mag die Wohnung noch so billig sein — nicht erreicht werden. Das Einkommen wird dann nicht dazu verwendet werden, eine größere Kinderzahl aufzuziehen, sondern um „das Fehlende zu ergänzen", also um die notwendigen Einrichtungsgegenstände anzuschaffen. Daher wird nicht die Familie in größere Wohnungen hineinwachsen, sondern lediglich das Mobiliar.

Wenngleich aus diesen Gründen der Forderung, den Wohnungen zahlreichere Räume zu geben, um die Familiengröße zu heben, nicht bedingungslos zugestimmt werden kann, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß die im Interesse der minderbemittelten Schichten erstellten Kleinwohnungen den bevölkerungspolitischen Zwecken ebenfalls nicht entsprechen: „Die Volkswohnung umfaßt im allgemeinen — bindende Vorschriften bestehen nicht — eine Wohnküche mit 14 Quadratmeter, ein Elternschlafzimmer mit 10 Quadratmeter, ein Kinderschlafzimmer mit 8 Quadratmeter, ferner Vorraum und Abort mit zusammen 4 Quadratmeter, so daß die Wohnung insgesamt 36 Quadratmeter groß ist, was einem umbauten Raum von etwa 150 Kubikmeter gleichkommt"[77]). Eine Wohnung mit 32 Quadratmeter eigentlicher Wohnfläche kann nicht

[76]) Wetzel, Otto, Bedarfsdeckungswirtschaft im Wohnungsbau in „Die Wohnung", 12. Jahrg., 1937, Heft 4.

[77]) Die Entwicklung der Deutschen Bauwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1936, Bericht der deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. und der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G., S. 67.

als genügend angesehen werden. Auf dem Lande mag eine solche Wohnung noch ausreichend sein, weil hier durch Garten und Feld ein Ausgleich vorhanden ist. In der Großstadt aber bietet sie nicht den Ort der Ruhe und Pflege. Stattdessen kann leicht das eintreten, was früher den überfüllten Wohnungen vorgeworfen wurde, daß sie den müde von der Arbeit heimkehrenden Mann ins Wirtshaus getrieben hat. Weiter darf nicht vergessen werden, daß bei dem allein aus wirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigenden Bau von Kleinwohnungen der ökonomische Zweck schon gefährdet ist. Nach einem Artikel des „Völkischen Beobachters“[78]) sind die Volkswohnungen für die ein Einkommen von etwa 100 bis 160 RM aufweisenden Volksgenossen gedacht. Die Miete soll davon nicht mehr als ein Fünftel betragen, muß aber außerdem noch einen angemessenen Betrag für die bei kleinen Wohnungen stärkere Abnutzung enthalten. Nun sind jedoch die Baukosten, die anfänglich etwa 3000 bis 3500 RM je Wohnung betrugen, bereits um rund 1000 RM gestiegen, während die Einkommen ihren alten Stand gehalten haben. Ein Beweis dafür, daß sich beim städtischen Mietwohnungsbau nicht einmal Einkommen und Miete bei den bescheidenen Wohnungen in ein angemessenes Verhältnis bringen lassen, noch viel weniger bei Wohnungen, die der Familie gesunde Entwicklungsmöglichkeiten bieten, es sei denn, daß mit Kapitalverlust gebaut wird.

Selbst bei Ausschaltung bevölkerungspolitischer Bedenken müßte allein schon aus wirtschaftlichen Gründen eine andere Bauweise gefunden werden, denn die Baufinanzierung und Bauausführung, wie sie zur Zeit vorgenommen werden, können auf die Dauer nicht befriedigen. Die Errichtung von Wohnungen für die minderbemittelten Schichten war im bisherigen Ausmaß nur möglich durch die umfassende Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zu Bedingungen, die von privaten Kapitalgebern aus Rentabilitätsgründen nicht zu erwarten sind. Das geht auch aus dem obenangeführten von Kruschwitz gefällten Urteil über den finanziell verfehlten Bau der von privaten Kapitalgebern erstellten Wohnungen hervor.

Trotz der in den letzten Jahren eingetretenen Aufwärtsentwicklung der Einkommen und trotz der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4,5 v. H. entspricht die Mietbelastung gerade der minderbemittelten Schichten noch nicht den sozialen Anforderungen. Ein Ausgleich wäre hier nur möglich, durch Herabsetzung der Baukosten und durch weitere Zinssenkung. Wie weit der Weg, an den Baukosten Einsparungen vorzunehmen, gangbar ist, hängt in starkem Maße von den lohn- und preispolitischen Zielsetzungen der Staatsführung ab.

[78]) Völkischer Beobachter vom 23. Juni 1937 Nr. 174 S. 13, Artikel: „Verbilligte Darlehn für den Volkswohnungsbau“.

Immerhin wird die Kostensenkung nicht so stark sein können, daß eine wesentliche Erleichterung der Mietbelastung zu erwarten ist, da die Anforderungen an Größe und Ausstattung im Volkswohnungsbau schon jetzt sehr niedrig sind. Auch die Aussichten einer weiteren Zinssenkung können für den Wohnungsbau nicht so ohne weiteres als günstig bezeichnet werden. Man darf nicht verkennen, daß dadurch — trotz der Lenkungsmöglichkeit des Kapitalstromes durch den Gesetzgeber — einer Investition in anderen einen größeren Gewinn bringenden Produktionszweigen Vorschub geleistet würde.

Es muß deshalb ein anderer Weg gefunden werden, um das Mißverhältnis zwischen ausreichender Befriedigung des Wohnbedürfnisses und Einkommensbelastung auszugleichen oder wenigstens zu mildern. Besondere Möglichkeiten dürfte hier eine Aenderung der Bau- und Siedlungsweise bieten. Bei einer Verlagerung des Schwergewichts der Bautätigkeit in Richtung der Kleinsiedlung würde außerdem die bevölkerungspolitische Zielsetzung am besten gefördert werden. Wenn im folgenden die Vorzüge der Kleinsiedlung aufgezeichnet werden, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß es sich dabei um eine subjektive Betrachtung handelt, die allerdings durch die in den letzten Jahren mit Erfolg durchgeführten praktischen Maßnahmen gestützt wird.

2. Möglichkeiten und Grenzen der Kleinsiedlung

a) Bevölkerungspolitische, soziale und wehrpolitische Vorzüge der Kleinsiedlung

Bei der Bekämpfung des durch die Wohnungsüberfüllung mitverursachten Geburtenrückgangs darf nicht außer acht gelassen werden, daß er durch die Einwirkung einer Summe von Faktoren auf das Denken, insbesondere den Zeugungswillen herbeigeführt wurde. Es wäre daher ein Fehler, wollte man annehmen, durch Erstellung von geräumigen und billigen Wohnungen eine Aenderung erreichen zu können. Hinzu kommen muß vielmehr noch die Bekämpfung der inneren Beweggründe. Das ist hauptsächlich eine Frage der Erziehung und braucht insoweit nicht erörtert zu werden. Wichtig ist für uns hier nur die mit der seelischen Einflußnahme zusammenhängende Umgestaltung der äußeren Beziehungen. Denn es kann kein Zweifel herrschen, daß einem erzieherischen Wirken solange der Erfolg versagt wird, solange nicht dem Uebel der Nährboden entzogen wird.

Der weiten Verbreitung einer hedonistisch-materialistischen Lebensanschauung waren die Städte, besonders die Großstädte, günstig. Diese geistige Haltung kann nachhaltig aber nur dann beseitigt

werden, wenn die Gesamtheit der äußeren Umstände, die ihre Entwicklung begünstigten, eine Aenderung erfahren. Einzelne Hemmungen aus dem Wege räumen, z. B. durch ausreichenden Wohnungsbau, bringt allein noch keine Hilfe. Was überwunden werden muß, ist die städtische Lebensform überhaupt, die den Menschen aus der Natur- und Schollenverbundenheit löst und das Ich zum Maß aller Dinge macht.

Das geeignete Mittel dazu bleibt nach wie vor die Auflockerung der städtischen Siedlungsdichte. Nicht etwa, daß nun der Mietwohnungsbau auf das Land hinausgetragen werden sollte. Dadurch würde wahrscheinlich der städtische Geist die Landbewohner noch schneller und stärker erfassen und den auch schon auf dem Lande eingetretenen Geburtenrückgang noch beschleunigen. Die Deglomeration der Stadtbevölkerung kann nur dann günstige Wirkungen haben, wenn die Form der ländlichen Siedlung gewählt wird. Eine Form also, die jeder Familie möglichst ein Eigenheim mit Landzulage gewährt. Damit erhält das Streben der einzelnen Familienmitglieder ein gemeinsames Ziel. Die städtische Familie, die vielfach nur eine mechanische Einheit ist, in der jeder seinen eigenen Weg geht und seinen egoistischen Trieben ungehemmt folgt, wird zu einer organischen Einheit umgeformt. Der Familiensinn und Zusammenhalt und in weiterer Folge der Gemeinschaftsgeist wird das Handeln viel stärker bestimmen. Die materialistische Einstellung zum Leben kann dann überwunden werden. Eine große Kinderzahl, die heute als Last empfunden wird, wird dann wieder zum Lebensinhalt der Famile werden. Auch Burgdörfer erwartet von der Kleinsiedlung einen bevölkerungspolitischen Erfolg. „Je mehr mit der fortschreitenden Verstädterung die Quellen der natürlichen Fruchtbarkeit der Bevölkerung versiegt sind, um so dringender wird das Problem, durch Auflockerung der Großstädte, durch möglichste Dezentralisation der Industrie, durch Nebenerwerbs- und Stadtrandsiedlung, durch eine zielbewußte Stadt-Land-Bewegung, durch Förderung der Gartenstadt- und Heimstättenbewegung, die vom Boden entwurzelten städtischen Bevölkerungsmassen wieder in natürlichen Zusammenhang mit dem Boden und der Natur zu bringen, kurz: durch Schaffung menschenwürdiger, natürlicher Voraussetzungen auch dem in den Städten wohnenden Bevölkerungsteil die Grundlage für die Entfaltung eines gesunden Familienlebens zu bieten. Es geht nicht mehr an, daß das überwiegende Stadtvolk, das wir heute nun einmal sind, die Aufgabe der Bevölkerungsregeneration einfach dem Landvolk überläßt; denn auch auf dem Lande geht . . . . . die Geburtenhäufigkeit stark zurück. Die Städte werden, wenn sie in Zukunft bleiben wollen, was sie sind, alles aufbieten müssen, um durch gesunde Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse das Gedeihen einer bodenständigen Nachkommenschaft aus der eigenen Bevölkerung heraus nach Möglichkeit zu fördern“[79]).

[79]) Burgdörfer, Fr., Volk ohne Jugend, a. a. O. S. 290 f.

In diesen Worten Burgdörfers liegt ein wesentlicher Teil der Zielsetzung der nationalsozialistischen Staatsführung beschlossen. Auflockerung der Städte, Stadt-Land-Bewegung, Verwurzelung der Stadtbewohner mit dem Heimatboden. Die Durchführung dieses Programms bedeutet die Erfüllung sozialer, politischer und wehrpolitischer Ziele, die schon seit Jahrzehnten von den besten Kräften des Volkes herbeigesehnt wurden.

Neben der wirtschaftlichen Seite der Kleinsiedlung, die durch gesunde Besitzverhältnisse eine wirkliche und dauernde Krisenfestigkeit schafft und jeder Familie die Grundlage einer freien und ungehemmten Entwicklung gibt, ist es heute besonders unsere wehrpolitische Lage, die eine Aenderung der Siedlungs- und Wohnweise erheischt. In einem Zeitalter der hochentwickelten Kriegstechnik birgt die Zusammenballung zahlreicher Menschen in den Großstädten ungeheure Gefahren. Die in allen Staaten stark ausgebauten Luftflotten werden in einem kommenden Krieg mit die Hauptlast zu tragen haben. Und da gerade bei unseren alten Gegnern der Luftwaffe in mehr oder weniger verhüllter Form die Aufgabe zuerkannt ist, den Kampf auch gegen die Zivilbevölkerung zu führen, ist es für Deutschland mit seiner zentralen Lage wichtig, dem Feinde möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten.

Bei den starken Abwehrwaffen ist zwar für die Menschenanhäufung in den Großstädten keine unmittelbare Gefahr vorhanden, trotzdem ist aus wehrwirtschaftlichen Gründen eine Umsiedlung anzustreben. Die Blockademaßnahmen der Gegner haben während des Weltkrieges die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes mehr und mehr eingeengt. Um ähnlichen Aushungerungsversuchen in Zukunft zu begegnen, kommt alles darauf an, den vorhandenen Boden so intensiv wie nur möglich zu bewirtschaften. Der Markt muß weitgehend von der Nachfrage nach Nahrungsmitteln entlastet werden. Der Besitzer eines auch noch so kleinen Stück Bodens muß bestrebt sein, aus ihm das Letzte herauszuholen. Die intensivste Nutzungsweise ist nun die der sogenannten Spatenkultur, bei der es möglich ist, je nach der Güte des Bodens zwei bis vier Ernten jährlich zu erzielen. Bei der Lösung der künftigen Bauaufgaben spricht also alles dafür, vorzugsweise die Form der Kleinsiedlung zu wählen.

b) Wohnungs- oder Siedlungsbau

Wie schon betont, handelt es sich bei der Forderung, den Kleinsiedlungsbau mehr in den Vordergrund zu stellen, um Postulate für den künftigen Wohnungsbau. Das bedeutet also, daß nicht unbedingt und nur Siedlerstellen geschaffen werden sollen.

Ebenso wie es das Ziel der bäuerlichen Siedlung ist, nicht zahlreiche autarkische Wirtschaften, sondern eine gesunde Verteilung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz herzustellen, so muß auch bei der nichtbäuerlichen Siedlungsweise darauf Bedacht genommen werden, eine gesunde Mischung von städtischer Wohnform, Eigenheimbau und Kleinsiedlung zu erreichen.

Es kann und darf nicht Aufgabe der Baupolitik sein, eine jahrhundertalte Entwicklung einfach zu beseitigen. Der Begriff Auflockerung der Städte, insbesondere der Großstädte und Rückführung der Menschenmassen auf das Land, schließt also nicht ein, daß jedem Deutschen nun eine Siedlerstelle zur Verfügung gestellt werden soll. Beseitigt werden müssen nur die ungesunden und artfremden Auswüchse der letzten Entwicklung. Die Großstadt darf nicht mehr ein Fremdkörper in der sie umgebenden Landschaft sein, sondern muß mit ihr eine natürliche Einheit bilden.

Eine so verstandene Baupolitik wird auch die Grenzen klar erkennen, die der Kleinsiedlung im Rahmen des Bauprogramms gesetzt sind. Darüber hinaus zwingen auch noch andere Ursachen, den Bau von Geschoßwohnungen weiterhin zu fördern. Neben dem Wohnungsmangel sind es vor allem die mit der Kleinsiedlung zusammenhängenden, die anderen Wirtschaftskräfte berührende Probleme.

Der gegenwärtige große Wohnungsmangel erfordert eine schnelle und umfangreiche Bereitstellung von Wohnraum. Diese Forderung kann am besten durch den Bau von Geschoßwohnungen erfüllt werden. Das in den Städten oder deren Randgebieten vorhandene Siedlungsland ist zum größten Teil erschlossen; jedenfalls sind hier keine längeren Vorarbeiten notwendig, um baureife Parzellen zu gewinnen. Auch die Frage, ob es auf längere Sicht überhaupt zweckmäßig ist, Geschoßwohnungen zu bauen, braucht nicht erörtert zu werden, da der Wohnungsmangel so groß ist, daß es richtig ist, überall dort zu bauen, wo ein Bedarf vorhanden ist. Die Verhältnisse im Wohnungsbau erlauben es also, daß sofort mit der Errichtung der Bauten begonnen werden kann.

Weniger günstig sind die Voraussetzungen bei der Kleinsiedlung. Die Planung eines Siedlungsvorhabens erfordert eine viel längere Zeit, ehe die Ausführung begonnen werden kann. Zunächst muß eine viel größere Fläche Land bereitgestellt und aufgeschlossen werden. Die Aufschließung selbst muß so erfolgen, daß sich das Gelände in das umliegende Wirtschaftsgebiet vorteilhaft einfügt. Die Lösung dieser Probleme ist im allgemeinen leicht. Schwierig dagegen ist es oft, den geeigneten Standort zu finden. Die Kleinsiedlung bildet ja keine volle Ernährungsgrundlage, sondern nur eine zusätzliche Stärkung der Wirtschaftskraft. Der Siedler ist also

weiterhin auf einen Haupterwerb angewiesen. Ein Siedlungsvorhaben ist also nur dort gerechtfertigt, wo andere Arbeitsgelegenheiten zu finden sind. Daher muß sich die Planung auch darauf erstrecken, ob die vorhandenen Verkehrsmittel ausreichend oder wenigstens in wirtschaftlich zu rechtfertigender Weise ausbaufähig sind. Ist das nicht der Fall, dann können Siedlerstellen nur errichtet werden, wenn neue Unternehmungen angesetzt werden. Das letztere ist heute das hauptsächlichste Anwendungsgebiet der Kleinsiedlung, weil mit der Wiederaufrüstung Deutschlands die wehrwirtschaftlich wichtigen Betriebe vielfach in ländliche Gebiete umgesiedelt werden.

Erst wenn alle diese Voraussetzungen gegeben sind, kann an die eigentliche Bauausführung gedacht werden. An diesem Punkt erhebt sich nun der Streit, ob es aus bevölkerungspolitischen, hygienischen und sonstigen Gründen besser ist, die Form der Kleinsiedlung zu wählen oder ob aus Ersparnisgründen Geschoßwohnungen errichtet werden sollen, um die Einkommensbelastung des Mieters zu vermindern.

Daß die Kleinsiedlung der einzelnen Wohnung mehr Luft und Licht gibt, den Bewohnern größere Bewegung im Freien verschafft und dadurch zur Hebung der Volksgesundheit beiträgt, ist allgemein anerkannt, so daß sich ein Eingehen hierauf erübrigt. Anders verhält es sich mit der Wirtschaftlichkeit. Die Vertreter des Mietwohnungsbaus erklären, daß die Erstellungskosten eines Kleinhauses im Verhältnis zum Miethaus zu hoch seien. Dazu kämen noch die Aufschließungskosten des Grundstücks, die Kanalisation-, Gas- und Wasseranlagen, die bei der sich über ein weites Gebiet erstreckenden Kleinsiedlung Unsummen verschlingen und zu einer untragbaren Belastung führen würden. Diese Kosten wären dagegen beim Mietwohnungsbau bedeutend niedriger und würden sich außerdem noch auf die größere Zahl der ein Miethaus bewohnenden Parteien verteilen. Die Verfechter des Baues von Kleinhäusern versuchen demgegenüber nachzuweisen, daß die Kosten eines Ein- und Zweifamilienhauses relativ nicht so hoch sind, wie die eines großen Miethauses, und daß auch die für die Aufschließung der Grundstücke, die Anlegung von Straßen, Kanalisation usw. aufzuwenden Mittel keine Verteuerung des Wohnens mit sich brächten. Soweit ihnen dieser Nachweis nicht gelingt, führen sie durchaus berechtigte ideelle Gründe für den Bau von Kleinhäusern an. Der Streit ist also vorwiegend ein solcher über die Kostenfrage. Damit wird aber — gleichgültig zunächst, welche Ansicht richtig ist — nur eine Seite dieser Frage berührt. Die Untersuchung darf sich nicht nur auf die Kosten der Wohnung beschränken, sondern muß auch auf die „Kosten des Wohnens" gerichtet sein, also auf die Belastung, die der Haushalt durch die Befriedigung des Wohnbedürfnisses erfährt.

c) Baukosten von Volkswohnung und Kleinsiedlung

Die Kosten der Wohnung, also das Kapital, das für die Errichtung einer Wohnung aufgewendet werden muß, bestehen aus den reinen Baukosten wie Material und Löhnen, aus den Bodenkosten und aus den sogenannten Aufschließungskosten. Eine Gegenüberstellung dieser Kosten für den Wohnungsbau im modernen Miethaus einerseits und der Kleinsiedlung andererseits zeigt nun durchaus nicht, daß die Herstellungskosten einer Mietwohnung geringer sind.

Die Gegenüberstellung der Baukosten von Mietwohnung- und Kleinsiedlungsbau ergibt, daß bei letzterem trotz größerer Wohnfläche die Erstellung nicht teurer, oft sogar billiger ist als bei den für minderbemittelten Schichten vorgesehenen Volkswohnungen.

Beim Volkswohnungsbau hat man „mit Bedacht auf jeden Aufwand verzichtet und die Baukostenhöchstgrenze — ausschließlich Grundstücks- und Erschließungskosten — auf 3000 RM bis höchstens 3500 RM je Wohnung festgesetzt“[80]).

Die Gesamtherstellungskosten (also einschließlich Grund und Boden) je geförderte Wohnung (d. s. die mit Reichsbürgschaften erstellten Kleinwohnungen) haben bei den Bauvorhaben des Jahres 1936 durchschnittlich nur 7160 RM betragen[81]). Unter Zugrundelegung dieser Baukosten — der oben angeführte Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 23. Juni 1937 stellt sogar eine inzwischen erfolgte Erhöhung der Baukosten um 1000 RM fest — würde, entsprechend der im Bericht der deutschen Bau- und Bodenbank angegebenen Wohnfläche von 36 Quadratmetern, was einem umbauten Raum von 150 Kubikmetern entspricht, die Taxe für 1 Kubikmeter umbauten Raum etwa 23,30 RM betragen. Beim Kleinsiedlungsbau dagegen ermäßigt sich die Taxe um rund 4 RM und außerdem sind die Nebenkosten viel niedriger, so daß die Gesamtherstellungskosten eines Kleinhauses bedeutend niedriger sind als die einer Volkswohnung. Die Einsparung ist so hoch, daß die Wohnfläche um fast 20 Quadratmeter vermehrt werden kann und sogar noch umfangreiches Nebengelaß vorhanden ist. So enthält das Haus in den Kleinsiedlungen in Ostpreußen[82]) 1 Küche, 2 geräumige Stuben, Vorflur, Keller, Stall, Holzstall, Abort mit zusammen 54,47 Quadratmeter Wohnfläche; diese Räume, d. h. also nur das

[80]) Die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1936, Bericht der deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. und der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G., S. 67.
[81]) Radek, Werner, Selbsthilfesiedlungen des Kreiskommunalverbandes Osterode (Ostpr.), Reichsheimstättenamt der DAF. und NSDAP., Heft 16 S. 10.
[82]) Ebenda S. 75.

Erd- und Kellergeschoß, erhält der Siedler im Gemeinschaftswege ausgebaut. Eine weitere Ausbaumöglichkeit bietet das Dachgeschoß mit zwei Zimmern und für den Fall des Umbaus des im Hause befindlichen Stallraumes einen weiteren neuen Raum. „Das vollkommen ausgebaute Siedlerhaus faßt neben den sonst üblichen Möbelstücken 11 Betten und dürfte somit auch den größten Familien gewachsen sein."

Wenn auch die Baukosten in Ostpreußen nicht überall als gültiger Maßstab angesehen werden können, so sind trotzdem die Kosten einer Kleinsiedlung unter Berücksichtigung der Preise, die in den vor den Toren der Reichshauptstadt gelegenen Landkreisen herrschen, immer noch geringer als die einer Volkswohnung.

Allerdings muß bei der Gegenüberstellung der Kosten eine Einschränkung gemacht werden.

Durch den Facharbeitermangel, der sich durch die Heranziehung zahlreicher Bauarbeiter zu den Westbefestigungen oft fühlbar bemerkbar machte, konnten in vielen Fällen nur weniger leistungsfähige Kräfte beschäftigt werden. Auch bei manchen Baustoffen, wie vor allem Eisen und Holz, war die Anlieferung ungenügend, so daß auf andere Materialien zurückgegriffen oder eine Aenderung der Bauausführung vorgenommen werden mußte, um Einsparungen dieser Rohstoffe zu erzielen. Dadurch haben sich in den letzten Jahren die Baukosten zum Teil nicht unwesentlich erhöht. Die Kostensteigerung hat aber den Geschoß- wie auch den Siedlungsbau gleichmäßig ergriffen, so daß sie für die Frage, welches der beiden Systeme billiger ist, ohne Bedeutung bleibt, weil ja das Wertverhältnis selbst sich nicht geändert hat. Wichtiger für den Kostenvergleich ist jedoch die Tatsache, daß die Bedingungen, unter denen die Bauvorhaben ausgeführt werden, nicht überall gleich sind.

Bei der Kostenberechnung spielt es zunächst eine Rolle, ob das Bauland vom Siedlungsträger erst erworben werden muß, oder ob der Siedlungsträger, z. B. eine Stadtgemeinde, Eigentümer des Landes ist. Im letzteren Falle wird der Preis niedriger sein, als wenn erst ein Kauf bzw. ein Enteignungsverfahren stattfinden muß. Dann kommt es darauf an, wo das Land liegt. Ist die Verkehrslage günstig, dann wird der Antransport der notwendigen Baustoffe billiger sein als bei schlechter Lage, wobei auch wieder zu berücksichtigen ist, ob Steinbrüche, Ziegeleien, Zementfabriken usw. in der Nähe sind oder nicht. Wichtig ist ferner, ob im örtlichen Bauhandwerk genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen oder ob die Arbeiter erst von weiter hergeholt werden und evtl. für deren Unterbringung gesorgt werden muß.

Alle diese Faktoren beeinflussen naturgemäß die Baukosten, so daß es in einem Fall leicht möglich ist, daß der Geschoßbau, in einem anderen, daß die Kleinsiedlung billiger ist. Von Bedeutung ist ferner, ob nur die reinen Baukosten angesetzt sind oder ob auch die Nebenkosten, wie Gas, Wasser, Einfriedung, Straßenanlage berücksichtigt sind. Wenn die örtlich verschiedenen Bedingungen nicht ausgeschaltet sind oder beim Kostenvergleich auf sie keine Rücksicht genommen wurde, kann je nach der Einstellung des Beobachters die Frage, welches Bausystem billiger sei, sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite beantwortet werden. Ein objektiv einwandfreies Urteil kann nur gefällt werden, wo Geschoßwohnungen und Kleinsiedlung unter gleichen Bedingungen errichtet wurden.

Bei einem von der Brandenburgischen Heimstätte in Basdorf (Kreis Niederbarnim) in den Jahren 1938 und 1939 durchgeführten Siedlungsvorhaben[83]) wurden sowohl Kleinsiedlungen als auch Geschoßwohnungen am gleichen Ort und unter gleichen Voraussetzungen erstellt. Hierbei hat sich nun erwiesen, daß die Kleinsiedlung tatsächlich mit geringeren Kosten zu errichten ist als die Volkswohnung im Geschoßbau.

Die Geschoßbauten (Bautyp VG 4 der Brandenburgischen Heimstätte) enthalten zwei Wohnungen im Erdgeschoß und zwei im Obergeschoß. Die Wohnung besteht aus einer Wohnküche, einem Zimmer und einer Kammer. Die Wohnfläche beträgt 43 Quadratmeter. Die Baukosten für diesen Typ belaufen sich auf 8600 RM je Wohnung. Daneben hat die Brandenburgische Heimstätte noch Geschoßbauten nach dem Typ G 2 aufgeführt. Der Bau entspricht genau dem Typ VG 4, also je zwei Wohnungen im Erd- und im Obergeschoß, bestehend aus Wohnküche, Zimmer und Kammer. Lediglich die Wohnfläche ist hier größer und beträgt rund 60 Quadratmeter. Die Baukosten stellen sich in diesem Fall auf 11 000 RM je Wohnung.

Bedeutend günstiger liegen die Verhältnisse bei der Kleinsiedlung. Die Bauausführung erfolgt nach dem Typ S 1 entweder als Doppelhaus oder als Einzelhaus. Es enthält im Erdgeschoß eine Wohnküche, ein Zimmer und eine Kammer, also ebensolche Räume wie die Volkswohnung, ferner sind am Haus angebaut eine Waschküche und ein Stall mit Hühnerstall. Außerdem befinden sich im Obergeschoß noch zwei Kammern. Die Wohnfläche beträgt rund 65 Quadratmeter. Die Baukosten je Siedlerhaus stellen sich auf

[83]) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf von der Brandenburgischen Heimstätte zur Verfügung gestellte bisher unveröffentlichte Unterlagen über Planung, Finanzierung und Ausführung der Siedlung in Basdorf.

8500 RM, wenn die Form des Doppelhauses, und auf 8700 RM RM, wenn die des Einzelhauses gewählt wird. In diesen Summen sind sowohl beim Geschoß- als auch beim Siedlungsbau die Lasten für den Straßenbau bereits enthalten.

Das Urteil über den Kostenstreit beim Mietwohnungs- und Siedlungsbau kann also dahin gefällt werden, das letzterem der Vorzug gebührt. Die Errichtung einer Volkswohnung kostet bei diesem von der Brandenburgischen Heimstätte durchgeführten Bauvorhaben 8600 RM, während die Siedlerwohnung nur 8500 RM kostet. Nur wenn der Siedler in einem Einzelhaus untergebracht wird, sind die Kosten gegenüber der Volkswohnung um 100 RM höher. Hierbei ist aber der Siedlerstelle mit einer Wohnfläche von 65 Quadratmetern nur die kleinere Volkswohnung mit einer Wohnfläche von 43 Quadratmetern gegenübergestellt. Obwohl also rein kostenmäßig der Unterschied nur gering ist, zeigt sich doch, daß die Kleinsiedlung eine weit bessere Befriedigung des Wohnbedürfnisses erlaubt als die Volkswohnung. Geht man richtiger von der Frage aus, wie sich die Kostengestaltung bei gleich großer Befriedigung des Wohnbedürfnisses verhält, so wird die Kostendifferenz noch deutlicher. Die eine etwa gleich große Wohnfläche aufweisende Volkswohnung erfordert 2300 bis 2500 RM höhere Baukosten als das Siedlungshaus. In beiden Fällen ist also im Siedlungsbau ein billigeres und besseres Wohnen möglich als in der Volkswohnung. Das bessere Wohnen bezieht sich allerdings nur auf den zur Verfügung stehenden größeren Raum, der — was für die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst besonders wichtig ist — noch ergänzt wird durch den Siedlungsgarten. Werden daneben auch noch die Annehmlichkeiten des Wohnens, wie z. B. Badeeinrichtung, berücksichtigt, so ist die Volkswohnung luxuriöser eingerichtet. Da man jedoch im Volkswohnungsbau bestrebt ist, zur Erreichung tragbarer Mieten die Kosten möglichst niedrig zu halten, ist auch die bessere Wohnungsausstattung nicht so beträchtlich, um die Vorzüge der Kleinsiedlung auszugleichen.

Die gegenüber der Volkswohnung geringeren Baukosten der Kleinsiedlung sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Nebenkosten niedriger sind. Die beim Geschoßbau schon aus hygienischen Gründen notwendigen Kläranlagen, Kanal usw. kommen bei der Kleinsiedlung in Fortfall, weil hier die Abwässer und Fäkalien zur Düngung benötigt werden. Darüber hinaus ließe sich noch eine weitere Verbilligung erzielen, wenn die Errichtung der Siedlerstelle nicht durch Bauunternehmer, sondern im Wege der Selbsthilfe, womöglich mit weitgehenden Eigenleistungen der Siedler vorgenommen wird, denn „bei Wohnungsbauten nehmen die um die Unternehmerzuschläge erhöhten Löhne etwa 27 v. H.“[84]) ein.

[84]) Schlemm, Kosten des Wohnungsbaus im Handwörterbuch des Wohnungswesens, Jena 1930, S. 442 ff.

Die Selbsthilfe wäre auch schon aus psychologischen Erwägungen zu fordern, weil ein Siedler, der beim Bau mitarbeitet und vielleicht einige Ersparnisse zuwendet, ein größeres Interesse an der Erhaltung und Verbesserung seines Besitzes hat. Ob in den nächsten Jahren Selbsthilfeleistungen möglich sein werden, erscheint bei der gegenwärtigen starken Anspannung der Siedler in ihren Hauptberufen fraglich. Die Forderung bleibt für spätere Zeiten trotzdem gültig.

d) Die Kosten des Wohnens

Die vorhergehenden Betrachtungen haben gezeigt, daß die Kosten der Wohnung im Kleinhaus niedriger liegen als die einer Wohnung im Etagenhaus. Zumindest können die Mietaufwendungen bei sehr vorsichtiger Beurteilung in beiden Fällen als ungefähr gleich angesehen werden, d. h. der für die Befriedigung des Wohnbedürfnisses aufzubringende Geldbetrag erreicht die gleiche absolute Höhe wie auch den gleichen Anteil am Lohneinkommen.

Die Verhältnisse ändern sich aber sofort, wenn nicht die Kosten der Wohnung, sondern „die Kosten des Wohnens" berücksichtigt werden. Im ersten Fall handelt es sich um die Feststellung des Geldbetrages, der vom Lohneinkommen als Miete abgezweigt werden muß. Bei den Kosten des Wohnens handelt es sich um die Belastung des Haushalts des Mieters durch die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses. Es sind zwei völlig verschiedene Kategorien, die sich wohl decken können und sich in den vergangenen Jahrzehnten auch gedeckt haben, so daß fast in der gesamten die Wohnungsfrage behandelnden Literatur die Belastung durch In-Beziehung-Setzen vom Mietzins zum Lohneinkommen ausgedrückt wurde. Solche Darstellung ist nur dann richtig, wenn der Arbeitslohn die einzige Einkommenquelle ist, aus der sämtliche Bedürfnisse befriedigt werden müssen. In einem derartigen Fall entspricht der Anteil der Miete am Arbeitslohn der tatsächlichen Belastung. Es ist aber übersehen worden, daß neben dem Lohn, d. h. der in Geld ausgedrückten Arbeitsleistung auch eine Leistung der Güter steht.

Aus diesem Grunde ist auch die Mietbelastung nicht am Lohneinkommen zu messen, sondern an der Bedürfnisskala, die eine mehr oder weniger große Befriedigung erfahren kann. Die Unterscheidung zwischen Mietpreis und Belastung ist daher keine theoretische Frage. Ihr kommt gerade in dem Streit über die Vorteile der Mietwohnung oder der Kleinsiedlung erhöhte praktische Bedeutung zu. Der Vermehrung der gesamten Einkünfte und damit einer erhöhten Bedürfnisbefriedigung sind in der Mietwohnung enge Grenzen gesetzt.

Anders liegen die Verhältnisse bei der Kleinsiedlung. Schon die Wohnfläche weist einen größeren Umfang auf als eine Mietwohnung der gleichen Preislage. Das Wohnbedürfnis wird besser befriedigt, die Räume sind durch die flache und auseinandergezogene Bauweise gesünder. Dazu kommt, daß der Garten als ein weiterer Raum anzusehen ist, der darüber hinaus in viel weiterem Sinne Produktionsfaktor ist, als es die Mietwohnung jemals sein kann. Die Kleinsiedlung mit Garten und Stallung gibt dem Bewohner die Möglichkeit, einen Teil seines Nahrungsbedarfes selbst zu erzeugen. Das Einkommen wird um den Betrag, der für die selbst erzeugten Lebensmittel nicht ausgegeben zu werden braucht, für andere Bedürfnisse frei. Die Wirtschaftskraft des Siedlers wird gestärkt und sein Lebensstandard gehoben, da er nun Mittel frei hat für Bedürfnisse, die er sonst nicht befriedigen kann. Aber das bedeutet nichts anderes als die Verminderung der Belastung seines Haushalts trotz gleichgebliebenem Mietpreise.

Daß eine nennenswerte Verbesserung der Lebenshaltung möglich ist, zeigen die Ergebnisse der bisher bereits durchgeführten Siedlungen.

So kommt eine Untersuchung von Laupheimer[85]) über die Brandenburgische und Grenzmärkische Kleinsiedlung — also in einem Gebiet, das bekanntlich eine geringe Bodengüte aufweist — zu günstigen Ergebnissen. Danach gewährt eine Bodenfläche von etwa einem halben Morgen Land einen reinen Ertragswert von rund 190 RM, wobei die Erzeugung auf Gemüse, Kartoffeln und Obst beschränkt ist. Wird gleichzeitig noch Kleintierzucht (bei Futterzukauf) betrieben, so steigt dieser Ertrag bei gleicher Bodenfläche auf das Doppelte. Bei diesen Werten ist zu berücksichtigen, daß inzwischen eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte vorgenommen wurde, so daß der Ertrag preismäßig noch höher anzusetzen ist. „Der Ertag eines gut geführten Siedlergartens bringt monatlich durchschnittlich 20 RM für Gemüse und Pflanzen, der der Tierhaltung beträgt monatlich mindestens 15 RM“[86]). Ein ähnliches Ergebnis zeigt der Wettbewerb für die Werksiedlung Eisenberg (Pfalz).

Die Gesamtkosten für Pflanz- und Saatgutbedarf betragen 18,82 RM. Der Erntewert von 380,78 Quadratmeter beträgt (ohne Küchengarten) annähernd 155,40 RM. Die Obstertragsberechnung im voll ertragsfähigen Alter ergibt 154,55 RM.

---

[85]) Gertrud Laupheimer und Marie Högel-Wertenson, Die vorstädtische Kleinsiedlung in der Mark Brandenburg und in der Grenzmark, Berlin 1935, S. 40 ff.

[86]) Die Deutsche Heimstättensiedlung, herausgegeben vom Reichsheimstättenamt der NSDAP. und der DAF., Heft 14 S. 20.

Unter Zugrundelegung dieser Ertragsrechnungen würde durch die Kleinsiedlung eine monatliche Mietersparnis von etwa 25 bis 30 RM erreicht werden. In der vorerwähnten Untersuchung von Laupheimer stellt denn auch die Kleinsiedlung bei rund 4/5 der Siedler eine Verbesserung und Verbilligung des Wohnens (bis zu 600 RM jährlich) dar, während nur bei rund 6 v. H. eine Verteuerung der Wohnverhältnisse eingetreten ist. Im allgemeinen wird die Mietersparnis nur mit ca. 20 RM monatlich angesetzt[87]). Der Satz von 20 RM muß aber als zu niedrig bezeichnet werden. Die oben angeführten Berichte über die mit Hilfe der Partei und der Arbeitsfront errichteten Heimstätten-Siedlungen zeigen bei sehr kleiner gärtnerischer Nutzfläche schon höhere Erträge.

Die im Laufe der letzten Jahre erfolgte leichte Erhöhung der Nahrungsmittelpreise hat zu einer Schließung der „Preisschere" geführt. Werden nun die im Preise gestiegenen Produkte selbst erzeugt — wobei außerdem die Gartenpflanzen einen größeren Nährwert aufweisen als die Feldfrüchte, so wird der sonst dafür aufzuwendende Betrag frei und ermöglicht eine entsprechend umfangreichere Befriedigung der übrigen Bedürfnisse.

[87]) So z. B. Hoffmann, T. A., Nebenberufliche Landsiedlung, Dresden 1931, S. 14; Migge, Beitrag zur Denkschrift über Arbeitsbeschaffung durch nebenberufliche Landsiedlung, Berlin-Charlottenburg 1933, S. 12 ff.

Zusammenfassung

Mit der schnellen Aufwärtsentwicklung der deutschen Industrie waren für den Geburtenüberschuß reiche Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben. Die überseeische Auswanderung ging immer mehr zurück und die Bevölkerungszahl Deutschlands stieg rasch an. Mit der Volkszunahme ging ein Wandel in der Siedlungsweise einher. Die Menschenmassen strömten in die Städte und Industriezentren. Es entstand die Mietkaserne mit den luft- und lichtlosen Wohnungen, in denen auf engem Raum nicht selten mehrere Haushaltungen zusammengedrängt waren.

Hier in den Großstädten trat zuerst langsam, dann immer ausgeprägter ein Umschwung in der Geburtenentwicklung ein. Viele Gründe wurden angeführt, um diese bedrohliche Erscheinung zu erklären. Keine der Theorien ist geeignet, den Geburtenschwund auf eine einzige causa zurückzuführen, es sei denn, man sieht die causa in der veränderten geistig-seelischen Haltung des Volkes. Daß hierin eine Wandlung eingetreten ist, ist unzweifelhaft und insofern könnte der Geburtenrückgang daraus allein hergeleitet werden. Da die psychische Veränderung aber von irgendwelchen anderen Faktoren ausgelöst sein muß, von denen einer in den Wohnungsverhältnissen zu suchen ist, kann nur ihre Beseitigung den Geburtenrückgang aufhalten.

Es liegt in der Natur einer, in der Hauptsache doch psychologisch bedingten Erscheinung, wie der Geburtenbewegung, daß die auf sie wirkenden Ausstrahlungen, sei es nun von der Wohnung, dem Einkommen, der sozialen Stellung der Familien oder anderer Faktoren, zweifellos vorhanden sind, daß es aber nicht möglich ist, den kausalen Zusammenhang in eine mathematisch genaue Korrelation zu bringen. So konnte und durfte die vorliegende Untersuchung nicht darauf gerichtet sein, den Grad der Korrelation zwischen den Wohnungsverhältnissen und der Geburtenziffer nachzuweisen, sollte der Vorwurf einer wesenswidrigen Abstraktion vermieden werden, sondern es konnte nur geprüft werden, welche Beeinflussung vorhanden ist.

Mit der Verstädterung des deutschen Volkes und der veränderten Wohn- und Siedlungsweise setzte der Geburtenrückgang ein. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, daß er dort besonders ausgeprägt

war, wo eine Wohnungsüberfüllung herrschte. Die Folgerung, die daraus gezogen werden muß, lautete: Schaffung von ausreichenden und möglichst billigen Wohnungen. Da ein umfangreiches Bauprogramm das dafür notwendige Kapital auf lange Zeit festlegt und anderer Verwendung entzieht, blieb jedoch zu prüfen, ob der Wohnungsbau gerechtfertigt ist oder ob die Ueberalterung des deutschen Volkes und die dadurch zu erwartende höhere Sterblichkeit von selbst einen Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt herbeiführen würde. Der große Wohnungsfehlbestand, die vorzunehmenden Ersatzbauten für die unterbliebenen Abbrüche, die aus sozialen hygienischen und städtebaulichen Gründen notwendigen Neubauten ließen die Erwartung eines selbsttätigen Ausgleiches nicht gerechtfertigt erscheinen.

Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn die neue Staatsführung aktiv in die Baupolitik eingreift und durch materielle Beihilfen und Bereitstellung von Wohnungen den Geburtenrückgang bekämpfen will. Besondere Bedeutung kommt dabei wieder der Kleinsiedlung zu, die nicht nur ausreichende Befriedigung des Wohnbedürfnisses gewährleistet, sondern darüber hinaus auch die wirtschaftliche Lage der Siedler verbessert.

Läßt sich aber bei unserer Raumnot ein derartiges Programm durchführen? Gewiß sind wir „ein Volk ohne Raum". Gerade das zwingt uns nun, den vorhandenen Boden nach besten Kräften auszunützen, dünn besiedelte Gebiete aufzufüllen und Oedländereien zu kultivieren. „Wenn wir 4 Millionen Heimstättensiedlungen für deutsche Arbeiter aufbauen mit durchschnittlich 1 Morgen Eigenland und Pachtland, dann ist der Landbedarf mit 1 Million Hektar nur einige Prozent des Kulturlandes und weniger, als noch durch Meliorationen gewonnen werden kann"[88]).

Machen wir uns die Forderung von Ludowici nach einer Größe der Siedlerstelle von einem Morgen zu eigen — wir haben gesehen, daß sogar schon die Hälfte ausreichend ist, —, dann lassen sich, wenn die Meliorations- und Landgewinnungsarbeiten energisch fortgesetzt werden und von der Möglichkeit der landwirtschaftlichen Entschuldung durch Landabgabe weitgehend Gebrauch gemacht wird, etwa 9 bis 10 Millionen Siedlerstellen schaffen, wobei das Bauernland nur mit rund 3 v. H. seines jetzigen Bestandes in Anspruch genommen zu werden braucht.

In dieser Feststellung liegt jedoch keine Forderung. So erstrebenswert die Errichtung zahlreicher Kleinsiedlungen auch ist, so ist die Durchführung eines solchen Siedlungsprogramms doch davon ab-

[88]) Ludowici, Das deutsche Siedlungswerk, Heidelberg 1935, S. 12.

hängig, wie weit die Industrieverlagerung vorgenommen wird und wie der Verkehr ausgebaut wird. Schließlich ist es auch noch davon abhängig, ob genügend geeignete Menschen zur Verfügung stehen oder wenigstens durch Aufklärung und Schulung für dieses Ziel gewonnen werden können.

Jedenfalls eröffnen sich hier noch große Möglichkeiten, die besonders im Hinblick auf unsere Ernährungslage voll ausgenutzt werden müssen. Der Weg ist damit vorgezeichnet, wenn auch die Erfüllung im großen der Zukunft vorbehalten bleibt. Schaffung einer ausreichenden räumlichen Grundlage für die Familie nicht in der kinderfeindlichen großstädtischen Mietkaserne, sondern in naher Verbindung mit der Natur ist die wichtigste Aufgabe. Erst dann wird die Vollfamilie wieder zur Norm werden und der Bestand des deutschen Volkes gesichert sein.

Literaturverzeichnis

Altenrath, J.: Das Schlafgängerwesen und seine Reform, Berlin 1919.

Blaschko, A.: Geburtenrückgang und Geschlechtskrankheiten, Leipzig 1914.

Bornträger, J.: Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Bewertung und Bekämpfung, Würzburg 1913.

Brentano, Lujo: Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien, München 1909.

Brutzer, Gustav: Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, München-Leipzig 1912.

Budge, Siegfried: Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte, Karlsruhe 1912.

Bücher: Die Wohnungsenquete der Stadt Basel, Basel 1891.

Büsselberg, Wilhelm: Vom Geiste der Wirtschaft, Berlin 1926.

Burgdörfer, Friedrich: Volk ohne Jugend, Berlin-Grunewald 1934, 2. Auflage.
Zurück zum Agrarstaat?, Berlin-Grunewald 1935.
Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich, Heidelberg-Berlin 1938.

Cahn, Ernst: Das Schlafstellenwesen in den deutschen Großstädten, Stuttgart 1898.

Conrad, J.: Grundriß der politischen Oekonomie, IV. Statistik, 1 und 2, Jena 1910, 1913.

Damaschke, Adolf: Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not, Jena 1913, 8. Auflage.

Die Entwicklung der Deutschen Bauwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1936, Bericht der deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. und der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Aktiengesellschaft.

Erbs: Die Widerstände gegen den Flachbau, in „Die Wohnung", 12. Jahrgang, 1937, Heft 1.

Fey, Walter: Leistungen und Aufgaben im Deutschen Wohnungs- und Siedlungsbau, Sonderheft des Instituts für Konjunkturforschung 42, Berlin 1936.
Der künftige Wohnungs- und Siedlungsbau, Sonderheft 45 des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin 1939.

Flügge, C.: Großstadtwohnung und Kleinhaussiedlung in ihrer Einwirkung auf die Volksgesundheit, Jena 1916.

Forberger: Geburtenrückgang und Konfession, Berlin 1914.

Fuchs: Wohnungsfrage und Wohnungswesen in H. d. St., Jena 1929, 4. Auflage, Ergänzungsband.

Gossen, Hermann, Heinrich: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig 1854.

Grotjahn, A.: Geburtenrückgang und Geburtenregelung im Lichte der individuellen und sozialen Hygiene, Berlin 1914.

Hövel, Paul: Grundfragen deutscher Wirtschaftspolitik, Berlin 1935.

Hoffmann, P. A.: Nebenberufliche Landsiedlung, Dresden 1931.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik: Bd. 146 4. Folge, Bd. 33.

Kahsenbrecht, Rich.: Unorganische Entwicklung von Stadt und Land, das Schicksalproblem aller Völker und Kulturen, Referat, gehalten auf dem IVe Congrès International pour L'Embelissement de la Vie Rurale Liège 1930.

Laupheimer, Gertrud, und Högel-Wertenson, Marie: Die vorstädtische Kleinsiedlung in der Mark Brandenburg und in der Grenzmark, Berlin 1935.

Lehrmann, Ernst-Günther: Großstadtwachstum und Geburtenrückgang, Berliner Dissertation 1937, Bochum-Langendreer 1937.

Ludowici: Das deutsche Siedlungswerk, Heidelberg 1935.

Malthus, Thomas-Robert: Essay on the principle of population, nach der Uebersetzung von F. H. Hegewisch, Altona 1807.

v. Mayr, Georg: Statistik und Gesellschaftslehre, Bd. II, Bevölkerungsstatistik, Tübingen 1897.

Migge: Beitrag zur Denkschrift über Arbeitsbeschaffung durch nebenberufliche Landsiedlung, Berlin-Charlottenburg 1933.

Mombert, Paul: Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland, Karlsruhe 1907.

Oldenberg, K.: Ueber den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 32 und 33.

Pohle, Ludwig: Die Wohnungsfrage, Bd. II, Berlin-Leipzig 1920.

Reichsheimstättenamt der NSDAP. und DAF.: Die Deutsche Heimstättensiedlung, Heft 1.
Selbsthilfesiedlungen des Kreiskommunalverbandes Osterode, Heft 16.
Zwei pfälzische Siedlungswettbewerbe und ihr Ergebnis, Berlin 1935.

Schott, S.: Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871—1910. Schriften des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Breslau 1912.

Schriften des Bayerischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens: Heft 3 und 5, München 1911.

Schwan, Bruno: Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland, Schriften des Vereins für Wohnungsreform e. V., Heft 7, Berlin 1929.

Sombart, Werner: Die Deutsche Volkswirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Berlin 1903.

Statistisches Material: Bände zur Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 57, 68, 240, 362, 401, 407,
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1900 ff.,
Preußische Statistik, Bd. 188 und 299,
Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 1900—1913.

Wagner, Karl: Dürfen wir noch bauen?, Berlin 1933, Schriften des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Heft 11.

Wingen, Oskar: Die Bevölkerungstheorien der letzten Jahre, Stuttgart und Berlin 1915.

Wolf, Julius: Der Geburtenrückgang, die Rationalisierung des Sexuallebens, Jena 1912.
Die neue Sexualmoral und das Geburtenproblem unserer Tage, Jena 1928.

Zahn, Friedrich: Das Deutsche Volk, im Handbuch der Politik, Bd. II, Berlin und Leipzig 1912/13.

Handwörterbuch des Wohnungswesens, Jena 1930.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Jena 1924/29.

Völkischer Beobachter.

Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 1933 ff., insb. Sonderheft 15, Berlin 1935.

Zeitschrift „Die Wohnung“ und „Deutsche Wohnwirtschaft“, Jahrgang 1933 ff.

Lebenslauf

Am 18. Februar 1912 wurde ich in Berlin geboren.

Nach Ablegung der Reifeprüfung am Realgymnasium zu Berlin-Niederschönhausen ließ ich mich im Sommer-Semester 1930 bei der juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin einschreiben. Im Winter-Semester 1934 wechselte ich zur philosophischen Fakultät.

Am 3. Dezember 1935 legte ich die Diplomprüfung für Volkswirte ab und studierte noch zwei weitere Semester Volkswirtschaftslehre.

Die vorliegende Arbeit schloß ich im August 1939 ab.

Herbert Haupt.

Tabelle 1

Die Wanderungsbewegung in den einzelnen Reichsteilen*)

Von 1840 bis 1910 betrug der Wanderungsverlust für		der Wanderungsgewinn für	
Ostpreußen	739 300	Berlin	948 500
Westpreußen	603 100	Hamburg	493 200
Pommern	744 100	Sachsen	318 600
Posen	877 900	Rheinland	429 400
Schlesien	673 400	Westfalen	322 100
Sachsen	542 900		
Hannover	401 900		
Bayern	764 100		
Württemberg	607 200		
Baden	303 300		
Elsaß-Lothringen	475 600		

*) Art. Wanderungen im W. d. V., Jena 1933.

Tabelle 2

Die großstädtischen Gemeinden in ihrer Entwicklung vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1910*)

Gemeinde	Einwohnerzahl Gemarkungsfläche	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche in ha zur Zeit der Volkszählung am 1. 12. 1871	1. 12. 1890	1. 12. 1910	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche des Jahres 1910 (1871 = 100)
Aachen	Einwohnerzahl	74 146	103 470	156 143	210,6
	Gemarkungsfläche	3 056	3 056	5 062	165,6
Altona	Einwohnerzahl	74 102	143 249	172 628	233,0
	Gemarkungsfläche	434	2 180	2 180	502,0
Augsburg	Einwohnerzahl	51 220	75 629	102 487	200,1
	Gemarkungsfläche	2 186	2 186	3 140	143,6
Barmen	Einwohnerzahl	74 449	116 144	169 214	227,3
	Gemarkungsfläche	2 173	2 173	2 173	100,0
Berlin	Einwohnerzahl	825 937	1 578 794	2 071 257	250,8
	Gemarkungsfläche	5 923	6 338	6 352	107,2
Berlin-Schöneberg	Einwohnerzahl	4 555	28 721	172 823	3794,1
	Gemarkungsfläche	947	947	947	100,0
Berlin-Wilmersdorf	Einwohnerzahl	1 662	5 164	109 716	6601,4
	Gemarkungsfläche	838	838	833	99,4
Bochum	Einwohnerzahl	21 192	47 601	136 931	646,1
	Gemarkungsfläche	602	616	2 687	441,2
Braunschweig	Einwohnerzahl	57 883	101 047	143 552	248,0
	Gemarkungsfläche	2 687	2 713	2 783	103,6
Bremen	Einwohnerzahl	82 807	125 684	247 437	298,8
	Gemarkungsfläche	1 719	2 312	5 335	310,4

*) Statistik des Deutschen Reiches Bd. 240 S. 69 f.

Gemeinde	Einwohnerzahl Gemarkungsfläche	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche in ha zur Zeit der Volkszählung am 1. 12. 1871	1. 12. 1890	1. 12. 1910	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche des Jahres 1910 (1871 = 100)
Breslau	Einwohnerzahl	207 997	335 186	512 105	246,2
	Gemarkungsfläche	3 036	3 036	4 229	139,3
Cassel	Einwohnerzahl	46 362	72 477	153 196	330,4
	Gemarkungsfläche	1 768	1 773	3 919	221,7
Charlottenburg	Einwohnerzahl	19 518	76 859	305 978	1567,7
	Gemarkungsfläche	2 012	2 088	2 343	116,5
Chemnitz	Einwohnerzahl	68 229	138 954	287 807	421,8
	Gemarkungsfläche	1 263	1 636	4 373	346,2
Cöln	Einwohnerzahl	129 233	281 483	516 527	399,7
	Gemarkungsfläche	770	10 860	11 488	1491,9
Crefeld	Einwohnerzahl	57 105	105 376	129 406	226,6
	Gemarkungsfläche	2 074	2 074	4 751	229,1
Danzig	Einwohnerzahl	88 975	120 338	170 337	191,4
	Gemarkungsfläche	1 500	1 977	3 667	244,5
Dortmund	Einwohnerzahl	44 813	89 663	214 226	478,0
	Gemarkungsfläche	2 773	2 766	3 078	111,0
Dresden	Einwohnerzahl	177 089	276 522	548 308	309,6
	Gemarkungsfläche	3 001	2 001	6 763	225,4
Duisburg	Einwohnerzahl	30 533	59 285	229 483	751,6
	Gemarkungsfläche	3 753	3 753	7 073	188,5
Düsseldorf	Einwohnerzahl	69 365	144 642	358 728	517,2
	Gemarkungsfläche	4 864	4 864	11 155	229,3
Elberfeld	Einwohnerzahl	71 384	125 899	170 195	238,4
	Gemarkungsfläche	2 844	3 132	3 133	110,2
Erfurt	Einwohnerzahl	43 616	72 460	111 463	255,6
	Gemarkungsfläche	4 375	4 375	4 470	102,2

Gemeinde	Einwohnerzahl Gemarkungsfläche	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche in ha zur Zeit der Volkszählung am 1. 12. 1871	1. 12. 1890	1. 12. 1910	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche des Jahres 1910 (1871 = 100)
Essen	Einwohnerzahl	51 513	78 706	294 653	572,0
	Gemarkungsfläche	881	881	3 875	439,8
Frankfurt a. M.	Einwohnerzahl	91 040	179 985	414 576	455,4
	Gemarkungsfläche	6 965	7 435	13 477	193,5
Gelsenkirchen	Einwohnerzahl	7 825	28 057	169 513	2166,3
	Gemarkungsfläche	262	262	3 083	1176,7
Halle	Einwohnerzahl	52 620	101 401	180 843	343,7
	Gemarkungsfläche	2 415	2 554	4 049	167,7
Hamborn	Einwohnerzahl	—	—	101 703	—
	Gemarkungsfläche	—	—	2 243	—
Hamburg	Einwohnerzahl	300 504	569 260	931 035	309,8
	Gemarkungsfläche	6 344	6 344	7 793	122,8
Hannover	Einwohnerzahl	87 626	163 593	302 375	345,1
	Gemarkungsfläche	2 467	2 482	9 953	403,4
Karlsruhe	Einwohnerzahl	36 582	73 684	134 313	367,2
	Gemarkungsfläche	284	1 144	4 432	1560,6
Kiel	Einwohnerzahl	31 764	69 172	211 627	666,2
	Gemarkungsfläche	1 513	1 547	3 897	257,6
Königsberg i. Pr.	Einwohnerzahl	112 092	161 666	245 994	219,5
	Gemarkungsfläche	2 042	2 035	4 446	217,7
Leipzig	Einwohnerzahl	106 925	295 025	589 850	551,6
	Gemarkungsfläche	1 738	3 509	7 364	423,7
Magdeburg	Einwohnerzahl	84 401	202 234	279 629	333,3
	Gemarkungsfläche	3 444	5 503	10 803	313,7
Mainz	Einwohnerzahl	53 902	72 059	110 634	205,3
	Gemarkungsfläche	125	358	3 100	2480,0

Gemeinde	Einwohnerzahl Gemarkungsfläche	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche in ha zur Zeit der Volkszählung am 1. 12. 1871	1. 12. 1890	1. 12. 1910	Einwohnerzahl und Gemarkungsfläche des Jahres 1910 (1871 = 100)
Mannheim	Einwohnerzahl	39 606	79 058	193 902	489,6
	Gemarkungsfläche	2 384	2 384	7 388	309,9
Mülheim a. d. R.	Einwohnerzahl	14 267	27 903	112 580	789,1
	Gemarkungsfläche	367	811	7 008	1909,5
München	Einwohnerzahl	169 693	349 024	596 467	351,5
	Gemarkungsfläche	3 551	6 399	8 871	249,8
Neukölln	Einwohnerzahl	8 125	35 702	237 289	2920,5
	Gemarkungsfläche	1 102	1 102	1 188	107 8
Nürnberg	Einwohnerzahl	83 214	142 590	333 142	400,3
	Gemarkungsfläche	1 129	1 132	6 564	581,4
Plauen	Einwohnerzahl	23 335	47 007	121 272	519,3
	Gemarkungsfläche	1 290	1 313	3 134	242,9
Posen	Einwohnerzahl	56 374	69 627	156 691	277,9
	Gemarkungsfläche	943	943	3 391	359,6
Saarbrücken	Einwohnerzahl	7 680	13 812	105 089	1368,3
	Gemarkungsfläche	1 140	1 140	5 139	450,8
Stettin	Einwohnerzahl	76 280	116 228	236 113	309,5
	Gemarkungsfläche	6 027	6 039	6 709	111,3
Stuttgart	Einwohnerzahl	91 623	139 817	286 218	312,4
	Gemarkungsfläche	2 980	2 980	6 520	218,8
Wiesbaden	Einwohnerzahl	35 450	64 670	109 002	307,5
	Gemarkungsfläche	3 603	3 603	3 606	100,1
zusammen	Einwohnerzahl	3 944 633	7 304 827	13 644 457	343,0
	Gemarkungsfläche	99 844	132 832	239 967	210,0

Tabelle 3

Von 1000 Personen der Gesamtbevölkerung entfielen*) auf die Altersgruppen	1871	1880	1890	1900	1910	1910	1925
		früheres Reichsgebiet				jetz. Reichsgeb.	
unter 5 Jahre . .	127	137	128	129	120	121	94
5 bis unter 10 Jahre	113	115	112	114	114	113	64
10 „ „ 15 „	104	103	110	104	107	105	106
15 „ „ 20 „	91	94	98	94	97	97	105
20 „ „ 25 „	86	86	86	90	86	86	99
25 „ „ 30 „	78	73	76	80	77	78	85
30 „ „ 40 „	133	130	128	131	139	140	142
40 „ „ 50 „	107	104	104	101	105	105	124
50 „ „ 60 „	84	80	78	78	76	77	96
60 „ „ 70 „	52	53	52	51	51	50	60
70 „ „ 80 „	21	21	24	23	23	23	26
80 Jahre u. darüber	6	4	4	5	5	5	5
insgesamt	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000

*) Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 401 S. 555.

Tabelle 4

Kinder, Erwerbsfähige, alte Leute 1910 und 1925*)

Altersklassen in Jahren	Grundzahlen insgesamt	männlich	weiblich	vom Hundert insges.	männl.	weibl.
		1925				
unter 15 Jahren .	16 071 858	8 141 959	7 929 899	25,7	27,0	24,6
15 bis 65 Jahre . .	42 745 148	20 466 969	22 278 179	68,5	67,8	69,2
65 Jahre u. darüber	3 593 613	1 587 895	2 005 718	5,8	5,8	6,2
		1910				
unter 15 Jahren .	19 583 729	9 830 032	9 753 697	33,9	34,5	33,3
15 bis 65 Jahre . .	35 352 931	17 408 070	17 944 861	61,2	61,1	61,2
65 Jahre u. darüber	2 861 767	1 251 744	1 610 023	4,9	4,4	5,5
		Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber 1910				
unter 15 Jahren .	— 3 511 871	— 1 688 073	— 1 823 718	— 17,9	— 17,2	— 18,7
15 bis 65 Jahre . .	+ 7 392 217	+ 3 058 899	+ 4 333 318	+ 20,9	+ 17,6	+ 24,1
65 Jahre u. darüber	+ 731 846	+ 336 151	+ 395 695	+ 25,6	+ 26,9	+ 24,6

*) Angeführt bei Burgdörfer, Friedrich, Volk ohne Jugend, 2. Auflage, Berlin-Grunewald 1934, S. 121.

Tabelle 5

Provinz	auf ein bewohntes Gebäude kommen Personen		auf ein bewohntes Gebäude kommen Haushaltungen		auf eine Haushaltung kommen Personen		von 100 Einwohnern sind einzeln lebende selbständige Personen	
	1. 12. 1880	1. 12. 1890	1. 12. 1880	1. 12. 1890	1. 12. 1880	1. 12. 1890	1. 12. 1880	1. 12. 1890
Ostpreußen	10,25	9,94	2,08	2,07	4,94	4,81	0,88	1,17
Westpreußen	10,51	10,19	2,07	2,05	5,08	4,98	0,70	0,97
Brandenburg	12,92	9,74	2,85	2,18	4,53	4,46	1,29	1,63
nur Berlin	44,74	52,64	10,25	12,30	4,36	4,28	1,39	1,46
Pommern	10,57	9,97	2,12	2,08	4,98	4,80	0,39	1,63
Posen	10,82	10,49	2,11	2,08	5,12	5,04	0,79	1,21
Schlesien	9,19	9,23	2,08	2,15	4,41	4,30	1,76	1,09
Sachsen	8,01	8,23	1,78	1,84	4,51	4,48	1,38	2,20
Schleswig-Holstein	7,38	7,49	1,61	1,64	4,58	4,55	1,47	1,60
Hannover	7,07	7,19	1,50	1,51	4,72	4,75	1,24	1,72
Westfalen	7,86	8,65	1,51	1,63	5,19	5,30	0,73	1,30
Hessen-Nassau	7,38	7,51	1,56	1,59	4,73	3,72	1,29	1,41
Rheinland	7,22	7,83	1,47	1,59	4,90	4,94	1,11	1,23
Hohenzollern	5,33	5,11	1,22	1,18	4,38	4,33	1,61	2,16
Preußen	8,76	9,03	1,85	1,93	4,75	4,69	1,19	1,42
Bayern	6,66	6,87	1,41	1,44	3,71	4,78	1,36	1,45
Sachsen	7,85	10,80	1,73	2,44	4,53	4,43	1,41	1,66
Württemberg	6,88	7,01	1,54	1,53	4,47	4,59	2,18	2,01
Baden	7,38	7,52	1,51	1,56	4,87	4,81	1,17	1,41
Großherzogtum Hessen	7,00	7,06	1,49	1,51	4,68	4,67	1,49	1,50
übrige Staaten*)	8,00	8,00	1,56	1,68	4,60	4,60	1,55	1,60
Deutsches Reich ohne Elsaß-Lothringen	8,03	8,45	1,71	1,82	4,69	4,66	1,34	1,51

Bände zur Statistik des Deutschen Reiches, Bd 57, S. 72 ff., Bd. 68, S. 42 ff.

*) Abgerundet.

Tabelle 6

Rückblick auf die Entwicklung der preußischen Bevölkerung von 1875 bis 1908*)

Jahr	Städte			Land		
	Geburtsziffer	Heiratsziffer	Sterbeziffer	Geburtsziffer	Heiratsziffer	Sterbeziffer
1867	37,5	20,0	29,2	39,2	17,9	26,5
1868	38,1	18,6	30,6	38,8	17,2	28,3
1869	39,1	18,8	29,0	40,0	17,4	26,6
1870	39,8	16,2	29,8	40,5	14,2	27,2
1871	34,9	17,1	34,4	35,8	15,4	28,2
1872	41,8	22,1	32,3	41,5	19,7	30,6
1873	40,9	21,8	31,8	41,6	19,2	28,6
1874	42,2	21,1	29,5	41,8	18,3	26,5
1875	40,3	19,9	28,3	43,0	16,9	27,5
1876	42,7	18,9	29,4	42,7	16,5	26,4
1877	42,0	18,2	29,0	41,6	15,0	26,5
1878	41,1	17,6	29,4	40,2	14,6	26,5
1879	41,1	17,5	28,4	40,6	14,3	25,4
1880	38,6	16,9	28,5	40,4	14,6	26,6
1881	38,0	17,0	27,6	39,0	14,5	25,9
1882	37,9	17,3	27,7	40,0	14,9	26,6
1883	37,2	17,6	28,2	39,5	15,0	26,6
1884	37,6	17,9	28,2	40,1	15,2	26,7
1885	37,5	18,2	27,4	40,5	15,3	26,9
1886	37,3	18,2	28,3	40,7	15,3	27,4
1887	37,0	18,1	25,5	40,8	14,8	25,4
1888	36,8	18,3	24,3	40,6	14,8	24,5
1889	36,9	18,6	25,3	39,9	15,0	24,4
1890	36,0	18,7	25,3	39,5	15,1	25,5
1891	37,1	18,7	24,5	40,6	14,9	24,1
1892	35,8	17,9	24,6	38,9	15,0	24,9
1893	35,9	17,8	25,4	40,9	15,2	25,7
1894	35,2	17,8	22,7	39,9	14,9	23,4
1895	35,1	17,9	23,1	40,5	15,0	23,2
1896	35,4	18,6	21,9	40,5	15,2	22,3
1897	35,4	19,1	22,1	39,9	15,4	22,5
1898	35,6	19,2	21,5	40,2	15,5	21,4
1899	35,1	19,2	22,6	39,8	15,7	22,9
1900	34,8	19,3	23,1	39,5	15,7	23,1
1901	34,5	18,2	21,6	40,2	15,6	22,0
1902	33,3	17,4	19,9	39,8	15,1	20,9

*) Preußische Statistik, Bd. 188, S. 15.

Tabelle 7

Stadt	Bewohnte Wohnungen überhaupt	Wohnungen überhaupt und solche mit Schlafgängern nach der Zahl der heizbaren Zimmern 0	1	2	3	4 u. mehr	Wohnungen mit Schlafgängern insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8
1895							
1. Berlin	490 709*)	5783	202 943	111 773	45 046	44 145	52 414*)
2. Stuttgart	33 082	152	113 42	8 505	5 580	7 503	2 023
3. Ulm	7 595	31	3 703	1 796	887	1 178	510
4. Heilbronn	6 996	—	3 025	1 723	1 026	1 222	458
5. Cannstatt	4 946	—	2 240	1 321	678	707	247
6. Eßlingen	4 309	—	2 210	1 083	521	495	115
1900							
7. Magdeburg	53 846	278	26 921	12 265	14	382	3 794
1905							
8. Breslau	114 308	50	235	36 575	15 677	11 821	9 538
9. Leipzig	116 430	59	27 033	44 046	25 023	20 269	12 134

*) Spalte 2: Darunter 19 Wohnungen mit unbekannter Zimmerzahl.
Spalte 8: Darunter 3 Wohnungen mit unbekannter Zimmerzahl.

Tabelle 7

Zahl der Schlafgängerwohnungen mit ... heizbaren Zimmern					Von 100 bewohnten Wohnungen mit ... heizbaren Zimmern sind mit Schlafgängern belegt				
0	1	2	3	4 u. mehr	0	1	2	3	4 u. mehr
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
294	29 787	19 261	2452	617	5,08	14,67	17,23	5,44	1,39
5	754	830	319	115	3,28	6,64	9,75	5,71	1,53
1	258	165	55	31	3,22	6,96	9,18	6,20	2,63
—	254	146	46	12	—	8,39	8,47	4,48	0,98
—	102	100	30	15	—	4,55	7,57	4,42	2,12
—	50	36	22	7	—	2,26	3,32	4,22	1,41
12	1 578	1 388	81	6	4,31	5,86	11,31	5,6	7
4	113	4 517	737	171	8	18	12,34	4,70	1,44
2	2 106	6 176	3058	792	3,38	7,79	14,02	12,22	3,90

Tabelle 8

Zahl der Schlafgänger in den einzelnen Wohnungsgrößenklassen

	Zahl der Schlafgänger	Zahl der Schlafgänger in Wohnungen mit ... heizbaren Zimmern					Von 100 Schlafgängern wohnten in Wohnungen mit ... heizbaren Zimmern				
		0	1	2	3	4 u. mehr	0	1	2	3	6 u. mehr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1895											
1. Stuttgart	3230	10	1035	1353	566	266	0,30	32,05	41,89	17,53	8,23
2. Ulm	767	1	343	253	93	77	0,13	44,72	32,99	12,13	10,03
3. Heilbronn	680	—	330	241	76	33	—	48,53	35,45	11,17	4,85
4. Cannstatt	410	—	153	173	52	32	—	37,31	42,20	12,69	7,80
5. Eßlingen	189	—	57	64	51	17	—	30,15	33,87	26,99	8,99
1900											
6. Magdeburg	5682	15	2061	2090	15	16	0,26	36,27	36,79	26	0,68

Tabelle 9

Die Schlafgängerwohnungen nach Zimmerzahl und Zahl der Bewohner

Größe der Wohnung	Von 100 Wohnungen waren solche mit ... Bewohnern 1—4	5	6	7	8	9	10 u. mehr
1. Karlsruhe 1905							
1 Zimmer	62,07	20,69	3,45	3,45	6,89	3,45	—
2 „	43,32	25,99	16,34	8,66	3,47	0,49	1,73
3 „	25,07	20,33	19,78	14,48	8,36	5,85	6,13
4 „	14,16	16,67	24,17	12,50	9,17	9,17	14,16
5 und mehr Zimmer .	4,90	25,49	6,86	17,65	9,80	10,78	24,52
zusammen	30,08	22,68	17,16	11,93	6,61	4,54	7,00
2. Augsburg 1904							
1 Zimmer	100,00	—	—	—	—	—	—
2 „	63,64	13,64	14,28	4,54	2,60	1,30	—
3 „	40,66	22,99	18,47	9,04	4,71	2,36	1,77
4 „	28,62	21,54	21,85	12,61	10,15	4,00	1,23
5 und mehr Zimmer .	17,81	15,85	21,92	11,74	12,52	5,68	14,18
zusammen	32,80	19,23	19,89	10,25	8,32	3,72	5,79

Tabelle 10

	Geborene auf 1000 der mittleren Bevölkerung in den Jahren 1902	1904	1908	1909	Mit Schlafleuten belegte Wohnungen in v. H. aller Wohnungen 1905**)	Anteil der Haushaltungen mit Untermietern und Schlafgängern an der Gesamtzahl der Haushaltungen in v. H. 1910***)
München	36,41	33,06	27,8	25,7	—	28,0
Nürnberg	40,26	37,78	33,4	30,8	—	24,8
Frankfurt a. M.	29,40	29,48	27,6	26,1	—	23,1
Plauen i. V.	39,26	39,23	36,4	33,8	18,33	22,8
Hamburg	28,01	26,14	26,5	25,2	—	21,8
Leipzig	32,60	31,27	27,1	26,5	10,42	21,8
Charlottenburg	24,14	22,43	21,6	21,3	8,91	21,5
Hannover	27,98	27,21	25,4	23,2	—	21,3
Altona	30,61	28,62	27,2	25,7	—	20,7
Mannheim	44,03	41,64	36,8	34,1	—	20,0
Berlin	26,89	25,90	24,3	23,3	12,11	19,7
Bremen	31,74	31,58	30,4	29,3	—	19,3
Schöneberg (1903)	24,79	24,26	20,8	18,9	—	17,2
Chemnitz	38,20	36,95	33,8	32,4	—	16,2
Dresden	32,48	31,45	25,7	24,6	—	16,0
Königsberg i. Pr.	31,60	30,86	30,5	30,0	—	16,0
Dortmund	42,84	41,81	41,2	38,6	—	14,6
Düsseldorf	38,24	36,82	32,1	29,3	8,50	14,1
Halle a. d. S.	33,21	30,89	29,7	28,8	—	14,0
Bochum	41,35	—	47,0	43,6	—	13,9
Braunschweig	30,82	28,23	24,4	23,0	—	13,8
Duisburg	45,36	42,41	41,0	40,1	—	13,2

	Geborene auf 1000 der mittleren Bevölkerung in den Jahren*)				Mit Schlafleuten belegte Wohnungen in v. H. aller Wohnungen 1905**)	Anteil der Haushaltungen mit Untermietern und Schlafgängern an der Gesamtzahl der Haushaltungen in v. H. 1910***)
	1902	1904	1908	1909		
Breslau	34,52	32,77	31,0	29,8	8,34	12,9
Essen	45,42	42,87	37,6	35,2	—	12,9
Gelsenkirchen	—	54,99	50,6	47,5	—	12,8
Köln	38,92	36,78	34,9	32,1	6,12	11,4
Rixdorf (1903)	36,12	36,95	32,6	30,3	—	11,2
Magdeburg	30,16	27,71	26,4	26,0	—	10,0
Elberfeld	32,36	32,68	28,8	27,0	—	7,2
Krefeld	28,80	26,18	25,5	24,4	—	5,5

*) Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Jahrg. 12, 13, 17 und 18.
**) Nach der Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 240, S. 75 (Volkszählung 1910).
***) Handwörterbuch des Wohnungswesens, Art. Schlafstellenwesen.